Wolfgang Waldner

Trugschlüsse der Volkswirtschaftslehre

»Ricardo bietet uns die höchste geistige Leistung, unerreichbar für schwächere Geister, eine hypothetische Welt außerhalb der Wirklichkeit anzunehmen, als ob sie die Welt der Wirklichkeit wäre, und dann beständig in ihr zu leben. Die meisten seiner Nachfolger konnten dem gesunden Menschenverstand nicht den Einbruch verwehren – unter Verletzung ihrer logischen Folgerichtigkeit.«

(Keynes, Allgemeine Theorie, Berlin 1983, S. 161)

Wolfgang Waldner

Trugschlüsse der Volkswirtschaftslehre

Wie Professoren mit Modellen Studenten indoktrinieren und eine krisenverschärfende Wirtschaftspolitik fordern

© 2011 Wolfgang Waldner

Herstellung und Verlag:

Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN: 978-3-8423-3435-9

Inhalt

1.1. Die Hintergründe der Volkswirtschaftslehre 7

1.2. Wie und warum die Geldpolitik Wirtschaftskrisen auslöst 9

1.3. Die Trugschlüsse zum Thema Sparen und Kredit 11

1.4. Die Geld- und Kreditschöpfung 14

1.5. Makroökonomie und keynesianisches Denken 16

2.1. Die Klassiker 18

2.2. Der Goldstandard 20

2.3. Das Say'sche Theorem leugnet die Krisen 21

2.4. Die angebliche Neutralität des Geldes 23

2.5. Ricardo und die Krise von 1815-22 in England 25

3.1. Die Neoklassiker 29

3.2. Der Methodenstreit mit der Historischen Schule 31

3.3. Das Marktgleichgewicht 32

3.4. Gleichgewichtskurven im VWL-Modellbau 34

3.5. Die Produktionsfunktion 36

3.6. Der Gütermarkt und sein ewiges Gleichgewicht 39

3.7. Der Kapitalmarkt und der natürliche Zins 43

3.8. Der Geldmarkt und die Quantitätsgleichung 45

4.1. Der Arbeitsmarkt 47

4.2. Das neoklassische Gesamtmarkt-Modell zerlegt 49

4.3. Schumpeters schöpferische Zerstörung 51

4.4. Die Zyklen nach Kondratjew und Konsorten 52

4.5. Die Weltwirtschaftskrise 1929-33 53

5.1. Keynes und die Allgemeine Theorie 57

5.2. Die Löhne bei Keynes 59

5.3. Die Spekulationskasse 60

5.4. Einnahmen, Ausgaben und die Saldenmechanik 61

5.5. Staatsdefizit und Multiplikator 62

5.6. Bastardkeynesianer und die Neoklassische Synthese 63

5.7. Das IS-LM-Modell von Hicks 64

6.1. Die Hintergründe der Austrian Economics 68

6.2. Geldmengenstuss mit Milton Friedman 72

6.3. Phillips-Kurve: Inflation oder Arbeitslosigkeit 75

6.4. Rationale Erwartungen 77

6.5. Hochzinspolitik: Die Volcker-Weltrezession 78

6.6. Drei Jahrzehnte Politik für die Reichen 84

6.7. Die Zukunft der ökonomischen Theorie 88

Anhang 90

1.1. Die Hintergründe der Volkswirtschaftslehre

Ein kurzer Blick auf die Wirtschaftsgeschichte entlarvt das Say'sche Theorem, nach dem es keine Absatzkrisen geben könne, sofort als Täuschung. Alle Schlussfolgerungen der VWL aus den Annahmen und Voraussetzungen ihrer Modelle sind immer Zirkelschlüsse. Wer sich bis jetzt nicht näher mit der sogenannten Wirtschaftswissenschaft befasst hat, wird sich über die leicht durchschaubaren Trugschlüsse zuerst wundern, aus denen die gesamte VWL besteht. Studenten, die bis zur Prüfung durchhalten, müssen den Schwindel aber mitmachen und kritische Gedanken ihrem akademischen Abschluss und Titel opfern.

Die Trugschlüsse der VWL dienen so offensichtlich zahlungskräftigen Interessen, dass jeder VWL-Student mit mäßigem Verstand die hinter allem Unsinn verborgene Logik erkennen und seine Karriere darauf bauen kann. Bereits bei Adam Smith schafft nicht die Güternachfrage Lohn und Arbeitsplätze, sondern der Unternehmer aus Ersparnissen. Um gegen Lohnforderungen zu argumentieren, wurde die Theorie beschränkter Lohnfonds erfunden, nach der Lohnerhöhungen Entlassungen wegen Kapitalmangel zur Folge hätten. Lächeln Sie über diesen alten Unsinn, aber bis heute sind die Theorien der VWL-Professoren nicht besser geworden.

Ein allgemeines Gleichgewicht der Märkte ist grundsätzlich nicht stabil, weil Geldvermögen, Kredite und Preisänderungen prozyklisch Auf- und Abschwünge verstärken. Ein Boom führt zu steigenden Einkommen, höheren Preisen und noch mehr Nachfrage. Eine deflationäre Depression lässt Einkommen, Preise und Nachfrage immer weiter sinken. Die Geldpolitik der Notenbanken muss gegen die Marktkräfte wirken, um einen Boom zu bremsen oder die Rezession wieder zu überwinden, denn die Marktgesetze der Makroökonomie verstärken jedes Ungleichgewicht. Eine optimale Auslastung der Ökonomie muss gegen die Marktkräfte angestrebt werden.

Die VWL argumentiert nicht deshalb mit Modellen, weil Ökonomie so kompliziert wäre, sondern weil sich nur aus konstruierten Modellen die den herrschenden Interessen dienenden Behauptungen herleiten lassen. Tautologie und Zirkelschluss auf der Grundlage der Annahmen und Voraussetzungen dieser Modelle sind dabei die üblichen Methoden der Beweisführung durch die VWL-Professoren an den Universitäten.

Die wichtigsten Annahmen und Voraussetzungen beim VWL-Modellbau betreffen das Geld. Geld soll angeblich neutral sein und keine Auswirkungen auf die reale Ökonomie haben. Der Geldschleier verberge gar die realen Zusammenhänge der Ökonomie, so die VWL-Professoren. Wer dem Geld eine reale Wirkung auf die Wirtschaft unterstelle, erliege einer Geldillusion, verwechsle womöglich nominale und reale Größen.

Die Ausklammerung des Geldes aus der ökonomischen Untersuchung erfolgte vor allem wegen der Wirtschaftskrisen. Sie waren durch die Geldpolitik verursacht und das durfte kein Thema für die Ökonomen an den Universitäten werden. Krisen waren das Geheimnis der Spekulanten und einflussreichen Politiker. Die Geldpolitik konnte gar nicht grundsätzlich jeden Boom verhindern. Immer wieder erforderte ein Krieg die Mobilisierung der Wirtschaft und dessen Finanzierung löste eine Inflation aus. Nach großen Kriegen, wie etwa dem gegen Napoleon oder dem Ersten Weltkrieg, erzeugten die Notenbanken mit Absicht deflationäre Depressionen, um die Löhne und Preise wieder zu senken. Das sollten die Opfer dieser Krisen nicht erfahren.

Als es noch den Goldstandard gab, musste jede boomende Konjunktur von der Notenbank mit einer Wirtschaftskrise beendet werden. Sonst wären die Goldreserven ins Ausland abgeflossen, weil steigende Einkommen und Preise die Importe erhöht und die Exporte vermindert hätten. Es war also die Notenbank, die mit ihren hohen Zinsen schließlich allen florierenden Geschäften ein bitteres Ende bereitet hat. Das durfte der Bevölkerung nicht bewusst werden, wozu Professoren und Zeitungen jeglichen Schwachsinn über die Ursachen der Krisen zu verbreiten hatten. Dabei waren die Steuerung der Konjunktur und die Herbeiführung der Krisen die Voraussetzung für die Funktion des Goldstandards und alle verantwortlichen Bankiers wussten es selbstverständlich.

Weil jeder Blick auf Geschichte und Realität die monetäre Ursache der Krisen erwiesen hätte, wurde es in der VWL üblich, die Lehrsätze aus Modellen abzuleiten und sich allein mit Modellen zu befassen. Noch immer lehren Professoren Modelle, in denen Geld nur ein Tauschmittel ist, die Nachfrage nie fehlen kann und das Sparen Arbeitsplätze schafft, und sie begründen damit ihre krisenverschärfenden Ratschläge an die Politik anlässlich der Absatzkrisen, die es eigentlich nach dem Say'schen Gesetz des VWL-Modellbaus gar nicht geben dürfte.

1.2. Wie und warum die Geldpolitik Wirtschaftskrisen auslöst

Mit jedem neuen Kredit wird Geld geschaffen. Von dem Geld werden Käufe bezahlt und diese bewirken ein zusätzliches Einkommen. Der Bäcker, der mit Kredit den neuen Ofen bauen lässt, verschafft dem Ofenbauer ein Einkommen. Der lässt einen Maler sein Haus streichen. Der Maler hat Geld verdient, um mit seiner Familie in einer Berghütte Urlaub zu machen. Das geht weiter bis jemand mit dem Geld seine Schulden tilgt, dann ist das Geld wieder verschwunden.

Kredite werden aufgenommen, um Güter zu kaufen. Steigen die Zinsen, gehen nicht nur die mit Kredit finanzierten Käufe zurück. Das Sparen von Geld wird attraktiv, die Güternachfrage bricht weiter ein und die Einkommen sinken. Der Bäcker, der den Ofen nicht bauen lässt, um das Geld zu sparen, verschafft dem Ofenbauer kein Einkommen, der deshalb am Maler spart und sein Haus nicht streichen lässt. Der Maler hat kein Geld verdient und kann mit seiner Familie nicht in Urlaub fahren, so dass das Konto des Hüttenwirts vielleicht genau um den Betrag niedriger ist, um den der Bäcker seinen Kontostand erhöht hat. Daran sieht man sofort, dass das Sparen den Banken keine höheren Einlagen verschafft, im Gegensatz zur Verschuldung.

Eine Absatzkrise ist die Folge restriktiver Kreditpolitik, die mit hohen Zinsen Kredite verteuert und das Sparen belohnt. Ein Börsencrash oder eine Finanzkrise können ein Angstsparen auslösen und den Mut zur Verschuldung nehmen. Im Verlauf der Krise wird die Deflation der Preise die Krise verschärfen, denn sinkende Preise erhöhen die Realzinsen der Schuldner und die Kaufkraft der Geldvermögen der Sparer. Ganz im Gegensatz zu den Lehren der VWL verhalten sich Märkte nach monetären Gesetzen prozyklisch: Inflation verstärkt den Boom und Deflation die Krise. Daher fordern VWL-Professoren zur Verschärfung von Krisen immer Lohnsenkung und Sozialabbau und vor allem hartes Sparen.

Die Geldpolitik kann die Konjunktur in jedem Augenblick beleben oder abwürgen. Das geht ganz einfach durch eine expansive oder restriktive Kreditvergabe und durch die Belohnung der Verschuldung oder des Sparens. Manchmal reicht es schon, die entsprechenden Maßnahmen der Geldpolitik lediglich anzudrohen. Denn Geldpolitik ist wirksam; die Industriellen, Kaufleute und Spekulanten wissen es von vornherein oder müssen es schmerzlich zur Kenntnis nehmen.

Die Geldpolitik erzeugt die Wirtschaftskrisen, um die Löhne und Preise zu drücken. Ohne die Auslösung einer Rezession käme es dauerhaft zu immer mehr Inflation. Ganz ohne Krisen geht es in einer Marktwirtschaft also nicht, auch beim besten Willen nicht. Bei Vollbeschäftigung und einer boomenden Konjunktur würden Löhne und Preise immer schneller steigen. Das lässt sich nur mit einer von hohen Zinsen ausgelösten Wirtschaftskrise verhindern.

Auch die Weltwirtschaftskrise von 1929-33 war absichtlich verursacht und Sie sollten dazu von Keynes »Ein Traktat über Währungsreform« aus dem Jahr 1923 lesen. In diesem Werk erörtert Keynes die Frage, ob nach dem Weltkrieg die Löhne und Preise durch eine restriktive Politik der Notenbanken auf den Stand des Jahres 1913 heruntergebrochen werden sollten, oder ob, wofür er sich unermüdlich eingesetzt hatte, die Zentralbanken das aktuelle Preisniveau stabilisieren sollen. Die mörderische Depression von 1929 bis 1933 wurde bewusst verursacht, nur um die Löhne und Preise wieder zu senken, was Ökonomen wie Historiker bis heute verheimlichen.

Die Geldpolitik wird immer wieder für Spekulationen oder Klassenkämpfe missbraucht. Etwa zur Begünstigung der Reichen durch eine Stabilitätspolitik, die auch nicht die geringste Inflation zulassen will. Erstens können die reichen Eigentümer der großen Geldvermögen von den hohen Zinsen profitieren, mit denen die Massenarbeitslosigkeit erzeugt wird, zweitens sinken die Preise und erhöhen den Realzins und die Kaufkraft der Geldvermögen, drittens können die Fabrikanten eines Landes durch Lohndumping gegenüber dem Ausland hohe Exportüberschüsse und damit noch höhere Extraprofite erzielen. Das hat einst über Jahrhunderte die britische Geldpolitik und bis in unsere Tage die Lehren englischer Ökonomen geprägt.

Mit der Entscheidung, die Wirtschaft nicht mehr länger mit restriktiver Geld- und Finanzpolitik abwürgen zu wollen, lässt sich jede Krise sofort beenden, sogar eine deflationäre Depression wie 1929-33. Aber die boomende Konjunktur gibt es nur mit steigenden Löhnen und Preisen. Die Entscheidung für Vollbeschäftigung ist also auch eine Entscheidung für Inflation, deren Schaden die Eigentümer der großen Geldvermögen mit niedrigen oder gar negativen Realzinsen tragen müssen. Jede expansive Konjunkturpolitik wird daher auf den erbitterten Widerstand der reichen Rentiers treffen, deren Interessen heute vom Neoliberalismus verfochten werden.

1.3. Die Trugschlüsse zum Thema Sparen und Kredit

Weil die meisten Menschen die Wirtschaft nur aus ihrer privaten Erfahrung beurteilen, sind die verheerenden Folgen des Sparens in einer Krise für sie schwer zu begreifen. Jeder einzelne Bürger kann sparen, also seinen Konsum um vielleicht 100 Euro einschränken, und wird dann diese 100 Euro mehr auf seinem Konto für zukünftige Ausgaben finden. Wenn aber alle Bürger 100 Euro sparen wollen, dann sinken in der Wirtschaft die Einkommen um 100 Euro je Bürger und alle haben schlechter gelebt und weniger verdient und damit keine 100 Euro erspart.

Man nennt dies das Paradoxon des Sparens, dass in einer unterausgelasteten Ökonomie jede weitere Einschränkung des Konsums die Einkommen sinken lässt und die Krise verschärft. Dabei spart jeder Bürger in der Erwartung, dass sein Einkommen – die Ausgaben der anderen Bürger – gleich bleibt. Sparen aber alle, dann sinken nur Einkommen und Lebensstandard.

Das Sparen jedes Einzelnen wird in einer Rezession noch durch einen Multiplikator verstärkt, der das gesamte Volkseinkommen um einen viel höheren Betrag als die ursprüngliche Ersparnis sinken lässt. A spart 100 Euro an B, B an C, C an D bis zuletzt ein Y trotz seines um 100 Euro gesunkenen Einkommens aus seinen Ersparnissen oder auf Kredit wieder bei Z kauft. Insgesamt hat die Ersparnis des A von 100 Euro in einer schweren Krise das Volkseinkommen vielleicht um 1000 Euro einbrechen lassen. Viele solche Sparer sind die Ursache einer Weltwirtschaftskrise und mit Hochzinspolitik wird das Sparen gefördert und die Verschuldung gehemmt.

Umgekehrt könnte in einer Wirtschaftskrise das Einkommen aller Bürger sofort im Schnitt um 100 Euro steigen, würde jeder für 100 Euro mehr konsumieren, und eine höhere Güternachfrage würde die Investitionen beleben. Es gibt ein Paradoxon der Verschuldung analog zum Paradoxon des Sparens: Wenn sich jeder verschulden oder seine Ersparnisse angreifen will, dann steigen die Einkommen und es müssen zuletzt gar keine Schulden gemacht und die Ersparnisse nicht eingesetzt werden. Eine expansive Geld- und Finanzpolitik reißt die Konjunktur auch aus der tiefsten Depression sofort heraus. Bei niedrigen realen Zinsen und mit der Aussicht auf höhere Löhne und Preise werden Neubauten vorgezogen und die Läger des Handels gefüllt.

Die falschen Vorstellungen des Publikums über das angeblich segensreiche Sparen und die so gefährliche Verschuldung werden ganz gezielt von den VWL-Professoren durch Trugschlüsse zu diesem Themenbereich genährt. Denn das Sparen ist die Ursache aller Wirtschaftskrisen.

In den Massenmedien fordern die Professoren den Haushaltsausgleich, Schuldensenkung und das Sparen an den Sozialausgaben, weil gerade die Armen das Geld, das sie vom Staat erhalten, am schnellsten wieder ausgeben und so die Konjunktur beleben. Dann plädieren die Professoren für Steuersenkungen oder Subventionen zu Gunsten des Kapitals und generell der Reichen, weil die das Geld sparen und die Krise damit verschärfen.

Die klassische Schule der Ökonomie hat gelehrt, dass mit dem Sparen ein zusätzliches Angebot an Ersparnissen entstünde. Diese vermehrten Ersparnisse würden auf dem Kapitalmarkt den Zins senken und vermehrte Investitionen anregen. Zum Gleichgewichtszins kämen dann Ersparnis und Kreditnachfrage bei voll ausgelasteter Produktion zur Übereinstimmung. Im vorhergehenden Kapitel wurde bereits gezeigt, dass das Sparen keine zusätzlichen Ersparnisse in der Ökonomie schafft, sondern nur zu einem sinkenden Volkseinkommen führt.

Selbstverständlich waren die Klassiker nicht im Irrtum über die wirklichen Zusammenhänge. Sie haben die mikroökonomische Erfahrung der Leute ausgenützt, dass das von ihnen gesparte Geld auf ihrem Konto und von der Bank verliehen ist. Dieser Trugschluss, das Sparen könne der Konjunktur nicht schaden, weil das gesparte Geld von der Bank an jemanden verliehen werde, der damit Güter kaufe, wurde und wird von Professoren und Journalisten wieder und wieder verbreitet. Wir wissen, dass die 100 Euro des A, der dem B nichts abkauft, zwar auf dem Konto von A sind, aber gleichzeitig auf dem Konto des B fehlen. Die Bank erhält also durch das Sparen kein zusätzliches Geld zum Verleihen. Niemand gleicht die Ersparnis des A mit seinen Ausgaben aus, im Gegenteil, B kauft jetzt vermutlich dem C nichts ab und C nichts dem D.

Ein ähnlicher Trugschluss betrifft den Kredit: Man hat den Leuten erzählt, dass Banken aus den Ersparnissen ihrer Kunden neue Kredite vergeben. Nach diesem Trugschluss könnten die Banken gar keine zusätzlichen Kredite vergeben, um etwa eine Wirtschaftskrise zu beenden, weil das Geld für diese Kredite vorher noch gespart werden müsste. Das geht dann bis zu der Behauptung von Professoren, dass eine staatliche Kreditaufnahme zur Konjunkturbelebung in einer Krise nur die Kreditfinanzierung der Investitionen von Unternehmen behindern würde. Der Fachbegriff

lautet »Finanzierungs-Crowding-out«, aber der Schwindel ist leicht widerlegt, weil mit jedem Kredit das zugehörige Guthaben entsteht: A zahlt durch Kontoüberziehung dem B 100 Euro, die damit auf dessen Konto als zusätzliche Einlage gebucht sind.

Bei einem richtigen Kredit mit Vertrag ist es nicht anders. Die Bank erhält eine Forderung auf Termin an den Schuldner und schreibt den Kreditbetrag zur sofortigen Auszahlung auf dessen Konto gut. Da muss kein Geld vorher von einem anderen Kunden angespart werden und kein Kredit muss von der Bank wegen fehlender Ersparnisse abgelehnt werden. Mit jedem Kredit findet Geldschöpfung statt, eine sogenannte Geldschöpfung aus dem Nichts. Die Bank braucht dafür nur einen Kunden, der den Kredit wünscht und mit seinen Sicherheiten haften kann.

Wenn alles Geld, das die Banken verleihen, vorher durch Konsumverzicht erspart worden sein müsste, dann hätte die Kreditvergabe keinen Einfluss auf die Konjunktur. Wegen dieser falschen Vorstellung des Publikums argwöhnt fast niemand, dass die Krisen durch restriktive Kreditpolitik absichtlich verursacht sind und jederzeit mit niedrigen Zinsen und großzügiger Kreditvergabe beendet werden könnten. Daher wird das Wesentliche der sogenannten Kreditgeldschöpfung aus dem Nichts, nämlich jederzeit zusätzliche Güternachfrage zur Beendigung einer Absatzkrise erzeugen zu können, sogar oder vor allem den Ökonomiestudenten verheimlicht.

In England wurde über Banken und Geld an der Universität einige Zeit ganz getrennt von der Ökonomie gelehrt, so dass Studenten des Geldwesens nicht mit den ökonomischen Fragen und die Studenten der Ökonomie nicht mit dem Geld- und Bankensystem vertraut waren.

Die Geldschöpfung erfolgt unabhängig und auf eigenes Risiko durch die Geschäftsbanken, deswegen kann die Notenbank irgendwelche Geldmengen nicht direkt kontrollieren oder steuern, wie Monetaristen immer wieder behaupten. Die Notenbank wirkt nur mit dem Zentralbankzins auf die Konjunktur ein. Dass VWL-Studenten eine Geldmengensteuerung durch die Notenbank eingeredet werden konnte, zeigt deren bis heute ungenügende Kenntnis des Bankensystems.

1.4. Die Geld- und Kreditschöpfung

Jede Wirtschaftskrise und selbst die schlimmste deflationäre Depression wie 1929-33 kann mit einer expansiven Geld- und Finanzpolitik sofort beendet werden. Eine derartige Politik scheitert gegebenenfalls nur am fehlenden Willen der herrschenden Interessen in der Politik. Allerdings lässt sich eine Rezession oder Depression nur beenden, wenn man auf die weitere Deflation der Löhne und Preise verzichtet und ein gewisses Maß an Inflation duldet.

Das breite Publikum wie die Studenten sollen die Grundlagen der Geldpolitik möglichst nicht verstehen und die folgende Zusammenfassung soll das Verständnis etwas erleichtern:

1. Mit jedem Kredit entsteht eine neue Bankeinlage in der Höhe der Kreditsumme.
2. Dieses Geld musste niemand vorher sparen und bei der Bank einzahlen.
3. Dieses geschöpfte Geld ermöglicht eine zusätzliche Güternachfrage.
4. Alles Geld ist schon Kredit und Geldvermögen und Schulden sind genau gleich hoch.
5. Die Bank kann das Geld, das Sie auf Ihr Konto einzahlen, nicht nochmal verleihen.
6. Wenn Sie weniger kaufen, also Geld sparen, schaden Sie der Konjunktur.
7. Wenn Sie Geld ausgeben, ist es nicht weg, sondern auf einem anderen Konto.
8. Wird Geld bar ausgezahlt, hat die Bank praktisch eine Einlage der Zentralbank.
9. Wird Geld bar eingezahlt, geht es zurück zur Zentralbank in die Papierpresse.
10. Bargeld ist für die Zentralbank wertlos, weil es da eine Forderung an sich selbst ist.
11. Die Barauszahlung sämtlicher Bankeinlagen an die Kunden ist grundsätzlich möglich.
12. Bargeld ist eine unverzinste Forderung zur Gutschrift bei der Bank oder Zentralbank.

Bei den hier aufgeführten Punkten geht es um das Prinzip der Geldschöpfung der Banken. Lassen Sie Ihre Überlegungen nicht durch Nebenaspekte und gesetzliche Regelungen verwirren. Weitere falsche Vorstellungen betreffen Mindestreserven oder Bargeldreserven. Mindestreserven haben mit dem Wesen der Geldschöpfung nichts zu tun und diesbezügliche Vorschriften sind künstlich. Das »Fractional Reserve Banking« wird nur zur völligen Verwirrung des Publikums diskutiert. Banken schöpfen aus eingezahlten Kundengeldern kein Vielfaches an Kredit, weil Banken für neue Kredite überhaupt kein vorher eingezahltes Kundengeld benötigen.

Eine Geldschöpfung erfolgt zum Beispiel auch beim Ankauf von Edelmetallen: Die Bank bucht das Edelmetall in ihr Haben und als Gegenbuchung erfolgt die Gutschrift auf das Kundenkonto. Nimmt ein Kunde, der über Sicherheiten verfügt, einen Bankkredit auf, erhält er eine entsprechende Gutschrift auf sein Konto. Die Gutschrift ist eine sofort fällige Forderung des Kunden an die Bank, während der Kredit eine verzinste Forderung der Bank an den Kunden auf einen bestimmten Termin ist. Mit diesem Geld kann er durch Überweisung bezahlen oder es sich bar auszahlen lassen. Hat der Empfänger des Geldes sein Konto bei derselben Bank, dann wird der Betrag einfach auf dessen Konto gebucht. Überweisungen ihrer Kunden auf Konten anderer Banken werden durch eine Verschuldung zwischen den Geschäftsbanken verrechnet.

Die Geschäftsbanken schöpfen also das Buchgeld und falls ihre Kunden Bargeld wünschen, leihen sich die Geschäftsbanken das Bargeld bei der Notenbank für Zins. Das Zentralbankgeld dient der Barauszahlung oder der Verrechnung bei Überweisungen auf Konten anderer Banken. Weil sie der Notenbank und anderen Banken Zinsen zahlen müssen, bieten die Banken ihren Kunden für angelegte Guthaben ebenfalls einen Zins. Die Banken leben von der Zinsdifferenz, also davon, dass die Zinsen für ihre Schuldner höher sind als der Zins für Zentralbankgeld oder für Kredite zwischen den Banken; diese sind wieder höher als die Sparzinsen für Kundengelder.

Alles Geld ist in unserem System des »Fiat Money« bereits verliehen, es konnte überhaupt nur durch Verschuldung entstehen und nur als Forderung hat das Geld einen Wert: Jemand muss es sich in Zukunft durch Leistung verdienen, um seine Schulden zu tilgen und die darauf lastenden Zinszahlungen beenden zu können. Durch Tilgung verschwindet das Geld. Würden alle Schulden getilgt, gäbe es kein Geld mehr in unserer Ökonomie.

Würden alle Kunden ihr gesamtes Geld bar abheben, wäre das kein Problem. Die Banken wären dann statt bei ihren Kunden bei der Zentralbank verschuldet und müssten ihr auch Zinsen zahlen. Ein Run auf die Banken war früher ein Problem, als die Kunden die Auszahlung ihrer Guthaben in Gold zu einem festen Kurs fordern konnten. Problematisch wäre aber die Flucht der Geldanleger in eine Fremdwährung; dann müsste die Notenbank wie früher beim Gold die Zinsen erhöhen.

1.5. Makroökonomie und keynesianisches Denken

Die monetäre Ursache der vielen furchtbaren Krisen der Vergangenheit ist derart trivial, dass sich der Verstand vieler Menschen zu weigern scheint, den Zusammenhang von Geldpolitik und Krisen zu sehen. Boom und Krise haben monetäre Ursachen und können nur durch monetäre Theorien erklärt werden. Alle Modelle der Volkswirtschaftslehre ohne richtiges Geld, in denen Geld nur als Tauschmittel und Geldschleier vorkommt, sind grundsätzlich völlig unbrauchbar.

Makroökonomische Gesetze widersprechen der mikroökonomischen Erfahrung der Bürger. In der Makroökonomie hat alles zwei Seiten und unerwartete Konsequenzen:

Ausgaben = Einnahmen

In einem Boom finanzieren die gestiegenen Ausgaben sich selbst durch steigende Einnahmen, in der Krise fehlen Einnahmen, weil alle aus mikroökonomischem Interesse sparen wollen.

Das Sparen von Geld, indem jemand seine Ausgaben unter seine laufenden Einkünfte senkt, führt zu Einkommensverlusten mit einem negativen Multiplikator.

Einsparungen => Einkommensausfälle

In einer Volkswirtschaft können die Geldvermögen aller Haushalte nur um den Betrag steigen, um den sich Staat oder Unternehmen zusätzlich verschulden. Für alle zusammen gilt:

Geldvermögen = Schulden

Alle Märkte zusammen reagieren prozyklisch, der Boom verstärkt den Boom und die Krise ist Ursache für noch größere Absatzprobleme. Die Märkte tendieren also nicht zum Gleichgewicht, sondern zur Verstärkung jedes Ungleichgewichts. Es ist die Geldpolitik, die den Boom bremst und die Krisen durch expansive Geldpolitik überwindet. Die Vorstellung eines Gleichgewichtes durch Selbstregulierung ist in einer Geldwirtschaft falsch. Die Aufgabe der Notenbank besteht darin, den Zins für ihr Zentralbankgeld festzusetzen, der entweder expansiv oder restriktiv gegen die Marktkräfte wirken und für eine optimale Auslastung der Ökonomie sorgen sollte:

Geldpolitik => Konjunktur

Für die Einkommen der Sektoren gilt der keynesianische Spruch, dass die Arbeiter ausgeben, was sie verdienen, während die Unternehmer verdienen, was sie ausgeben. Der Gewinn wird von den Privatausgaben der Unternehmer erhöht:

Unternehmerausgaben + Nettoinvestitionen = Unternehmergewinn

Investitionen der Unternehmen erhöhen den Gewinn, der aus dem durch Investition bei hoher Auslastung steigenden Wert der Produktionsmittel besteht und aus den privaten Ausgaben der Unternehmer für ihre Lebensführung. Exportüberschüsse steigern den Gewinn der Unternehmen, ebenso eine steigende Staatsverschuldung. Zum Defizit des Staates muss man beachten, dass dieses eigentlich die Geldersparnisse der privaten Haushalte ausgleicht, die sonst von den Unternehmergewinnen abgezogen werden müssten.

Auch für die einzelnen Unternehmer gilt, dass die makroökonomischen Zusammenhänge dem mikroökonomischen Interesse widersprechen. Der einzelne Kapitalist mit verschwenderischem Lebenswandel erhöht seinen Gewinn dadurch nicht, sondern bankrottiert womöglich. Aber alle zusammen erhöhen mit größerem Luxus ihren Anteil am realen Leistungsverzehr der Ökonomie und mit den Investitionen ist das der Unternehmergewinn. Investitionen steigern den Gewinn allerdings nur, wenn sie durch hohe Güternachfrage auch ausgelastet sind. In einer Krise vernichtet die Investition des einen Unternehmens das Kapital des anderen Unternehmens. Es ist Unsinn, durch Investitionen in Firmen Krisen überwinden zu wollen, wenn nicht für steigende Güternachfrage durch Konsum gesorgt wird.

Keynes hat die Makroökonomie in seiner »General Theory« sozusagen erfunden. Allerdings ist das Werk umständlich geschrieben und wir müssen die Prinzipien makroökonomischen Denkens bei der Lektüre weitgehend selber entdecken. Sein »Ein Traktat über Währungsreform« von 1924 und die »Essays in Persuasion« sind dagegen verständlich und schildern auch die Mechanismen des Bankensystems und seiner Geldpolitik.

Das makroökonomische Denken nach Keynes widerspricht mikroökonomischen Erfahrungen und allen darauf beruhenden Vorstellungen der Leute. Die Gegner des Keynesianismus fordern daher eine mikroökonomische Fundierung der Makroökonomie, um mit ihrem alten Schwindel an den mikroökonomischen Trugschlüssen des Publikums anknüpfen zu können.

2.1. Die Klassiker

In England waren Großgrundbesitz und Proletariat durch die Enteignung und Vertreibung der Kleinbauern entstanden, die sogenannte Einhegung. Wo früher ein Dorf sein gutes Auskommen von Ackerbau und Viehzucht hatte, lebte ein reicher Grundbesitzer vom Verkauf der Schafwolle an die Tuchfabrikanten, die bevorzugt Frauen und Kinder unter mörderischen Bedingungen für Hungerlohn teure Stoffe für den Export produzieren ließen.

Als Adam Smith, ein Ideologe der britischen Liberalen, also der Unternehmer, über den »Wohlstand der Nationen« schrieb, stieg die Armut der von Lohnarbeit abhängigen Bevölkerung noch ein Jahrhundert lang weiter an. Es war die Verklärung des zum Himmel schreienden Elends, mit der Adam Smith seinen Ruhm begründete. Der alte Adel höhnte noch lange, ohne die Textilindustrie sei das englische Volk früher besser gekleidet und ernährt gewesen.

Die bis heute gelehrten Dogmen der Ökonomen gehen auf die ersten Autoren zurück. Nicht nur die gewagte These, dass die Märkte alles von selber, durch eine unsichtbare Hand, zum Besten regeln, sondern auch die dreiste Behauptung, dass Arbeitsplätze nicht durch die Nachfrage nach den Erzeugnissen, sondern durch das Sparen von Kapital geschaffen würden, finden wir fast an der gleichen Stelle bei Adam Smith (4. Buch, 2. Kapitel).

Die Lehren der Klassiker waren von den Interessen der englischen Fabrikanten bestimmt und hatten dafür gute Gründe zu liefern. Die englische Industrie produzierte für den Export und war an der Kaufkraft ihrer Lohnarbeiter und der Bevölkerung nicht interessiert, sondern an möglichst niedrigen Löhnen und Lebenshaltungskosten.

Dem entsprach die Lehre von David Hume, einem Freund von Adam Smith, dass ein steigender Geldumlauf im Inland schädlich wäre und nur die Preise erhöhen würde. Das war schon die bis heute von Neoklassikern und Monetaristen vertretene Quantitätstheorie des Geldes. Die Ansätze der Quantitätstheorie gehen auf John Locke im 17. Jahrhundert zurück, den »Vater des Liberalismus«, der die Freiheit von Person und Eigentum als gleichrangig postulierte; womit die Freiheit des Eigentums über der von Menschen stand, denn wie sollen die Armen ihr Leben finanzieren, ohne sich »freiwillig« von den Reichen für Hungerlohn ausbeuten zu lassen.

Hatte Adam Smith das Elend zum Wohlstand verklärt, lieferte Thomas Malthus für das Elend eine dem Besitzbürgertum gefällige Erklärung. Nach Malthus waren Armut und Hunger in den lohnabhängigen Familien durch das exponentielle Wachstum der Bevölkerung verursacht. Die Verantwortlichen der Ostindischen Kompanie waren so begeistert, dass sie Thomas Malthus den weltweit ersten Lehrstuhl für Politische Ökonomie am Haileybury College ihrer Gesellschaft eingerichtet haben. Dort hat Malthus den Missbrauch der Mathematik in der VWL eingeführt.

Die Unterhaltsmittel ließen sich nur in arithmetischer Progression vermehren, die Bevölkerung wachse aber in geometrischer Progression, bis der Anstieg durch den Hungertod gebremst werde. Malthus hat die Tradition der Professoren begründet, fragwürdige Annahmen hinter Kurven im XY-Raum und viel Mathematik zu verbergen: Wo genau schneidet die geometrische Kurve des Wachstums der Population die arithmetisch steigende Kurve der Nahrung?

Vermutlich wollte Malthus, eigentlich anglikanischer Pfarrer, 1798 mit seinem Werk beweisen, dass selbst eine französische Revolution an den Ursachen der Armut nichts ändern könne. Die Benutzung seiner Theorie durch das Besitzbürgertum als Rechtfertigung für Not und Elend und zur Verschärfung der Armengesetze in England hat Malthus wohl nicht beabsichtigt.

Hunger und Elend müssten zunehmen, wenn aus Mitgefühl Kinder am Leben gehalten würden, deren Familien die Mittel fehlen, oder Menschen, deren Arbeit die Gesellschaft nicht benötige. Die überzähligen Menschen hätten kein Recht auf Nahrung und Unterhalt, die Natur selbst gebiete ihr Ableben, behauptete jetzt das gnadenlos liberale Besitzbürgertum mit Zitaten aus dem Werk des Thomas Malthus. Auch Charles Darwin wurde von Malthus und seinem Begriff des Überlebenskampfes beeinflusst und lieferte mit seiner Lehre von der natürlichen Auslese weitere Ideen für den bald populären Sozialdarwinismus in den bürgerlichen Salons.

Die Verteilungsfrage war für die Klassiker noch eine politische Machtfrage, in der es etwa um die Schutzzölle für Getreide ging, von denen die Grundbesitzer profitierten. Der Getreideimport sollte die Lebenshaltung der Arbeiter verbilligen, so dass die Fabrikanten die Löhne senken und ihre Profite steigern könnten. Für Ihre Interessen brauchten sie immer gute Argumente.

2.2. Der Goldstandard

Als die Währung eines Landes noch aus Edelmetall bestand und die Münzen nach ihrem Gehalt und Gewicht zählten, führte ein Überschuss in der Handelsbilanz zu einem Zufluss von Gold und Silber, ein Defizit ließ das Edelmetall ins Ausland abfließen. Weil ein Zufluss an Gold und Silber den Reichtum der Bürger mehrte und die Wirtschaft belebte, kam es bald zu steigenden Preisen der im Inland erzeugten Waren und zu verstärkten Importen. Dadurch flossen Gold und Silber zurück ins Ausland und die damit verbundene Krise und die Verarmung ließen Löhne und Preise wieder sinken. Das war der Mechanismus der Konjunkturzyklen bei einem Goldstandard.

Diese Zusammenhänge wurden bereits von den Klassikern beschrieben und die Aufgabe der BoE (Bank of England) war die Steuerung der sich aus dem Außenhandel mit einem Zufluss und Abfluss von Gold ergebenden Konjunktur. Die BoE verlor ihre Goldreserven, wenn der steigende Wohlstand in England zu mehr Importen und steigende Preise zu weniger Exporten führten. Der BoE wurde 1844 mit einem Bankgesetz vorgeschrieben, dass sie bei jedem Abfluss von Gold den Umlauf ihrer Banknoten einschränken musste. Aber wie?

Selbstverständlich konnte die Auszahlung von Guthaben in Noten oder gar in Gold niemandem verwehrt werden? Nach dem Gesetz musste auf Verlangen Geld sogar zu einem festen Kurs in Gold ausgezahlt werden und die BoE durfte trotzdem ihre Reserven nicht verlieren. Es gab also nur ein Mittel, nämlich die geldpolitische Verursachung von Absatzkrisen und Erwerbslosigkeit, um Preise und Löhne und den allgemeinen Wohlstand immer wieder stark abzusenken. Dadurch stieg die Wettbewerbsfähigkeit englischer Handelswaren, was auch im Interesse der britischen Fabrikanten und Händler lag, und es kam wieder genug Gold ins Land.

Das Mittel zur Auslösung der Krisen war eine heftige Erhöhung der Zinsen. Wer davon vorher wusste, konnte darauf spekulieren und damit reich werden. Der Geldpolitik waren diese Krisen an sich nicht zum Vorwurf zu machen, anders ließ sich der Goldstandard nicht betreiben. Aber im Interesse der Fabrikanten und ihrer Exporterfolge wurden diese Krisen zu einer brutaleren Lohnsenkung eingesetzt, als es der Goldstandard wirklich erforderte. Die Ökonomen sollten von Anfang an und bis heute das Publikum über die Gründe und Hintergründe der Krisen täuschen.

2.3. Das Say'sche Theorem leugnet die Krisen

Es gibt selbstverständlich weder von den Klassikern noch von den heutigen Ökonomen eine zitierbare Formulierung der These und ihrer Begründung, obwohl das nach Say benannte Gesetz die Grundannahme der wichtigsten Modelle in der VWL ist. So bleibt das Say'sche Theorem unfassbar wie ein Gerücht, von dem jeder gehört hat und auf das sich jeder beruft. Das Theorem geistert in Vorlesungen und Schriften lebendig herum, aber nirgends ist es in Wortlaut oder Begründung sicher zu fassen.

Say selbst hat einfach behauptet, dass jeder Verkäufer bestrebt sei, das eingenommene Geld gleich wieder für Käufe zu verwenden, so dass jeder Anbieter von Waren auch ein Käufer wäre. Say hat das noch mit der Gefahr begründet, dass der Wert des Geldes sinken könne, aber die Kaufkraft von Geld kann auch steigen und genau dies ist in den Krisen der Fall. Einen Beweis für ihre These, dass man Produkte eigentlich mit Produkten zahle und das Geld nur ein Geldschleier sei, der diesen Zusammenhang verberge, führten weder Ricardo noch andere Ökonomen an.

Zur Ablehnung von Steuern hat Say übrigens genau umgekehrt argumentiert. Wegen hohen Steuern könne weniger Geld ausgegeben werden, die sinkende Nachfrage würde die Produktion und damit die Steuereinnahmen mindern. Eine Argumentation, wie es die Interessen gerade verlangen. Hier wird die Produktion von der Nachfrage bestimmt, wie es auch richtig ist.

Bei James Mill finden wir die gleiche Behauptung, dass jeder Verkäufer wieder kaufen wolle und jedes Angebot als Instrument der Nachfrage diene. Darum könne die Produktion nie die Nachfrage überschreiten, was wieder ein Trugschluss ist: Dafür sorgen schon die Produzenten, dass nicht auf Lager und eigenen Verlust produziert wird, sondern nur im Umfang der Nachfrage. Der entscheidende Punkt ist, dass wegen fehlender Nachfrage zu wenig produziert wird und Produktionsmittel wie Arbeiter in Absatzkrisen unterbeschäftigt bleiben.

John Stuart Mill, der Sohn von James Mill, wiederholte die Behauptung, dass es an Mitteln zur Nachfrage nicht fehlen könne, weil diese Mittel selbst wieder Waren seien und alle Verkäufer selber Käufer wären. Man könnte ganze Bücher mit Zitaten füllen, die alle ohne jede Logik und Vernunft die Möglichkeit von Absatzkrisen grundsätzlich bestreiten.

Ein weiterer berühmter Ökonom, Alfred Marshall, hat das Sparen verteidigt, weil auch von dem gesparten Teil des Einkommens Arbeit und Waren zur Herstellung von Vermögen finanziert würden. So werde der investierte oder gesparte Teil des Einkommens ebenso Nachfrage und es könne nicht an Nachfrage fehlen. Meist wird in dem Zusammenhang noch erklärt, dass alles ersparte Geld auf den Banken an Konsumenten oder Investoren verliehen sei, was wieder einem Trugschluss dient, den wir schon bei der Kreditschöpfung behandelt haben.

Gemeinsam ist dieser Argumentation die Irreführung des Publikums, indem ständig betont wird, dass doch alles Einkommen zum Kauf der Güter seine Verwendung finde, was ja niemand bestritten hat. Dabei wird die Nachfrage als von der Produktion und dem dabei entstandenen Einkommen bestimmt falsch dargestellt:

Produktion = Einkommen => Nachfrage

Der richtige kausale Zusammenhang wirkt selbstverständlich umgekehrt:

Nachfrage => Produktion = Einkommen

Das Gesetz von Say behauptet, dass es keine Absatzkrise geben könne, weil Produktion und Einkommen gleich sind. Das nennt man eine Tautologie, denn alles Einkommen resultiert aus Produktion und fällt genau in der Höhe des Wertes der Produktion der Volkswirtschaft an.

Aber in einer Krise ist die Produktion niedrig, weil die Nachfrage niedrig ist, und daher sind auch die Einkommen niedrig. Dass Produktion und Einkommen identisch und im Prinzip gleich der Nachfrage sind, ist nicht der geringste Beweis für die Behauptung, dass es Absatzkrisen nicht geben könne. Dieser Scheinbeweis vertauscht das nicht ausgelastete Produktionspotenzial mit der Produktion, die immer nur im Umfang der Nachfrage erfolgt, und behauptet, dass wegen dem mit der Produktion identischen Einkommen diese Produktion immer nachgefragt werde.

Statt die volle Auslastung des Produktionspotenzials zu beweisen, wird zur Täuschung auf die Produktion verwiesen, die doch immer nachgefragt werde, weil ja die Einkommen immer genau der Produktion entsprechen müssen. Eine Absatzkrise bedeutet, dass Einkommen und Nachfrage zwar für die produzierten Güter reichen, nicht jedoch für die Güter, die bei größerer Nachfrage mit dem Produktionspotenzial noch zusätzlich hätten produziert werden können.

2.4. Die angebliche Neutralität des Geldes

Unter der Neutralität des Geldes versteht man die von Klassikern wie Neoklassikern niemals mit einer ernstzunehmenden Begründung gestützte Annahme, dass das Geld keinerlei Einfluss auf die Realwirtschaft habe. Selbst die unbestreitbaren Phasen von Inflation oder Deflation würden die Ökonomie weder beleben, noch in eine Rezession führen.

Es sei eine Zweiteilung zwischen dem realen und monetären Bereich einer Volkswirtschaft, so die Grundannahme des VWL-Modellbaus. Dann müsste es jedoch eine Deflation der Preise ohne eine Depression der Realwirtschaft geben, ebenso einen Boom der Realwirtschaft ohne Inflation. Selbstverständlich folgert man derartigen Unsinn lediglich aus den Annahmen der Modelle, dass das Geld neutral sei. Tautologie und Zirkelschluss sind die Grundlagen der VWL.

Keynes hat diese Tradition bei einem seiner berühmtesten Kollegen beschrieben:

> Die Überzeugung, die zum Beispiel fast durch das ganze Werk von Professor Pigou läuft, dass das Geld keinen wirklichen Unterschied mache, es sei denn durch Friktionen, und dass die Theorie der Produktion und Beschäftigung (wie die von Mill) auf der Grundlage »realer« Tauschhandlungen ausgearbeitet werden könne, wobei das Geld im letzten Kapitel oberflächlich eingeführt wird, ist die moderne Fassung der klassischen Tradition. (Keynes, »Allgemeine Theorie«, S. 17)

Die Neutralität des Geldes ist die zum Say'schen Theorem erforderliche Behauptung, dass die Geldpolitik weder Absatzkrisen noch einen Boom oder sonst irgendetwas verursachen könne.

Weil die angebliche Neutralität des Geldes der Erfahrung zu offensichtlich widerspricht, wird häufig nur eine langfristige Neutralität des Geldes behauptet und für die kurze Frist zugestanden, dass die Konjunktur von Geldpolitik und Preisänderungen beeinflusst ist. »Langfristig sind wir alle tot«, witzelte Keynes gegen diese Auffassung, die keinem logischen Argument folgt und nicht wirklich diskutiert werden kann.

Trotz Keynes blieb die angebliche Neutralität des Geldes mit kleinen Einschränkungen ein aktuelles Dogma der VWL mit einer neuen Begründung, der Theorie der rationalen Erwartungen: Die rational handelnden und optimal informierten Akteure würden monetäre Einflüsse so in ihr Kalkül einbeziehen, dass sich real nichts ändern könne. Falls etwa eine expansive Geldpolitik mit Inflation absehbar wäre, würden langfristige Zinsen sofort steigen und den positiven Einfluss der

expansiven Geldpolitik aufheben. Die Geldpolitik würde ja nur den kurzfristigen Zins festlegen, aber langfristige Zinsen würden die Märkte bestimmen. Dieses Argument ist leicht erledigt, weil die Notenbank auch langfristig den kurzfristigen Zins bestimmt und damit die Erwartungen der Investoren. Die Notenbank kann also langfristig eine expansive Geldpolitik verfolgen und den Investoren diese Geldpolitik ankündigen. Investitionen in Immobilien, Produktionsmittel und Rohstoffe werden dadurch attraktiv und das allein reißt die Konjunktur noch aus der schlimmsten Depression. Die glaubhafte Ansage einer expansiven Geldpolitik reicht zur Konjunkturbelebung.

Inflation oder Deflation, die nominalen und realen Zinsen, die Einkommensverteilung und vor allem die Kreditgeldschöpfung des Bankensystems haben einen Einfluss auf die Konjunktur. Die Kreditgeldschöpfung ist bereits als das Instrument der Konjunktursteuerung erörtert worden und wir haben gesehen, dass jeder zusätzlich vergebene Kredit eine zusätzliche Nachfrage schafft, so dass die Einkommen steigen und ein positiver Multiplikatoreffekt auftritt. Diesen Multiplikator mit komplizierten Formeln berechnen zu wollen, ist allerdings sinnlos, weil die Geldpolitik ja ihren Einfluss laufend und nach Bedarf anpassen kann und wird.

Die zukünftige Preisentwicklung beeinflusst langfristige Investitionen. Wenn eine Deflation die Renditen aufzehrt, unterbleiben langfristige Bauinvestitionen. Lohnsenkungen, die immer wieder von Ökonomen in Krisen gefordert werden, verstärken eine Deflation. Bei Inflation wechseln die Investoren in Sachanlagen, deren Produktion steigt damit und belebt die Konjunktur.

Die Notenbank muss eine bei florierender Konjunktur sich ergebende Inflation nicht gleich mit restriktiver Geldpolitik abwürgen. Sie kann die Konjunktur mit einer leichten Inflation fördern und so die expansive Geldpolitik über lange Zeit durchhalten. Allerdings werden die Eigentümer der Geldvermögen da empört und lautstark aufschreien und das zu verhindern versuchen.

Die Zinspolitik der Zentralbanken kann eine Inflation nur brechen, indem mit Hochzinspolitik eine Absatzkrise ausgelöst wird. Wäre das Geld neutral, wie in den neoklassischen Modellen, könnte die Notenbank die Inflation nicht verhindern. In den neoklassischen Modellen wird die Stabilitätspolitik jedoch so dargestellt, als ob es möglich wäre, die Preise mit der Steuerung einer Geldmenge zu beeinflussen. Dieser Trugschluss von der Geldmenge direkt auf die Preise ist für die angebliche Neutralität des Geldes erforderlich; er wird später noch widerlegt.

2.5. Ricardo und die Krise von 1815-22 in England

David Ricardo war an der Londoner Börse während des Krieges, den England von 1792 bis 1815 gegen Frankreich führte, mit Kriegsanleihen der Regierung zu Reichtum gekommen.

Ab 1799 begann er intensive ökonomische Studien und kritisierte im Jahr 1809 in der Presse die Bank von England für den hohen Banknotenumlauf, der durch den Krieg bedingt war. Seit 1797 war die Goldauszahlung von Einlagen und Banknoten aufgehoben und die Preise hatten sich etwa verdoppelt. Im Jahr 1810 wurde das »Bullion Committee« gegründet, eine Parlamentskommission für die Deflationspolitik nach Kriegsende, der Ricardo und Robert Peel, der spätere Premierminister, angehörten.

Im gleichen Jahr veröffentlichte David Ricardo seine Schrift »High Price of Bullion. A Proof of The Depreciation of Bank Notes«, die sich mit der Abwertung der Banknoten gegenüber dem Gold befasste. Hier leugnete Ricardo die positive Wirkung einer expansiven Geldpolitik:

> To suppose that any increased issues of the Bank can have the effect of permanently lowering the rate of interest, and satisfying the demands of all borrowers, so that there will be none to apply for new loans, or that a productive gold or silver mine can have such an effect, is to attribute a power to the circulating medium which it can never possess. Banks would, if this were possible, become powerful engines indeed. By creating paper money, and lending it at 3 or 2 per cent. under the present market rate of interest, the Bank would reduce the profits on trade in the same proportion; and if they were sufficiently patriotic to lend their notes at an interest no higher than necessary to pay the expenses of their establishment, profits would be still further reduced; no nation, but by similar means, could enter into competition with us, we should engross the trade of the world. To what absurdities would not such a theory lead us! Profits can only be lowered by a competition of capitals not consisting of circulating medium. As the increase of bank notes does not add to this species of capital, as it neither increases our exportable commodities, our machinery, or our raw materials, it cannot add to our profits nor lower interest.

In jedem Krieg hat die Geldpolitik die Konjunktur gefördert und die Kredite für den Krieg um den Preis der Inflation geschöpft. Was im Krieg möglich ist, ließe sich im Frieden zur Belebung der Wirtschaft genauso umsetzen. Aber es würde dann die Zinsen und Profite senken, wie es von Ricardo beschrieben wurde; nur dass er dies für unmöglich erklärt, weil es den Interessen der Kapitaleigner widerspricht. Was in jedem Krieg klug für den Erfolg benutzt wurde, soll im Frieden plötzlich nicht mehr möglich und sinnvoll sein.

Ricardo wurde ein Interessenvertreter jener Rentiers, die nach dem Krieg durch Deflation die Kaufkraft ihres Geldes erhöhen wollten. Die Kritik an der Bank von England während des Krieges war ein propagandistisches Feuerwerk für die Arbeit der Parlamentskommission, die auf eine mörderische Deflationspolitik nach Kriegsende eingestimmt werden sollte. Dass die Bank mit vermehrter Notenausgabe den Krieg gegen Napoleon zu finanzieren half und in Kriegszeiten keine Rezession auslösen durfte, wird David Ricardo so klar gewesen sein, wie uns heute.

Mit dem Kriegsende 1815 begann die Bank von England die Senkung der Preise mit einer restriktiven Kreditpolitik, die zu Hunger und Elend für das Volk und zahllosen Bankrotten der mit der Geldpolitik weniger vertrauten Unternehmer führte. Wer es wusste und seit 1810 erwarten konnte, hatte sich aus den Geschäften rechtzeitig zurückgezogen und lebte sicher von den Renditen und der steigenden Kaufkraft der Kriegsanleihen der englischen Regierung.

Jedenfalls stieg der Kurs der Banknoten durch die Rezession steil an und erreichte schon 1821 wieder die alte Goldparität der Vorkriegsjahre. Notenumlauf, Löhne und Preise brachen stark ein und die Not der einfachen Bevölkerung war grauenhaft. Aus diesem Anlass wurde Ricardo der eigentliche Schöpfer des Say'schen Theorems, das bis heute die von Deflationspolitik verursachten Krisen dreist leugnet.

In seinen Schriften zur Ökonomie hat Ricardo bereits die Preise mit den Grenzkosten der Produktion erklärt. Die Zinsen würden vom sinkenden Grenzertrag der Investitionen bestimmt (Principles, Kap. 27.33). Tatsächlich kennt niemand den Grenzertrag von Investitionen und die Zinsen schwanken wie die Börsenkurse, weil sie von unsicheren Erwartungen für die Zukunft bestimmt werden. Ricardo behauptete einen Mangel an Kapital, den die Geldpolitik nicht mildern könne: Wenn die Banken mehr Geld verleihen, würde das den Zins auf Dauer nicht reduzieren, nur der Wert des vermehrten Geldes würde sinken.

Selbstverständlich hat Ricardo gewusst und zugegeben, dass die Bank von England in der Zeit des Krieges die Wirtschaft mit niedrigen Zinsen stimuliert hat (Principles, Kap. 27.34):

> The reason, then, why for the last twenty years, the Bank is said to have given so much aid to commerce, by assisting the merchants with money, is, because they have, during that whole period, lent money below the market rate of interest; below that rate at which the merchants could have borrowed elsewhere; but, I confess, that to me this seems rather an objection to their establishment, than an argument in favour of it.

Es kann also nach dieser Aussage des David Ricardo von einer Neutralität des Geldes oder einer Unwirksamkeit der Geldpolitik oder einem sich immer am Grenzertrag orientierenden Zins gar keine Rede sein.

Ricardo vertrat die Lehre, dass der Lohn durch die Kosten des Unterhalts der Arbeiter und der für die Zukunft zur Erhaltung ihrer Anzahl benötigten Kinder bestimmt wäre (Principles, Kap. 5.1). Anders als beim Kapital ist beim Lohn plötzlich nicht vom Grenzertrag der Arbeit die Rede, auf den Arbeiter einen Anspruch haben könnten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter sei durch den Umfang eines Lohnfonds bestimmt, aus dem die Löhne der Arbeiter vorfinanziert würden. Nicht nur höhere Löhne würden daher die Beschäftigung von Arbeitern hemmen, sondern auch die Verwendung von Kapital aus dem Lohnfonds zur Anschaffung von Maschinen.

Auf dem Höhepunkt der durch die Deflationspolitik verursachten Erwerbslosigkeit im Jahr 1821 gab Ricardo plötzlich seinen bisherigen Standpunkt auf, dass der technische Fortschritt immer zum Vorteil der Arbeiter wäre. Weil zur Anschaffung moderner Maschinen aus dem Lohnfonds Kapital entnommen würde, könnten deshalb weniger Arbeiter beschäftigt werden und womöglich sinke sogar die gesamte Produktion der Ökonomie (Principles, Kap. 31.11):

> All I wish to prove, is, that the discovery and use of machinery may be attended with a diminution of gross produce; and whenever that is the case, it will be injurious to the labouring class, as some of their number will be thrown out of employment, and population will become redundant, compared with the funds which are to employ it.

Der Trugschluss einer angeblich technologisch verursachten Arbeitslosigkeit wird seit Ricardo anlässlich jeder mit restriktiver Geldpolitik verursachten Wirtschaftskrise propagiert.

Im Kapitalismus haben wir letztlich ein Gewaltverhältnis, das die Verteilung der Einkommen maßgeblich beeinflusst, und jede ökonomische Theorie ist Ideologie: Die Ökonomen müssen sich Rechtfertigungen ausdenken, daher besteht bei ihnen immer ein Kapitalmangel, der durch das Sparen am Konsum (der Arbeiter) und durch die Erhöhung der Profite behoben werden soll.

Tatsächlich besteht wohl kein Kapitalmangel, außer selbstverständlich immer für das einzelne Individuum, das dann, bestärkt von den Ökonomen, von seinem persönlichen Kapitalmangel auf einen Kapitalmangel der gesamten Ökonomie schließt. Vielmehr fehlt es an Nachfrage, um ein

größeres Produktionspotenzial auszulasten. Nicht ausgelastete Produktionsmittel sind verlorenes Kapital, was die Kapitalvernichtung in den Krisen immer wieder eindringlich zeigt.

Das gewaltigste Wachstum der Industrie finden wir in den USA, als den Arbeitern noch im Vergleich zu anderen Ländern sehr hohe Löhne geboten werden mussten, weil sie sonst als Siedler eine Farm betrieben hätten. Mit den hohen Einkommen ihrer nicht so sehr vom Lohn abhängigen Arbeiter konnte die moderne Massenproduktion in den USA beginnen, während sich die Ökonomien anderer Länder ins Elend gespart haben.

Ein ganz interessanter Trugschluss ist Ricardos Erklärung der Bodenrente mit der Fruchtbarkeit der Böden. Die Böden haben einen sinkenden Ertrag und die mit dem niedrigsten Ertrag würden keine Bodenrente abwerfen. Der höhere Ertrag fruchtbarer Böden stünde dem Grundbesitzer als Grundrente zu und dies wäre auch die Erklärung für das Einkommen der Grundbesitzerklasse (Principles, Kap. 2.4):

> If all land had the same properties, if it were unlimited in quantity, and uniform in quality, no charge could be made for its use, unless where it possessed peculiar advantages of situation. It is only, then, because land is not unlimited in quantity and uniform in quality, and because in the progress of population, land of an inferior quality, or less advantageously situated, is called into cultivation, that rent is ever paid for the use of it.

Hier wird also die Grundrente mit einer natürlichen Eigenschaft des Bodens erklärt, seiner größeren oder geringeren Fruchtbarkeit und besseren oder schlechteren Lage. Eine für den Ertrag optimale Bearbeitung der Böden würde allerdings jedem Bauern ein nach seiner Fruchtbarkeit unterschiedlich großes Stück Land zuteilen, so dass jeder Bauer mit dem gleichen Einsatz eine gleich gute Ernte erzielt, nur eben auf einem kleineren oder größeren Stück Land. Bessere Böden würden intensiver bewirtschaftet, wie es ja auch sinnvoll wäre. Schon ist die Theorie einer Rente aus dem Mehrertrag der besseren Böden als ideologische Rechtfertigung der Einkünfte der Grundbesitzerklasse entlarvt.

Auf Ricardo geht auch die heute noch gelehrte »Ricardianische Äquivalenz« zurück, wonach eine Erhöhung der Staatsausgaben zu verstärktem privaten Sparen führe und deren Senkung von privaten Ausgaben ausgeglichen würde. Das Gegenteil ist historisch nachweisbar und logisch.

3.1. Die Neoklassiker

Adam Smith und Ricardo hatten die Arbeit als wertschaffendes Grundelement der Ökonomie behandelt. Verschiedene Güter sollten sich im Verhältnis der zu ihrer Produktion erforderlichen Menge an Arbeit tauschen, der jeweilige Wert also durch die notwendige Arbeit zur Herstellung der Güter bestimmt sein. Die Zahlung von Renten und Pachten würde nach Smith die Preise in geringem Umfang beeinflussen, eine eingehende Behandlung des Themas findet sich bei ihm nicht. Ricardo sah das Kapital auch als Produkt von Arbeit, so dass der Wert der mit Maschinen erzeugten Waren eben durch die Gesamtheit der Arbeit, zu der die Konstruktion und der Einsatz der Maschinen gehört, bestimmt ist. Ricardo betrachtete jedoch zuletzt die alte Werttheorie als durch den Zins des eingesetzten Kapitals beträchtlich modifiziert.

Die klassischen Ökonomen standen im Klassenkampf auf der Seite der Fabrikanten gegen den Adel und die Landlords, gegen die es vor allem auf die Betonung der wertschaffenden Arbeit ankam. Man versteht die klassischen Lehren nur im Licht dieser Klassenkämpfe. Anfangs waren die Arbeiter so sehr ohne gesellschaftliche Bedeutung, dass die Klassiker ihre Arbeit gefahrlos zur allein wertbildenden Kraft erklären konnten.

Dies änderte sich und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts halfen die Lehren von Smith und Ricardo dem Bürgertum in seinen Klassenkämpfen nicht mehr. Die Arbeiter organisierten sich in Gewerkschaften, forderten höhere Löhne für ihre wertschaffende Arbeit und konnten sich dabei auch noch auf die klassischen Ökonomen berufen.

Im Gegensatz zu den Klassikern durfte der Gewinn bei den Neoklassikern nicht einfach der Überschuss der Erlöse über die Lohnkosten sein. Diese Theorie hätte die Arbeiter ermuntert, sich zu organisieren und für bessere Löhne zu kämpfen. Also lautete die neue Theorie, dass die Löhne durch die Grenzproduktivität der Arbeit bestimmt seien, der Kapitalprofit entsprechend von der Grenzproduktivität des Kapitals und ein Knut Wicksell erfand den natürlichen Zins. Es sollte alles als naturgegeben erscheinen, das Ergebnis von Knappheit und nicht von Machenschaften der herrschenden Politik unter dem Einfluss der Klasse der Kapitalisten.

Die Neoklassik entdeckte in der Arbeitswerttheorie Probleme mit der Kapitalrendite und mit den Gütern, die nicht durch Arbeit erzeugt werden. Nun wurde der »rein subjektive Wert« aller

Güter gelehrt und die Professoren berechneten Kurven für Grenznutzen und Grenzkosten. Die »subjektive Werttheorie« erklärte mit den Gossenschen Gesetzen den abnehmenden Grenznutzen zusätzlicher Mengen konsumierter Güter.

Der deutsche Agrarökonom Johann Heinrich von Thünen hatte 1826 als Erster den Gedanken formuliert, dass der Einsatz einer zusätzlichen Arbeitskraft oder einer weiteren Menge Dünger solange vorteilhaft sei, wie der Mehrertrag größer ist als die Kosten. Ein Landwirt stelle daher nur solange Arbeiter ein, wie deren Ertrag die Kosten decke. Der Lohn für den letzten Arbeiter bestimmt dann die Lohnhöhe für alle anderen Arbeiter.

Die Grenzkosten als wertbestimmende Größe unterscheiden sich zwar nur gering von den klassischen Aussagen zu Produktionskosten und Preisen, aber die Arbeit steht bei der ganzen Grenzkostenbetrachtung und ihren Kurven nicht mehr im Mittelpunkt.

Im Prinzip ist die Theorie der Grenzproduktivität also eher trivial und es läuft einfach auf die Produktionskosten für die sich gerade noch rechnenden Angebote an Gütern hinaus, die schon bei Ricardo deren Preis bestimmen.

Das Konzept des Grenznutzens war nicht ganz ungefährlich. Der Grenznutzen zusätzlicher Güter liegt für reale Bedürfnisse bald im negativen Bereich, für jeden, der genug davon besitzt, während die Armen, die sich das Nötigste kaum leisten können, einen großen Nutzen von mehr Gütern haben. Der Grenznutzen hätte gute Argumente für den Kommunismus, in dem alle Güter möglichst gleich verteilt werden sollen, um den Nutzen für die Bevölkerung zu maximieren.

Weil Ökonomen genau wissen, wofür sie bezahlt werden, hat ein gewisser Pareto sofort das Pareto-Optimum erfunden. Nach Pareto ist die Verteilung von Gütern optimal, in der niemand besser gestellt werden kann, ohne einen anderen Beteiligten schlechter zu stellen. Wenn einem Reichen alles gehört und alle anderen verhungern oder wenn die Armen verhungern, weil den Reichen nichts weggenommen werden darf, ist dies ein pareto-optimales Gleichgewicht. Pareto gilt mit dieser geistigen Leistung als Begründer der Wohlfahrtsökonomie der VWL.

3.2. Der Methodenstreit mit der Historischen Schule

Die Historische Schule der Nationalökonomie war in Deutschland sehr einflussreich und in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts waren die meisten deutschen Lehrstühle von ihren Anhängern besetzt. Sie gewann ihre Hypothesen aus der Wirtschaftsgeschichte und aus empirischen Studien und lehnte den Anspruch der klassischen und neoklassischen Schulen ab, von historischen Erfahrungen unabhängige Gesetze der Ökonomie formulieren zu wollen. Die Vertreter der Historischen Schule galten als Kathedersozialisten, die am preußischen Staat statt an den Interessen des Kapitals orientiert waren und einen sozialen Ausgleich anstrebten.

Während die englischen Ökonomen den Nutzen des Individuums betrachteten, wurde von deutscher Seite etwa der Einfluss der Kultur auf die Entwicklung der Wirtschaft diskutiert. Dem entspricht eine große Verantwortung des Staates, dessen Einfluss die englischen Ökonomen nur möglichst gering haben möchten. Die Gedanken der Historischen Schule prägten zwar nach 1945 noch die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft, wurden an den Universitäten aber völlig von der Neoklassik und den Bastardkeynesianern mit ihren Modellen verdrängt. Der zur Diskussion der sozialen Fragen von der Historischen Schule gegründete »Verein für Socialpolitik« ist heute unter der Kontrolle der schärfsten Neoliberalen und propagiert den Sozialabbau.

Im Methodenstreit in der Nationalökonomie verteidigten Österreicher wie Carl Menger den englischen Laissez-Faire-Liberalismus gegen die Idee eines starken Staates, eines preußischen Sozialismus, wie das genannt wurde. Die Vertreter der Österreichischen Schule gewannen nach dem Ersten Weltkrieg an Einfluss im englischen Sprachraum und radikalisierten sich unter Mises und Hayek. Nachdem die Weltwirtschaftskrise die liberalen Vorstellungen der angelsächsischen Ökonomen in der Öffentlichkeit vollständig diskreditiert hatte, konnten Mises und Hayek unter dem Deckmantel des Neoliberalismus den alten Manchester-Liberalismus gut getarnt über die Zeit bringen, bis die Erfahrungen der Great Depression vergessen waren.

Bis dahin mussten die neoliberalen Ökonomen Kreide fressen und mit Gleichgewichtskurven an der Hörsaaltafel Studenten auf bessere Zeiten vorbereiten, in denen die alten Parolen wieder als ökonomische Heilslehren verkündet werden konnten, so etwa 50 Jahre nach 1929.

3.3. Das Marktgleichgewicht

Sie kennen alle das Ökonomen-X oder Marshall-Kreuz in einem Diagramm mit senkrechter Preisachse und waagrechter Mengenachse nach rechts. Von links oben (hoher Preis, niedrige Menge) nach rechts unten (niedriger Preis, hohe Menge) verläuft die Nachfragekurve, von links unten (Preis und Menge niedrig) nach rechts oben (Preis und Menge hoch) die Angebotskurve. Beide Kurven müssen sich in einem Punkt schneiden, an dem Preis und Menge identisch sind. Dort haben wir das Marktgleichgewicht: Wer nicht zum Abschluss kommt, will entweder einen höheren Preis für seine Ware oder will als Käufer den Marktpreis nicht zahlen.

Das bis hier geschilderte Gleichgewicht gilt für Teilmärkte und für eine einmalige Auktion. Allein durch die Einführung der Zeit verschwindet der Gleichgewichtspreis, weil jetzt die Preise wie an der Börse schwanken und ständig ein Teil der abgeschlossenen Geschäfte von den Beteiligten bereut wird, weil sie zu teuer gekauft oder zu billig verkauft haben. Die Preise schwanken zyklisch, Spekulanten kaufen nur mit dem Ziel, sich von der Ware zu einem höheren Preis bald wieder zu trennen, oder verkaufen, um die Ware bald billiger zurückzukaufen.

Auf einem realen Markt gibt es Zwänge, zu fast jedem Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Der frische Fisch muss weg, der Arbeiter braucht Geld. Dass der Fischer zu dem Preis verkauft hat, heißt also nicht, dass er in Zukunft wieder zum Fischen ausfährt, wenn er zu diesen Preisen verkaufen muss. Der Arbeiter hat den Lohn heute akzeptieren müssen, weil er kein besseres Angebot bekam, morgen wird er woanders sein Glück versuchen. Wenn sich die Beteiligten heute auf einen Preis geeinigt haben, bedeutet das nicht, dass es ein Gleichgewichtspreis wäre, zu dem morgen dieselben Beteiligten wieder auf den Markt kämen. Vielleicht wird die Hälfte der Fischerboote morgen im Hafen bleiben und dann verdoppeln sich die Fischpreise, weil mehr Käufer erschienen sind, die zu den niedrigen Preisen von gestern kaufen wollten.

Die Vorstellung, dass es ein allgemeines Marktgleichgewicht für die Makroökonomie geben muss, geht wieder notwendig davon aus, dass es kein Geld gibt. Wir können ganz schnell an einem einfachen Beispiel sehen, wie der Markt nicht geräumt wird und allein das Geld jeden markträumenden Gleichgewichtspreis verhindert.

Es gibt Bäcker, Metzger und Bierbrauer, die sich gegenseitig ihre Produkte abkaufen. Ohne Geld ist das kein Problem. Wir nehmen an, dass jeder von ihnen gleich hart und gleich lange arbeitet und dann tauschen sie so, dass jeder gleich viel Bier, Brot und Wurst bekommt. Danach führen wir das Geld ein und nehmen einmal an, dass jeder für schlechte Zeiten etwas Geld, das er verdient hat, sparen will. Offensichtlich kann der Markt mit diesen Sparern nicht mehr geräumt werden, weil jeder versuchen wird, den Anderen weniger abzukaufen, als sie von ihm kaufen. Auch eine Senkung der Preise kann das Absatzproblem nicht beseitigen, weil alle Geld übrig behalten wollen, also mehr einnehmen als ausgeben möchten, und das geht nicht.

Wir haben damit eine typische Absatzkrise, die eine Störung von Produktion und Verteilung mit schweren Konsequenzen für alle Beteiligten auslöst und durch den Markt nicht behoben werden kann. Genau diese Ursache hat im Prinzip jede historische Absatzkrise gehabt, dass alle einen Überschuss ihrer Einnahmen über ihre Ausgaben erzielen wollten, was nicht möglich ist.

Es gibt also folglich kein Gleichgewicht in einer Makroökonomie mit richtigem Geld, mit dem gespart werden kann und in dem man sich verschulden kann. Denn Geld verstärkt prozyklisch jedes Ungleichgewicht. Wollen alle sparen, dann gibt es Absatzprobleme mit sinkenden Preisen, die den Sparer begünstigen. Wollen sich alle verschulden, ist die Nachfrage groß, die Preise steigen, wer sich gestern nicht verschuldet hat, um mehr zu kaufen, wird es heute bereuen und nachholen. Nur die Geldpolitik kann durch ein Gegensteuern mit den Zinsen diese selbstverstärkende Inflation oder Deflation wieder beenden. Der Markt tendiert bei steigenden oder fallenden Preisen immer mehr ins Ungleichgewicht mit zu großer oder zu geringer Nachfrage für das Produktionspotenzial.

In der arbeitsteiligen Wirtschaft sind wir alle spezialisiert und unsere Arbeit bekommt nur einen Wert, wenn sie verkauft werden kann. Wären wir nicht spezialisiert, könnten wir einfach für unseren eigenen Bedarf produzieren und bräuchten weder Käufer für unsere Güter noch Geld für andere Güter. Aber in einer arbeitsteiligen Ökonomie mit Markt kann es sein, dass alle Not leiden, nur weil sie sich ihre Leistungen gegenseitig nicht mehr abkaufen wollen, was immer monetäre Ursachen hat.

3.4. Gleichgewichtskurven im VWL-Modellbau

Jede Beweisführung mit Modellen ist Tautologie und Zirkelschluss, weil Modelle ganz auf ihren Voraussetzungen und Annahmen beruhen, die für jede Absicht passend gewählt werden können. Modelle sind aber zur Durchsetzung von Ideologien sehr geeignet und man kann Studenten mit einem System von Behauptungen indoktrinieren, die widerspruchsfrei erscheinen und im Rahmen der gewählten Modellannahmen nicht zu widerlegen sind.

Den Studenten wird zwar ganz am Anfang einmal erklärt, dass alle Modelle auf bestimmten Annahmen beruhen; es gibt ja auch konkurrierende Modelle, wie zum Beispiel das neoklassische und das vorgeblich keynesianische von Hicks. Aber später werden dann die Schlussfolgerungen aus den Modellen gelehrt, ohne deren Annahmen und Voraussetzungen zu hinterfragen. Die Studenten untersuchen nie, ob die mit diesen Modellen begründeten Thesen mit der Realität im Einklang sein können. Der Student hat einfach die jeweiligen Modelle zu lernen und in der Prüfung die Thesen aus einem Modell »richtig« abzuleiten.

Der VWL-Modellbau wird den Studenten noch mit einem pseudowissenschaftlichen Getue mit komplizierten mathematischen Formeln weiter vernebelt, mit denen sie dann zum Beispiel die Schnittpunkte der angeblichen Gleichgewichtskurven berechnen müssen. Mit dem richtig berechneten Schnittpunkt ist dann das Thema dieser Angebots- und Nachfragefunktionen erledigt und es folgt die nächste Rechenübung. Der Sinn eines Ökonomiestudiums wäre aber, nicht Funktionen auszurechnen, sondern deren Grundlagen zu diskutieren.

Außenstehende können sich kaum erklären, dass in Zeiten geldpolitisch verursachter Krisen die an der Uni vorgesetzten Dogmen nicht heftig diskutiert werden. Aber die Professoren sind nur zu ihrem Lehrstuhl gekommen, weil sie genau das zu verhindern wissen, und jeder Student muss an seine Zukunft und Karriere in diesem System denken. Da wird der VWL-Modellbau gepaukt, um in den Prüfungen ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen; für andere Gedanken oder gar Kritik ist keine Gelegenheit.

Die Gleichgewichtskurven über der Y-Achse sind das beste Beispiel für den Unsinn, der in der VWL kritiklos Verbreitung findet. Diagramme mit Achsen für ein X und ein Y sind Schülern so vertraut, dass sie später als Studenten keinen Einwand erheben, wenn die Y-Achse Produktion

und Einkommen einer Ökonomie darstellen soll. Tatsächlich können wir zum Beispiel auf einer Y-Achse einen Punkt P(100) bezeichnen, der die Produktion unserer Ökonomie zu 100 Prozent sein soll. Links von diesem Punkt gibt es zum Beispiel die 90 Prozent zu markieren, P(90) kann unsere Ökonomie vor 10 Jahren darstellen, als diese 10 Prozent weniger produziert hat. Ebenso kann die Strecke von Y=0 über P(100) um 20 Prozent verlängert werden um P(120) zu erhalten, womit vielleicht die Leistung unserer Ökonomie in 10 oder 15 Jahren dargestellt wird.

Und nun lehnen Sie sich einfach einmal zurück und fragen sich, was eine Gleichgewichtskurve über dieser Y-Achse sein soll. Suchen Sie die Antwort nicht in einem VWL-Lehrbuch, Sie werden vergeblich suchen. Wenn Sie jetzt auf einer Y-Achse ihre Körpergröße eintragen und darüber eine Gleichgewichtskurve zeichnen, dann können Sie sicher sein, dass die Professoren sich bei ihren Gleichgewichtskurven auch nicht viel mehr gedacht haben.

Die Punkte links und rechts von dem Punkt, der unsere Produktion Y darstellen soll, sind nicht definiert und prinzipiell ganz undefinierbar. Wir wissen nicht, wann und wie unsere Ökonomie um 20 Prozent gewachsen sein wird. Eine Kurve darüber zu malen, dass bei einem Zins von 3,5 Prozent die Ökonomie an P(120) im Gleichgewicht wäre, ergibt keinen Sinn.

Links von unserem P(100) müsste die Ökonomie zum Beispiel auf P(90) schrumpfen, um dort ein Gleichgewicht zu erreichen. Die Ökonomen argumentieren tatsächlich so, dass bei höheren Zinsen weniger investiert wird, damit Produktion und Einkommen sinken, bis eine geschrumpfte Ökonomie in einem Punkt links von P(100) kombiniert mit einem höheren Zins ein neues Gleichgewicht erreiche. Im allgemeinen Gleichgewicht müsste die Produktion aber ausgelastet sein und damit gilt $Y = f(K, N)$, das könnte nur mit weniger Kapital oder Arbeit schrumpfen.

Die Geldpolitik kann mit einer Krise gezielt Kapital durch Unterauslastung vernichten. Das ist jedoch keine freiwillige Aufzehrung des Kapitals in einem zu neuen Gleichgewichten führenden Anpassungsprozess von Ersparnis und Investition. Kapitalaufzehrung als freiwillige Anpassung wird durch höhere Zinsen gerade nicht motiviert. Dazu später mehr.

3.5. Die Produktionsfunktion

Arbeit, Boden und Kapital sind die traditionellen Produktionsfaktoren, wobei heute der Boden wie Gebäude und Maschinen als Kapital behandelt wird. Die geläufige Produktionsfunktion der VWL verknüpft Arbeit und Kapital, die nach ihrem Grenzertrag bezahlt werden. Die gesamte Produktion ist die Summe aus Arbeit mal Lohn und Kapital mal Rendite.

Die Klassiker waren noch davon ausgegangen, dass der Lohn durch das Existenzminimum der Arbeiter bestimmt wird und die Rendite sich aus dem Überschuss der Produktion über die Löhne, aufgeteilt auf das investierte Kapital, ergibt. Da hätten die Arbeiter einfach bessere Löhne zu Lasten der Rendite fordern können. Im neoklassischen Modell konnten die niedrigsten Löhne mit der Grenzproduktivität der Arbeit, dem angeblichen Marktlohn, gerechtfertigt werden. Höhere Löhne müssten zu Arbeitslosigkeit führen, wie die Professoren bis heute behaupten.

Dass die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit nach ihrem Grenzprodukt bezahlt würden, ist empirisch nicht überprüfbar und logisch betrachtet falsch. Ein Gedankenspiel zur Entstehung der Profite kann den wirklichen Zusammenhang zeigen:

Auf einer Insel gebe es nur den Kapitalisten und 50 lohnabhängige Arbeiter. Falls nun alle Arbeiter Lebensmittel erzeugen, beschränkt sich der Profit des Eigentümers der Insel auf so viel, wie er essen kann. Wie viel dies nun im Verhältnis zu seinem Kapital ist, also dem Boden und den Maschinen und Gebäuden, wollen wir gar nicht berechnen. Wichtig ist nur, dass der Profit sofort gesteigert werden kann, indem der Kapitalist 20 Arbeiter beschäftigt, um sich eine große Villa bauen zu lassen. Der Reallohn der Arbeiter sinkt, weil jetzt nur noch 30 Leute Lebensmittel erzeugen, während der Profit des Kapitalisten auf die Summe aus seinem Konsum und dem Wert seiner von den 20 Leuten errichteten Villa steigt.

Das ist übrigens der Grund, warum zum Beispiel der Erste Weltkrieg die Profite des Kapitals in den USA so stark erhöht hatte: Ein großer Teil der Arbeiter produzierte für den Kriegsbedarf in Europa und nicht für ihren eigenen Bedarf. Der Reallohn sank und die Profite stiegen. Auch Exportüberschüsse steigern daher die Kapitalprofite und senken die realen Löhne der Arbeiter.

Die Geschichte mit der Grenzproduktivität ist also wieder ein Trugschluss, um jede sinnvolle Maßnahme zur Erhöhung der Löhne vor dem Publikum zu verbergen. Denn es käme darauf an, dass die Ökonomie vorwiegend für den Bedarf der einfachen Bürger produziert. Dienstleistungen für Reiche, wie die Beschäftigung von Personal in privaten Haushalten, oder der Bau von Villen und Yachten für die Reichen erhöhen den Profit. Investitionen in Unternehmen erhöhen ebenfalls die Profite, sind aber grundsätzlich auch im Interesse der Arbeiter und würden im Sozialismus den Konsum der Massen genauso mindern.

Je mehr die Unternehmen investieren, desto höher sind ihre Profite. VWL-Professoren stellen das aber immer umgekehrt dar, als müssten erst die Gewinne steigen, damit die Unternehmen investieren. Wieder ein typischer Trugschluss, denn nicht unzureichende Gewinne begrenzen die Investitionen, sondern mangelnde Güternachfrage. Manche Professoren glauben anscheinend, die Investition erfolge zum Zweck der Investition und Konsum wäre grundsätzlich schlecht für eine Wirtschaft, aber die Produktion für den Konsum ist der Sinn der ganzen Wirtschaft.

Der deutsche Kapitalstock soll derzeit eine Größenordnung von 12.000 Mrd. Euro haben, bei einem Bruttoinlandsprodukt von 2.500 Mrd. Euro. Die Zahlen sind mit Vorsicht zu betrachten, weil ein wichtiger Teil des Kapitalstocks, wie Grundstücke und Gebäude, von der Konjunktur abhängig ist. Läuft die Konjunktur sehr gut, steigt der Wert des Kapitalstocks auch ganz ohne Investitionen, andernfalls löst er sich schnell in Luft auf.

Eine Unterauslastung des Kapitalstocks darf es in VWL-Modellen nicht geben, weil die Kapitalrendite mangels Knappheit dabei verschwinden müsste. Nun verschwinden in einer Wirtschaftskrise die Gewinne tatsächlich, weil Investitionen unterbleiben und Kapital durch mangelnde Auslastung vernichtet wird. Wir haben damit kein Problem, aber im VWL-Modellbau muss das Kapital auch in Wirtschaftskrisen knapp sein, ja sogar besonders knapp. Denn die Krisen und die hohen Zinsen, die diese Krisen verursacht haben, werden von den Professoren mit dem Kapitalmangel erklärt, weshalb mehr gespart und investiert werden müsse, um Arbeitsplätze zu schaffen. Durch das vermehrte Sparen würden Krise und Kapitalmangel überwunden.

Historische Untersuchungen widersprechen der These, dass die Grenzproduktivität von wenig Kapital höher wäre als die Grenzproduktivität von viel Kapital. Denn früher war das Kapital viel geringer, die Renditen aber genau wie heute abhängig von Wachstum und Konjunktur. Bei

hohem Wachstum stiegen die Renditen, bei schlechter Konjunktur fielen die Renditen. Es handelt sich also bei der Grenzproduktivität des Kapitals um ein Hirngespinst ohne reale Grundlage.

Im VWL-Modellbau ist die von der Grenzproduktivität bestimmte Kapitalrendite der Anreiz für das Sparen der jeweils letzten Einheit dieses Kapitals, das eben mit dem Grenzprodukt entlohnt wird. Verfolgt man den Gedanken weiter, kommt man zu einer Exponentialfunktion für das Wachsen des Kapitalstocks, wenn die Akkumulation von Kapital der Rendite entspricht. Bei einer Rendite von nur 7% müsste der Kapitalstock sich alle 10 Jahre verdoppeln und sich in 100 Jahren um den Faktor 1024 vermehrt haben. Alle Argumente sprechen dafür, dass der Umfang des in einer Ökonomie eingesetzten Kapitals nicht durch Kapitalmangel beschränkt wird, sondern durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der jeweiligen Ökonomie. Beherrschen Spekulation oder gar Korruption und Kriminalität eine Ökonomie, so scheitert die weitere Akkumulation von Kapital unter diesen widrigen Verhältnissen sehr bald.

Weil die Produktionsfunktion langfristige Veränderungen von Y durch einen sowohl Arbeit wie Kapital sparenden technischen Fortschritt nicht abbilden kann, musste ein Faktor c für den technischen Fortschritt ergänzt werden:

$$\text{Produktion}(Y) = \text{Faktor}(c) * f(\text{Arbeit}, \text{Kapital})$$

Damit ist die Produktionsfunktion allerdings praktisch unbrauchbar geworden. Man kann zwar in Gedanken damit spielen, wie sich nun die Produktion verändern würde, wenn eine bestimmte Menge an Arbeit mit dieser oder jener Menge Kapital kombiniert würde. Die über einen längeren Zeitraum wachsende Produktion kann aber nur wenig mit dem Wachstum der Arbeiterzahl oder des Kapitalstocks erklärt werden. Die unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen einsetzbare Technologie bestimmt den Umfang des Kapitalstocks und nicht die Sparsamkeit.

Die Cobb-Douglas-Funktion könnte längst als unbrauchbar vergessen sein, wenn sie nicht für die Interessen des Kapitals so zweckdienlich wäre. Mit ihr kann argumentiert werden, dass erst der Kapitalstock wachsen müsse, bevor höhere Löhne für die Arbeiter zu realisieren seien. Die Politik solle Investitionen und die dafür erforderlichen Profite der Kapitalisten fördern, während von den Arbeitern erkämpfte Lohnerhöhungen der Ökonomie nur schaden würden.

3.6. Der Gütermarkt und sein ewiges Gleichgewicht

Das Gütermarktgleichgewicht wird mit den Abkürzungen S für Angebot (Supply) und D für Nachfrage (Demand) in der Gleichung Y(S) = Y(D) dargestellt. Das ist auch schon der ganze Trick und völlig falsch, denn eigentlich müsste ein Gleichgewicht die Auslastung des Produktionspotenzials garantieren, die Gleichung hieße Y(Potential) = Y(Demand). Aber die optimale Auslastung des Produktionspotentials wurde von der Klassik vorausgesetzt.

Mit dem Say'schen Theorem wird behauptet, dass es keine mangelnde Nachfrage geben könne. Dann wäre der Gütermarkt immer im Gleichgewicht und wir könnten weitere Überlegungen zum Gleichgewicht der Teilmärkte ebenfalls mit dem Verweis auf Say beenden. Für die VWL gilt allerdings: Versuchen Sie niemals, logisch zu denken, das treibt Sie nur in den Wahnsinn!

Bei den Klassikern wurde immer mit voller Kapazität produziert und der Hinweis auf Krisen und historische Erfahrungen war nicht erlaubt. Eine durch Kreditschöpfung steigende Nachfrage führt im klassischen Modell nur zu höheren, eine sinkende Nachfrage zu niedrigeren Preisen. Im klassischen Modell ist die reale Nachfrage also immer identisch mit dem realen Angebot und das Preisniveau neutralisiert auf dem Gütermarkt die monetären Einflüsse.

Aber das Preisniveau wird im klassischen Modell noch einmal auf dem Geldmarkt bestimmt. Wir haben für eine Variable des Modells, den Preis, zwei Märkte mit zwei Bedingungen für das Gleichgewicht. Entweder sind diese identisch oder sie müssten zueinander im Widerspruch stehen. Sind sie identisch, so dass sich auf dem Gütermarkt kein anderer Gleichgewichtspreis ergeben kann als auf dem Geldmarkt, dann haben wir keine eigene Gleichgewichtsbedingung für den Gütermarkt und bräuchten nur das Gleichgewicht auf dem Geldmarkt diskutieren.

Da auf dem Arbeitsmarkt der Klassik immer Vollbeschäftigung herrscht, bleibt noch der Kapitalmarkt, auf dem ein Ungleichgewicht nach dem Gesetz von Walras auch nicht möglich ist, weil der letzte Markt immer im Gleichgewicht sein muss, wenn es die anderen Märkte sind. Der Geldmarkt steht ja wegen der Neutralität des Geldes in keiner Verbindung zu den anderen Märkten und kann sie nicht beeinflussen. Es gibt also im klassischen Modell gar keinen Prozess der Anpassung an ein allgemeines Gleichgewicht, weil es gar kein Ungleichgewicht geben kann.

Bei den Neoklassikern wird auf dem Gütermarkt der Zins bestimmt. Die Kurve der Investition schneidet die Sparkurve im Gleichgewichtszins. Auch hier das Problem, dass eine Variable, der Zins, auf zwei Teilmärkten bestimmt wird. Auf dem Gütermarkt und dem Kapitalmarkt müssten die Gleichgewichtsbedingungen für den Zins entweder identisch oder im Widerspruch sein. Das Gesetz von Walras ermöglicht, dass der Kapitalmarkt für das allgemeine Gleichgewicht gar nicht erörtert wird, womit verborgen bleibt, dass der Gütermarkt die Gleichgewichtsbedingung des Kapitalmarkts enthält oder damit im Widerspruch steht. Leider sagt das Gesetz von Walras nichts über den Fall, dass von insgesamt nur vier Teilmärkten zwei ein Duplikat sind und ein dritter grundsätzlich ohne Einfluss auf alle anderen Teilmärkte sein soll. Aber eigentlich brauchen wir uns dann das ganze Modell nicht mehr näher zu betrachten.

Nachdem der Kapitalmarkt mit Walras erledigt war, konnte die Neoklassik das Gleichgewicht von Sparen und Investieren auf dem Gütermarkt diskutieren. Und die Sache nicht nur ganz einfach, sondern zu einfach. Es gilt nämlich in vier Schritten:

1) Produktion = Konsum + Investition 2) Einkommen = Konsum + Ersparnis.

3) Produktion = Einkommen => 4) Investition = Ersparnis

Investition und Ersparnis sind in einer Ökonomie immer identisch. Klassik und Neoklassik haben das lange Zeit beharrlich übersehen und über ihren Y-Achsen Kurven für das Sparen und Investieren in Anhängigkeit vom Zins gemalt und sich im Gleichgewicht schneiden lassen. Dass die Ersparnis immer durch die Investition bestimmt wird und ein »Sparer« dabei mit einer einzigen Ausnahme keine Funktion hat, wurde erst von Keynes und seinen Schülern publik gemacht. Die einzige Ausnahme wäre eine wirklich voll ausgelastete Ökonomie, in der dann die Sparer den Umfang der noch möglichen Investitionen bestimmen.

Weil die Tautologie des I = S heute bekannt ist, bezieht sich die Gleichgewichtsbedingung jetzt auf geplante Größen: Die »geplante Ersparnis« soll mit der »geplanten Investition« in einem Gleichgewicht sein. Die Ersparnis ist zwar immer gleich der Investition, aber im Gleichgewicht wären die Märkte nur, wenn genau diese Ersparnis und diese Investition geplant gewesen seien.

Dieses Gleichgewicht erfordert sogar die Hellseherei von Sparern und Investoren bezüglich der Konjunktur und der Einkommen. Weil es aber völlig unwahrscheinlich ist, dass in einer

Ökonomie die geplanten Netto-Investitionen genau realisiert werden und diese genau die Pläne der Sparer erfüllen, und das mit einem von beiden Seiten erwarteten Verlauf der Einkünfte und der Konjunktur, kann es dieses Gleichgewicht praktisch nie geben. Es ist ein totales Hirngespinst, weder nachzuweisen noch zu falsifizieren; wie will man Planungen in den Köpfen erfassen.

Die Professoren lassen sich nicht beirren. Aus Annahmen über eine bei steigenden Zinsen oder mit steigendem Einkommen wachsende Sparneigung wird eine Sparfunktion entwickelt. Diese schneidet dann eine Kurve der bei sinkenden Zinsen steigenden, geplanten Investitionen im angeblichen Gleichgewicht. Mit Kreide auf der Tafel geht es immer ganz anschaulich, dass sich die Kurven im Gleichgewicht 30cm links oder rechts vom Punkt Y* schneiden. Morgen haben es sich die meisten Sparer und Investoren längst wieder anders überlegt, nachdem sie die neuesten Nachrichten verfolgt haben. Ob es heute ein Gleichgewicht war?

Die alten Klassiker haben noch ganz naiv argumentiert, dass jedes Sparen am Konsum zu einer Ersparnis führen muss. Diese zusätzliche Ersparnis wird den Unternehmen angeboten und lässt so lange die Zinsen sinken, bis ein Unternehmen mit dieser Ersparnis investiert. Die Ökonomie ist voll ausgelastet, weil das ja vorausgesetzt wurde. Das Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt wurde also mit dem Zins und den bei sinkendem Konsum steigenden Investitionen ermöglicht.

Sobald zugegeben werden muss, dass das Sparen nicht zu steigenden Ersparnissen führt und in der Makroökonomie die Nettoinvestition die Höhe der Ersparnisse bestimmt, folgt daraus, dass durch das Sparen die Produktion unter das Produktionspotenzial fallen kann. Die Annahme der ständigen Produktion an der Kapazitätsgrenze führt zu einem Widerspruch. Die Professoren haben dieses Problem aber nie gelöst und zeichnen davon unbeeindruckt weiter ihre Kurven.

Wenn die Nettoinvestition die Höher der Ersparnisse bestimmt, kann diese über oder unter der von den Haushalten gewünschten Ersparnis liegen. Liegt sie unter der gewünschten Ersparnis, so werden die Haushalte den Konsum weiter einschränken, die Unternehmen ihre Investition weiter reduzieren und die Ersparnisse und Einkommen sinken. Was uns hier zum Gleichgewicht fehlt, ist die Anpassung der Zinsen, die eben durch die Geldpolitik erfolgen muss. Die Geldpolitik kann bei einer unter das Produktionspotential gefallenen Güternachfrage die Zinsen so stark senken, dass das Sparen wenig attraktiv wird während die Investitionen auf Kredit sich bei niedrigen Zinsen immer mehr verbilligen. Das geht selbstverständlich nur, wenn es noch nicht zu einer

starken Deflation der Preise gekommen ist, weil dann auch bei einem nominalen Zinssatz von Null der Realzins so hoch werden kann, dass die Flucht aus den Sachanlagen in Geld sinnvoll wird. Bei Deflation muss im schlimmsten Fall der Staat eingreifen und mit zusätzlich durch Kreditschöpfung finanzierten Ausgaben die Konjunktur beleben und die Deflation beenden. Dass Keynes in der deflationären Depression dies forderte, wird bis heute für die Lüge benutzt, Keynes habe der Zinspolitik keine Bedeutung zur Überwindung von Krisen beigemessen.

Solange die Geldpolitik und die Finanzpolitik nicht mit gezielten Maßnahmen eingreifen, wird sich der durch das Sparen ausgelöste Abschwung über sinkende Investitionen und Einkommen weiter verschärfen. Die Behauptung der Professoren, bei geringeren Einkommen sei automatisch mit einer niedrigeren Sparneigung und Sparfähigkeit zu rechnen, was dann zum Gleichgewicht führe, ist falsch, wenn die Einkommen durch eine Krise sinken. Denn selbstverständlich senkt eine schwere Krise die Sparfähigkeit der Ökonomie, aber in noch größerem Umfang den Anreiz und die Möglichkeiten für Nettoinvestitionen.

Erst nach schwersten Verheerungen der Ökonomie durch die deflationäre Depression, wenn fast nur noch das Notwendigste zum Leben produziert wird, würde die Fähigkeit zum Sparen wieder unter die von der Krise zuerst erstickte Investitionsneigung abgesunken sein.

Falls im entgegengesetzten Fall die gewünschte Ersparnis unter der von der Investition bestimmten Ersparnis liegt, erfolgt ein sich selbst verstärkender Anpassungsprozess in die andere Richtung: Die Haushalte werden immer mehr konsumieren, während die Konjunktur brummt, die Einkommen alle Erwartungen übertreffen und die Ersparnisse damit wieder zu hoch ausfallen. Im Modell der Ökonomen soll jetzt bei steigenden Einkommen die Sparneigung wachsen.

Lange vorher ist die Ökonomie aber an der obersten Kapazitätsgrenze und eine Hyperinflation würde die erhoffte Einschränkung der Güternachfrage durch eine steigende (reale) Sparneigung als Unsinn entlarven. Investitionen wie Inflation wirken prozyklisch und verstärken den Boom. Während wegen der steigenden Nachfrage zusätzlich mehr investiert wird, sorgt die Inflation für immer noch mehr Nachfrage für Konsum wie für Investitionen aus den Geldvermögen und auf Kredit. Nur Hochzinspolitik kann den Prozess stoppen und die Theorie einer Selbstkorrektur der Märkte soll von der Geldpolitik ablenken.

3.7. Der Kapitalmarkt und der natürliche Zins

Es gibt den Gütermarkt, den Geldmarkt, den Arbeitsmarkt und den meist nicht näher betrachteten Kapitalmarkt. Der Gütermarkt bestimmt den Zins, der Arbeitsmarkt den Reallohn und der Geldmarkt das Preisniveau im Gleichgewicht. Auf dem neoklassischen Kapitalmarkt sollen die Unternehmen ihre Investitionen durch das Angebot von Wertpapieren finanzieren, die von den Sparern nachgefragt werden.

Klassik und Neoklassik haben immer fälschlich und irreführend unterstellt, dass Geld nur für Transaktionszwecke gehalten wird, also um zu kaufen. Geld kommt deshalb im Modell nur auf dem Geldmarkt vor, auf dem seine Menge allein die Preise bestimmt und weiter keinen Einfluss auf die Ökonomie nimmt. Anleihen sind eine der wichtigsten Vermögensanlagen, aber der Markt für Anleihen fehlt im Modell. Das Thema der Spekulationen auf fallende oder steigende Kurse der Anleihen und Preise der Güter ist an der Uni nicht erlaubt, weil dies für die Erklärung der Konjunkturen und die Strategien der Spekulation mit der Geldpolitik an den Börsen fundamental wichtig wäre und aus diesem Grund auf gar keinen Fall mit den Studenten erörtert werden soll.

Der VWL-Kapitalmarkt behandelt nicht die Anleihen, sondern nur Anlagen der Ersparnisse der Haushalte in den Sachvermögen der Unternehmen. Der Gleichgewichts-Zins ergibt sich aus dem Schnittpunkt der Investitionskurve mit der (realen) Sparkurve. Der Kapitalmarkt ist im Modell ein Duplikat des Gütermarktes oder umgekehrt; mit dem Gesetz von Walras ist die gleichzeitige Betrachtung dieser beiden Märkte zu vermeiden.

Das Angebot der Wertpapiere kommt von Investoren und die Wertpapiernachfrage von den Sparern. Der natürliche Zins hat nichts mit dem Geld zu tun, sondern mit dem Gleichgewicht von realer Investition und realer Ersparnis. Die Klassik und die Neoklassik gingen davon aus, dass die Haushalte ihr durch Konsumverzicht aus den laufenden Einkommen erspartes Geld sofort für den Kauf von Wertpapieren der Firmen ausgeben. Bei dieser mikroökonomischen Betrachtung der Ersparnis kommt der mögliche Einkommensverlust durch Konsumverzicht nicht in den Blick und man kann das Sparen so diskutieren, als ob jeder Konsumverzicht eine Investition finanziere.

Die Idee mit dem natürlichen Zins ist bei Knut Wicksell in seinem 1898 publizierten Werk über Zinsen und Preise zu finden. Der natürliche Zins soll dem Ertrag der Investitionen entsprechen

und ist eigentlich besser als Rendite zu bezeichnen. Was die Höhe der Rendite bestimmt, wurde erst von den Keynesianern sinnvoll erklärt, dass also die Investitionen selbst und der Konsum der Unternehmer den Gewinn ermöglichen. Vor Keynes war die Rendite der Investitionen mit dem angeblichen Mangel an Kapital und dessen Grenzproduktivität erklärt worden.

Nun können die Zinsen für Darlehen unter oder über dem »natürlichen« Zins liegen, also der realen Rendite, so dass die Unternehmen sich mehr oder weniger für Investitionen verschulden. Zum natürlichen Zins sei nach Wicksell Angebot und Nachfrage auf dem Gütermarkt gleich und das Preisniveau ändere sich nicht. Niedrigere Zinsen für Darlehen führen zu steigenden Preisen; nur bei einem Anleihezins, der dem natürlichen Zins entspricht, bleibe das Preisniveau stabil.

Der natürliche Zins ist nur eine Idee und nirgends in der Realität zu finden. Preise und Löhne steigen schon mit der Vollauslastung des Produktionspotentials, die nach der neoklassischen Lehre ja immer gegeben ist. Der »Wicksellsche Prozess«, wie die Stimulation der Konjunktur mit niedrigen Zinsen genannt wurde, begründete die monetäre Überinvestitionstheorie, die später von Mises und Hayek vertreten wurde. Wicksell war auch ein geistiger Wegbereiter für Keynes, der von Wicksell die monetäre Steuerung der Konjunktur mit dem Zins übernahm. Bankiers wussten das aber schon immer, nur die Ökonomen durften es nicht erwähnen.

Der Unterschied zwischen Wicksell und der keynesianischen Sicht besteht in der von Wicksell vertretenen These der Vollauslastung der Ökonomie am Ausgangspunkt seines Prozesses. Es ist also Vollbeschäftigung und jetzt verursachen zu niedrige Zinsen eine Überinvestition ohne die entsprechende Ersparnis und mit steigenden Löhnen und Preisen. Weil nicht genug gespart würde, soll es zu einem Kapitalmangel und steigenden Zinsen kommen, so die Vertreter der Austrian Economics, die an Wicksell anknüpfen und die Rezession als unvermeidbare Folge des Kapitalmangels darstellen möchten. In der Realität ist es natürlich so, dass das Bankensystem mit einer Zinserhöhung und durch seine restriktive Kreditpolitik die Rezession auslöst, um die Konjunktur zu dämpfen und die Löhne und Preise wieder zu senken.

Die monetäre Konjunkturtheorie von Knut Wicksell ist selbstverständlich kein Teil der an den Universitäten gelehrten Neoklassik, wo ja auch der Kapitalmarkt lieber nicht betrachtet wird. Sie wird höchstens in einer für die Studenten völlig unverständlichen Form kurz erwähnt.

3.8. Der Geldmarkt und die Quantitätsgleichung

In der klassischen und neoklassischen Lehre dient das Geld ausschließlich zu Transaktionen, also um Güter zu kaufen. Dass Geldvermögen auf kurze oder lange Frist angelegt wird und dass Unternehmen, Konsumenten und der Staat sich verschulden, ist einfach kein Thema, weil dessen Erörterung die monetären Ursachen der Krisen aufdecken müsste.

Weil Bargeld keine Rendite bringt, so die Professoren, werde nur so viel davon in der Kasse gehalten, wie für die laufenden Ausgaben nötig ist. Jeder Überschuss an gespartem Geld wird sofort in von Investoren angebotenen Papieren angelegt. Dabei handelt es sich jedoch eben nicht um Geldforderungen, sondern um Beteiligungen am Sachkapital, was nie deutlich betont wird, sonst könnte das Publikum sich noch wundern, warum das Geldvermögen kein VWL-Thema ist.

Wenn Geld nur für Transaktionen verwendet würde, dann würde der Bedarf an Geld für wenige Tage in bar gehalten werden. In einem längeren Zeitraum, zum Beispiel einem Jahr, würde alles Bargeld mehrmals verbraucht und die Kasse wieder aufgefüllt werden. Teilen wir das Jahr durch die wenigen Tage, die das Geld in den Kassen reicht, erhalten wir die Umlaufgeschwindigkeit V des Geldes. Die Geldmenge M multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit V muss dann genau die Anzahl der Transaktionen T in einer Ökonomie multipliziert mit dem Preisniveau P ergeben.

$$M \times V = P \times T$$

Weil sich eine Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht messen lässt, wird sie zur jeweiligen Definition der Geldmenge passend berechnet, die sehr unterschiedlich definiert sein kann. Diese Quantitätsgleichung gibt es auch mit der Produktion Y statt der Zahl der Transaktionen T. Zwar werden alle Güter, aus denen Y besteht, mehrmals umgesetzt, bis sie konsumiert sind, aber in der Gleichung mit Y wird die Umlaufgeschwindigkeit entsprechend niedriger angesetzt:

$$M \times V = P \times Y$$

Diese Quantitätsgleichung könnte von rechts nach links gelesen werden, dass steigende Preise oder Gütermengen den Geldumlauf erhöhen. Die VWL pflegt die Gleichung aber von links nach rechts zu lesen. Eine Vermehrung des Geldes – in früheren Zeiten etwa durch Goldfunde und Münzprägung und heute durch Zentralbankgeld – soll einen entsprechenden Anstieg der Preise

bewirken. Auswirkungen auf die Lage der Wirtschaft habe der Geldumlauf aber nicht, womit die Klassiker und Neoklassiker behaupten, dass Preisänderungen keine Folgen für die Konjunktur hätten. Da verzweifelt jeder Mensch von Verstand, nur Professoren finden es einleuchtend.

Bei einem Anstieg der Produktion würde einfach das Niveau der Preise sinken, versichern uns die Professoren, so dass mit dem vorhandenen Geld eine größere Gütermenge zu entsprechend niedrigeren Preisen umgesetzt wird. Dass sinkende Preise eine reale Rendite für die Geldhaltung bewirken, Kassenhaltung und Kaufzurückhaltung deshalb steigen und dies jede Deflation der Preise noch verstärkt, können nur Professoren bestreiten oder ganz übersehen.

Dass Geld lediglich Tauschmittel wäre, hat bereits der »Vater des Liberalismus«, John Locke, behauptet und den Begriff der Umlaufgeschwindigkeit eingeführt. David Hume und John Stuart Mill propagierten die Idee einer nur das Preisniveau beeinflussenden Geldmenge weiter und von dem US-amerikanischen Ökonomen Irving Fisher stammt unsere Kindergleichung für den angeblichen Zusammenhang von Geldmengen und Preisen.

Die Studenten werden beim Studium von Geldangebot und Nachfrage mit Kurvendiskussionen beschäftigt. Das Geldangebot ist heute nicht mehr durch den Goldabbau beschränkt, was unserem Keynes noch Witzeleien ermöglichte, dass die Notenbanken ihre Geldpolitik von der Menge Gold abhängig machen, das mit viel Mühe aus tiefen Löchern in Südafrika ausgegraben werden muss, nur um es in den Kellern der Bank von England wieder zu versenken.

Bei »fiat money«, unserem nicht mehr vom Goldbestand abhängigen Geld, kann immer für den Bedarf der Ökonomie genug Geld in Umlauf gebracht werden. Die Diskussion von Angebot und Nachfrage auf einem »Geldmarkt« ist also mit »fiat money« völlig unsinnig.

Aber bei der Diskussion der Quantitätsgleichung und eines Geldmarktes können die wirklichen Zusammenhänge derart verwirrend auf den Kopf gestellt und verdreht werden, dass der Student jeden logischen Gedanken aufgeben und sich dem Modellbau und der höheren Weisheit seiner Professoren unterwerfen muss. In Wahrheit betreibt die Notenbank keine Geldmengenpolitik, sie beeinflusst mit den Zinsen die Konjunktur und mit der Konjunktur die Preise. Das Bankensystem erhält jede benötigte Menge an Zentralbankgeld, weil eine Auszahlung von Geld nicht mit dem Argument abgelehnt werden kann, die zulässige Geldmenge wäre damit überschritten.

4.1. Der Arbeitsmarkt

Das Gesamtmodell der Neoklassik besteht eigentlich nur aus dem Arbeitsmarkt, der die Beschäftigung vorgibt. Die Produktion ist immer voll ausgelastet und über die Höhe von Y wird am Arbeitsmarkt entschieden. Der Geldmarkt wird meist künstlich über den Reallohn (w/P) mit dem Arbeitsmarkt verknüpft, um dem Publikum ein viel komplexeres Modell vorzugaukeln.

Sobald die Geldpolitik eine Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit verursacht hat, fordern die VWL-Professoren Lohnsenkung und Sozialabbau, weil überhöhte Löhne die Ursache der Arbeitslosigkeit wären und Arbeitslosengeld die Bereitschaft senke, zu marktgemäßen Löhnen zu arbeiten. Die Erwerbslosen müssten jetzt von der Politik gezwungen werden, niedrige Löhne zu akzeptieren, weil ihre Arbeit nur den Marktlohn wert wäre.

Tatsächlich bewirkt jede Rezession ein plötzliches Überangebot an Arbeitskräften und die Nominallöhne sinken, weil die Arbeiter sich verzweifelt gegenseitig niederkonkurrieren. Die Opfer der Krise waren aber gerade noch zu viel besseren Löhnen in Arbeit. Was hat so plötzlich den Wert oder die Grenzproduktivität ihrer Arbeit gemindert?

Die Aufgabe der VWL-Professoren ist es nun, täglich in den Massenmedien als Experten der Volkswirtschaft niedrigere Löhne zu fordern. Warum der »Markt« noch kurz vorher weit bessere Löhne an die jetzt Arbeitslosen gezahlt hat, braucht ein sogenannter Wirtschaftswissenschaftler nicht zu erklären. Sein Job ist die Forderung nach Lohnsenkung und Sozialabbau.

Nicht alle VWL-Professoren sind an der Medienhetze beteiligt, aber Politik und Medien sorgen im Kapitalismus dafür, dass die skrupellosesten Hetzer als Experten oder gar Wirtschaftsweise mit täglich neuen Forderungen nach Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeiten, Kürzung des Urlaubsanspruchs, Abschaffung von Feiertagen, Kürzung der Rentenansprüche, Beseitigung des Kündigungsschutzes und dergleichen mehr in allen Medien auftreten können.

Als Beweis der Wissenschaftlichkeit ihrer mit Forschungsaufträgen vom Kapital gut belohnten Forderungen dient das Ökonomen-X von Angebot und Nachfrage im Modellarbeitsmarkt. Hier führen sinkende Löhne zu mehr Nachfrage nach Arbeit, nicht zu weniger Kaufkraft der Massen. Arbeit wird im Modell nachgefragt, weil sie billig ist, nicht weil die Güternachfrage gestiegen wäre und mit mehr Arbeitern jetzt mehr produziert werden muss.

Wie sieht es nun mit der Grenzproduktivität der Arbeit aus, die in der Neoklassik angeblich den Lohn bestimmt? Die Professoren berufen sich bei den Forderungen nach Lohnsenkung sogleich auf die angeblich zu niedrige Produktivität der Erwerbslosen, die vor der Krise aber höhere Löhne verdient haben. Den Widerspruch ihres Modells klären sie nicht.

Nach dem neoklassischen Modell würde ein vermehrter Einsatz von Arbeitskräften zwar die Grenzproduktivität der Arbeit senken, aber nur weil bei einem voll ausgelasteten Kapitalstock durch die zusätzlichen Arbeiter weniger kapitalintensiv produziert wird. In einer Krise haben wir viel unausgelastetes Kapital und die Beschäftigung der gerade entlassenen Arbeitskräfte würde nicht weniger produktiv sein als vor der Krise. Die Krisen sind ein heftiger Einbruch der Beschäftigung und Auslastung des Produktionspotentials innerhalb von zwei oder drei Jahren.

Es ist sogar nach dem neoklassischen Modell und der Cobb-Douglas-Funktion kein Grund für niedrigere Löhne gegeben, geschweige denn eine Erklärung der Ursache der Krise. Wenn die Gründe der Arbeitslosigkeit im Modell des neoklassischen Arbeitsmarkts ungeklärt bleiben, wird man das Modell grundsätzlich als unbrauchbar bezeichnen müssen. Brauchbar ist es nur für die Agitation der VWL-Professoren für Lohnsenkung und Sozialabbau.

Mit dem Modell-Arbeitsmarkt begründen die VWL-Professoren ihre bösartige Lehre, dass die Opfer des kapitalistischen Systems und seiner Krisen freiwillig arbeitslos seien, weil sie zu den Marktlöhnen nicht arbeiten wollten und für bessere Löhne nicht produktiv genug wären. Zu den marktgemäßen Löhnen könne jeder jederzeit Arbeit finden, wurde selbst auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1929-33 behauptet, als in den USA und Deutschland etwa ein Drittel der lohnabhängigen Arbeiter entlassen worden war und Millionen Männer, Frauen und Kinder hungerten und obdachlos wurden.

Die herrschende Lehre der Ökonomen war ein so offensichtlicher Unsinn, dass sich nach der Weltwirtschaftskrise die Lehre von Keynes durchsetzen konnte. Heute haben wir vergleichbare Erfahrungen mit Krisen und den gezielten Trugschlüssen unserer Volkswirtschaftslehre. In einer Krise zwingt der Mangel an Nachfrage die Erwerbslosen dazu, grundsätzlich weniger produktive Arbeiten zu übernehmen. Da ist der arbeitslose Ingenieur gezwungen, sich als Helfer für Haus und Garten sein Brot zu verdienen. Die Tätigkeit bestimmt die Produktivität der Arbeit.

4.2. Das neoklassische Gesamtmarkt-Modell zerlegt

Das nachfolgend abgebildete Gesamtmarkt-Modell der Neoklassik soll auf den ersten Blick mindestens drei Modell-Teilmärkte vorgaukeln, die ein allgemeines Marktgleichgewicht bilden. Eine nähere Betrachtung, zu der Studenten nicht kommen, weil sie Kurven und Schnittpunkte im Modell mit künstlich komplizierten mathematischen Formeln berechnen müssen, zeigt die Täuschung des Publikums.

Es gibt keinen funktionalen Zusammenhang zwischen diesen Teilmärkten, weil Änderungen des Preisniveaus, das im Modell(!) am Geldmarkt bestimmt wird, keine Auswirkungen für den Arbeitsmarkt oder den Gütermarkt haben. Es ist ja eben die Grundannahme der Neoklassik, dass Geld neutral sei, und deswegen kann der Geldmarkt weder mit dem Arbeitsmarkt noch mit dem Gütermarkt in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Der Geldmarkt wurde nur über das Preisniveau mit dem funktionslosen Reallohn w/P (oben links) mit dem Arbeitsmarkt verbunden.

Der Gütermarkt wäre bei einem Auslastungsgrad des Produktionspotentials im Gleichgewicht, bei dem es weder zu inflationären, noch zu deflationären Reaktionen kommt. Aber wegen des Say'schen Theorems darf es keine schwankende Auslastung des Produktionspotentials geben, so dass immer Y = f(N) gelten muss. In modernen Darstellungen ist dieser Gütermarkt daher kein Teilmarkt mit einem Gleichgewicht, sondern die Produktion(Y) ist durch das Gleichgewicht angebotener und nachgefragter Arbeit(N) am Arbeitsmarkt bestimmt.

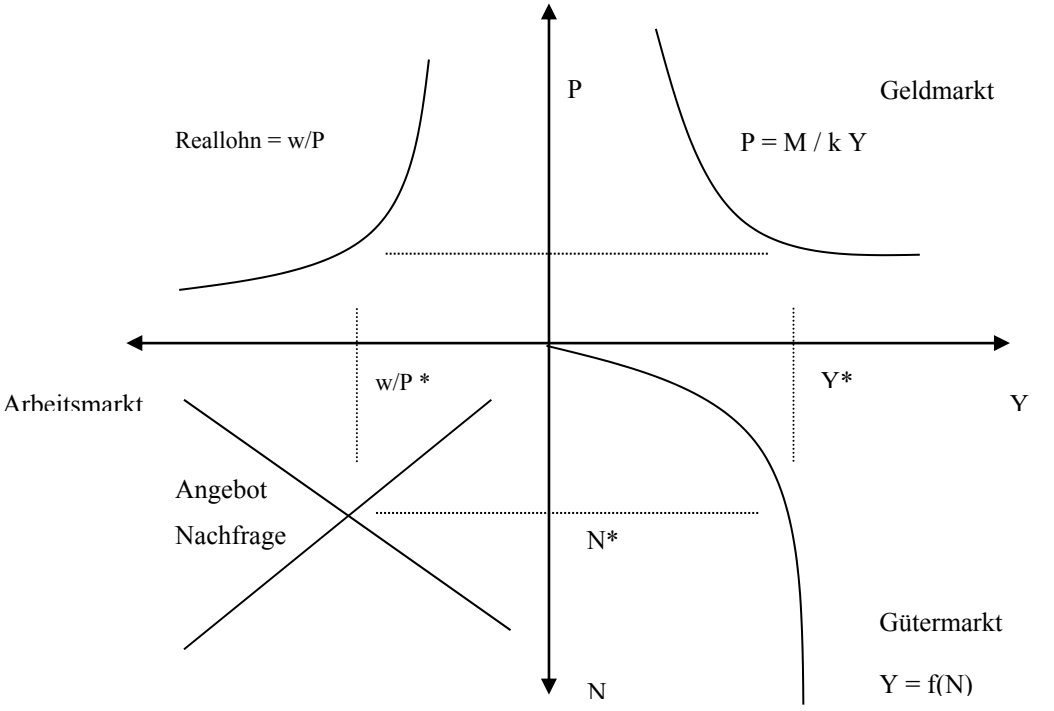
Weil der Kapitalmarkt für das Gleichgewicht am Gütermarkt ausgeschlachtet wurde, hatte das »Gesetz von Walras« diesen bei der Betrachtung der Teilmärkte für überflüssig erklärt. Manche Professoren fügen aber wegen der Darstellung des Y = f(N) an der Stelle des Gütermarkts den Kapitalmarkt mit Angebot und Nachfrage von Ersparnissen wieder in die Darstellung ein.

Zuletzt bleibt vom Gesamtmarkt-Modell nur der Arbeitsmarkt, der als einziger Teilmarkt mit der Arbeit(N) im funktionalen Zusammenhang zu einem anderen Teilmarkt, dem Gütermarkt, steht, aber nicht umgekehrt von dessen Gleichgewicht abhängt. Auf dem Arbeitsmarkt sind für die Neoklassik halt immer die Löhne zu hoch, besonders bei jeder geldpolitisch verursachten Massenarbeitslosigkeit, weil es eine Geldpolitik nach den Voraussetzungen des Modells ja nicht

geben kann, wenn das Geld immer neutral und nur ein Geldschleier ist. Es gilt also im Ungleichgewicht immer, dass die Löhne zu senken wären.

Soviel zum Allgemeinen Gleichgewichtsmodell der VWL. Es ist ein einziger Teilmarkt, der Arbeitsmarkt, auf dem das N bestimmt wird, mit dem für den Gütermarkt das Y vorgegeben ist, sonst existieren keine funktionalen Zusammenhänge der Teilmärkte. Es ist eben gar kein Modell für ein allgemeines Gleichgewicht vieler Teilmärkte, sondern der Arbeitsmarkt ist in seinem angeblichen Gleichgewicht unbeeinflusst vom Gütermarkt und vom Geldmarkt, der Kapitalmarkt wird nach Walras ganz ausgelassen. Komplexe Marktzusammenhänge sind nur vorgetäuscht.

Abbildung: Neoklassisches Gesamtmarkt-Modell



4.3. Schumpeters schöpferische Zerstörung

Joseph Schumpeter konnte in den Nachkriegswirren 1919/20 einige Monate als Finanzminister in Österreich amtieren und ermöglichte den Verkauf der Alpine-Montan an einen Spekulanten, über den sie 1921-24 zum Konzern von Hugo Stinnes kam. Anschließend war Schumpeter ab 1921 Präsident der privaten Biedermann-Bank, die 1925 bankrottierte. Er erhielt 1925, wohl für seinen schlechten Ruf in Österreich, einen Ruf als Professor an die Universität in Bonn. Im Jahr 1932 gab man ihm einen Lehrstuhl in Harvard, weil seine Theorie der schöpferischen Zerstörung von interessierten Kreisen anlässlich der Großen Depression begeistert aufgenommen worden war.

Schumpeter hat mit dem traditionellen VWL-Modellbau wenig zu tun. Dafür war er mit seiner Theorie der schöpferischen Zerstörung so erfolgreich, dass die deutschen Gewerkschaften zu ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Weltwirtschaftskrise ausdrücklich erklären mussten, dass sie damit auf gar keinen Fall die marktreinigende Wirkung der Krise behindern wollten. Schumpeters Theorie war eine Lobeshymne auf die Krisen, in denen die Fehlentwicklungen von den Marktkräften bereinigt würden, so dass anschließend die innovativen Unternehmer mit neuen Ideen Produktion und Nachfrage ankurbeln könnten.

Angeblich würde diese Kreativität der schöpferischen Unternehmer in Schüben auftreten, so dass sich ein Konjunkturzyklus aus vier Phasen ergibt: Auf dem Tiefpunkt der Krise finden sich Unternehmer mit neuen Produkten und Technologien, die nun billig produzieren können, und erzielen in der zweiten Phase fette Gewinne. In der dritten Phase treten Nachahmer auf, die Märkte sind gesättigt, Produktionskosten steigen und Gewinne sinken, es beginnt die Rezession. Die Krise sorgt dann wieder für den Bankrott der weniger wettbewerbsfähigen Unternehmen und für neue Innovationschancen bei gesunkenen Kosten und ungenutzten Kapazitäten.

Mit so einem Schmarren konnte man die Große Depression in Politik und Wissenschaft sogar als Erfolgsgeschichte verkaufen und kann es immer noch, wie Schumpeters mit jeder Rezession erneuerter Ruhm bis in unsere Tage zeigt. Er hat seinen eigenen Zyklus mit ähnlichen Ideen anderer Autoren verbunden und so ein vielzitiertes Werk über Konjunkturzyklen hinterlassen.

4.4. Die Zyklen nach Kondratjew und Konsorten

Die beiden Sozialreformer Sismondi und Robert Owen hatten als erste zyklische Krisen der Wirtschaft in ihren Schriften untersucht. Die herrschende Lehre leugnete Krisen oder sah deren Ursachen in Kriegen und anderen äußeren Schocks. Sismondi und Owen erklärten die Krisen mit Überproduktion und Unterkonsumtion infolge der ungerechten Verteilung der Einkommen und des Reichtums in der Gesellschaft. Von Karl Marx wurden die zyklischen Krisen als Hinweis auf den Zusammenbruch des Kapitalismus gedeutet, so dass die Marxisten sich bis heute über Krisen freuen und sie für unvermeidbar erklären, statt die Verursachung von Krisen zu bekämpfen.

Der kürzeste Zyklus von 4-5 Jahren nach Joseph Kitchin wurde in den 20er Jahren diskutiert und ist so eine Art Schweinezyklus. Die Firmen würden eine Absatzchance bei Gütern entdecken und die Produktion aufnehmen. Wenn die Güter auf den Markt kommen, ist das Gesamtangebot der vielen Produzenten zu groß und der Preisverfall führt zu Bankrotten.

Einen 7-11 Jahre umfassenden Zyklus beschrieb 1862 Clement Juglar. Wie bei Kitchin geht es um Überangebote, jedoch bei Gebäuden und Kapitalgütern mit längerer Produktionsdauer.

Passend zur Weltwirtschaftskrise erfand Simon Kuznets 1930 seine Wellen von 15-25 Jahren, die von demografischen Änderungen, Migrationen und Einflüssen der Infrastruktur ausgelöst sein sollten. Später wurden die empirischen Daten seiner Untersuchungen angezweifelt.

Der bekannteste Zyklus ist nach dem Russen Nikolai Kondratjew benannt und soll 45-60 Jahre umfassen. Sein Aufsatz über »Die langen Wellen der Konjunktur« wurde 1926 im »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« in Berlin publiziert und kündigte genau zum Ende der 20er Jahre das Ende eines dritten Zyklus an. Das war weder Zufall noch Genie, weil die Rockefeller-Stiftung nach dem Weltkrieg gezielt Konjunkturinstitute und Forschungsarbeiten zur Konjunktur finanziert hat und nach der Inflation der Kriegsjahre in den USA und England bewusst auf eine deflationäre Depression hingearbeitet wurde.

Josef Schumpeter publizierte 1939 in seinem Werk über Konjunkturzyklen die diversen Wellen und darunter den von ihm so benannten Kondratjew-Zyklus grundlegender Innovationen.

4.5. Die Weltwirtschaftskrise 1929-33

Die Weltwirtschaftskrise wurde absichtlich durch die Geldpolitik erzeugt und selbstverständlich wussten die Verantwortlichen genau, was sie da zu welchem Zweck betrieben. Als Beleg dieser These finden Sie nachfolgend einige von mir übersetzte Aussagen von Keynes und Ralph George Hawtrey, einem führenden Mitarbeiter des britischen Schatzamts.

Es war in England und den USA während des Ersten Weltkriegs zu einem Anstieg der Löhne und Preise gekommen. Das Preisniveau war 1920 fast um den Faktor 2,5 höher als 1913. Die reichen Rentiers, die es in England als einflussreiche Klasse schon lange gab und in den USA seit den enormen Gewinnen aus dem Ersten Weltkrieg, fühlten sich durch die Inflation betrogen und betrieben in den 20er Jahren die Rückkehr zum Goldstandard zu den Kursen der Vorkriegszeit. Ganze Familien lebten einzig von ihren Zinseinkünften im Luxus und wollten keine Inflation und deshalb die Rückkehr zu den Preisen und Goldparitäten der Vorkriegsjahre.

> So bildete sich während des 19. Jahrhunderts eine große, einflussreiche und hoch respektierte Klasse von Personen, einzeln wohlversorgt und zusammen äußerst reich, die weder Häuser noch Land noch Geschäfte noch Edelmetalle besaßen, nur Anspruch auf ein jährliches Einkommen in gesetzlichem Geld…
> …Aber die finanziellen Umwälzungen in Begleitung des Krieges und nachher raubten ihnen etwa die Hälfte ihres Vermögens in England… (Keynes 1923, Essays in Persuasion, S. 90)

Keynes hat sich grundsätzlich gegen diese Rückkehr zum Goldstandard gewandt. Im folgenden Auszug aus einer Schrift des Jahres 1923 finden wir noch seine Hoffnung, dass nun Einsicht herrsche und keine deflationäre Depression betrieben werde:

> Wahrhaftig, der Goldstandard ist schon ein barbarisches Relikt. Wir alle, vom Gouverneur der Bank von England abwärts, sind nun in erster Linie interessiert an der Erhaltung der Stabilität von Wirtschaft, Preisen und Beschäftigung und wollen diese nicht, wenn wir die Wahl treffen müssen, vorsätzlich dem abgenutzten Dogma opfern, das seinen Wert einmal bei £3:17:10½ die Unze hatte. Fürsprecher des veralteten Standards erkennen nicht, wie entfernt er nun vom Geist und den Erfordernissen der Zeit ist. Ein regulierter, nichtmetallischer Standard hat sich unbemerkt durchgesetzt. Er existiert. (Keynes 1923, Essays, S. 208)

Die Folgen einer Deflationspolitik wurden von Keynes bereits 1925 ganz genau vorhergesagt, wie die Weltwirtschaftskrise schließlich beweisen sollte. Den folgenden Text verfasste Keynes 1925, als die Rückkehr Englands zum Goldstandard beschlossen wurde:

> Deflation senkt die Löhne nicht »automatisch«. Sie senkt sie durch die Verursachung von Arbeitslosigkeit. Die eigentliche Aufgabe von knappem Geld ist es, einen beginnenden Boom zu hemmen. Wehe denen, die sich durch ihre Überzeugung dazu verleiten lassen, es zur Verschärfung einer Depression zu benutzen. (Keynes 1925, Essays, S. 259)

Die Goldreserven der USA betrugen nur etwa 4 Milliarden Dollar. Die Börsenkapitalisierung der Wallstreet belief sich 1929 auf etwa 100 Mrd. Dollar. In allen anderen Ländern wie England sah es noch viel schlimmer aus. Mit der Durchsetzung des internationalen Goldstandards, dem sich 1928 auch noch Frankreich angeschlossen hatte, und dem Ende des Börsenbooms war die Weltwirtschaftskrise vorprogrammiert. Im Jahr 1929 intervenierte die FED gegen den Anstieg der Börsenkurse mit starken Zinserhöhungen und verursachte den Crash.

> Als der Einbruch kam im Oktober 1929, wurde die Bankrate gesenkt. Aber sie ging nicht herunter auf 5 Prozent bis Dezember, noch unter 5 Prozent bis Februar 1930. Die Rate von 3½ Prozent, die man als den Beginn von »billigem Geld« ansehen mag, wurde nicht vor dem 20. März erreicht, zwanzig Wochen nach der ersten Senkung von den 6½ Prozent zuvor.
> Eine so lange Verzögerung steht in auffallendem Kontrast zu den schnellen Wechseln von knappem Geld zu billigem Geld, die für fast ein halbes Jahrhundert vor dem Krieg praktiziert worden waren. Als die Bankrate auf 3 Prozent gesunken war, im May 1930, hatte die Depression ihren ausschlaggebenden und schrecklichen Einfluss nicht nur auf England, sondern auf die ganze Welt. (Hawtrey, Trade Depression and the Way Out, London 1933, S. 27)

Das Ziel der Rentiers, wieder zu den Löhnen und Preisen von 1913 zurück zu kommen, wurde mit der Großen Depression in England schon 1931 erreicht und in den USA 1932.

> Annähernd das gleiche Preisniveau herrschte in den Jahren 1826, 1841, 1855, 1862, 1867 und 1915. Die Preise waren auch gleich in den Jahren 1844, 1881 und 1914. [Und wieder, wie man jetzt ergänzen kann, in 1931!] Wenn wir die letzten Jahre auf einem Index mit 100 ansetzen, dann werden wir für den Zeitraum von fast einem Jahrhundert zwischen 1826 bis zum Kriegsausbruch die höchste Abweichung in jeder Richtung mit 30 Punkten finden, der Index steigt nie über 130 und fällt nie unter 70. (Keynes 1923[1931], Essays, S. 88f)

Die Folgen der Lohn- und Preissenkung hat Keynes kurz vor dem Ausscheiden Englands aus dem Goldstandard deutlich beschrieben.

> Mehr noch, auch wenn wir vielleicht erfolgreich den Stand der Produktion wieder herstellen auf dem niedrigeren Niveau der Nominallöhne entsprechend (sagen wir) dem Preisniveau vor dem Krieg, wären unsere Probleme nicht gelöst. Denn seit 1914 wurde eine gewaltige Last von Schulden aufgenommen, sowohl national wie international, die in Geldsummen festgesetzt ist. Daher lässt jeder Fall der Preise diese Schuldenlast steigen, weil sie den Wert des Geldes steigen lässt, in dem sie festgelegt ist. Wenn wir beispielsweise auf das Niveau der Preise vor dem Krieg zurück kommen wollten, würden die britischen Staatsschulden um 40 Prozent höher als 1924 und doppelt so hoch als 1920 sein; der Young Plan würde weit schwerer auf Deutschland lasten als der Dawes-Plan, zu dem man sich darauf geeinigt hat, dass er nicht erfüllt werden konnte; die Verschuldung gegenüber den Vereinigten Staaten durch deren Verbündete im Großen Krieg würde 40-50 Prozent mehr an Gütern und Dienstleistungen entsprechen als zu dem Datum, als die Vereinbarungen getroffen wurden; die Verpflichtungen von Schuldnerstaaten wie denen von Südamerika und Australien würden unerfüllbar werden ohne eine Verringerung ihres Lebensstandards zum Wohl ihrer Kreditgeber; Landwirtschaft und Haushalte quer durch die Welt, die Hypotheken aufgenommen haben, würden sich als das Opfer ihrer Gläubiger erleben. In einer solchen Lage muss es zweifelhaft sein, ob die nötigen Anpassungen noch zur rechten Zeit vorgenommen werden können, um eine Serie von Bankrotten, Säumnissen bei der Zahlung und Zahlungs-verweigerungen zu verhindern, welche die kapitalistische Ordnung bis auf ihre Grundmauern erschüttern würden. Dies würde ein fruchtbarer Boden für Agitation, Aufruhr und Revolution. (Keynes 1930, Essays, S. 138)

Keynes erklärte es eindringlich zur Aufgabe der Notenbanken, gegen die Depression mit expansiver Geldpolitik gemeinsam zu handeln:

> Aber niemand kann den ersten Schritt tun außer den Verantwortlichen der Zentralbanken der wichtigsten Gläubigerstaaten; noch kann irgendeine Zentralbank isoliert genug unternehmen. Entschlossenes Handeln durch die Federal Reserve Banks der Vereinigten Staaten, die Bank von Frankreich und die Bank von England würde mehr bewirken, als die meisten Bürger bereitwillig glauben werden, welche die Symptome oder häufigen Begleiterscheinungen mit der Krankheit selbst verwechseln. (Keynes 1930, Essays, S. 146)

England war bereits 1931 durch den Verlust seiner Goldreserven gezwungen, zusammen mit den Ländern des Sterling-Blocks aus dem Goldstandard auszuscheiden. Die folgende Abwertung ersparte den Staaten des Sterling-Blocks die schlimmste Phase der Depression.

Auch Hawtrey lässt keinen Zweifel an den Hintergründen der Weltwirtschaftskrise:

> Wenn wir eine Erklärung für die beispiellose Schwere der Depression suchen, werden wir sie vor allem in der Tatsache finden, dass die Krediteinschränkung von 1928-29 zu einer Zeit aufgebürdet wurde, als es keine Inflation zu korrigieren gab. Vergleichbar drastischen Krediteinschränkungen war die Welt bei verschiedenen Gelegenheiten in der Vergangenheit ausgesetzt gewesen, aber nur in Zeiten, in denen Kreditexpansion über Jahre Auftrieb gewonnen hatte und außer Kontrolle zu geraten drohte wie in 1906-7, in 1872-73, in1856-57 und, am deutlichsten sichtbar von allen, in 1920. Im Jahr 1929 war keine Inflation. Die Industrieproduktion hatte ein Maximum erreicht in den USA, aber die Preise waren nicht gestiegen und waren tatsächlich seit 1925 kräftig gefallen. Profite waren hoch und der resultierende, sensationelle Anstieg der Börsenkurse hatte zu einer Angst vor Inflation geführt und den Vorwand für die Krediteinschränkung unterstützt. Aber Inflation kann nur auf den Gütermärkten wirken. Ein Anstieg der Preise von Wertpapieren und Beteiligungen ist an sich kein Anlass für eine überzogene Güternachfrage. (Hawtrey, Trade Depression, S. 34f).

Die herrschende Klasse setzte auf eine »reinigende Wirkung« der Krise, welche die Löhne senken und die Arbeiter disziplinieren sollte. Die Krise wurde schließlich auch in den USA so schlimm, dass Roosevelt eine Mehrheit fand, die Deflation zu beenden. Die Profiteure waren nicht zur Einsicht gekommen, aber sie hatten endlich den Rückhalt in der Gesellschaft verloren.

> Die »lass es in Ruhe Liquidationisten« geführt von Finanzminister Mellon … glaubten, dass die Regierung ihre Hände heraus halten und die Krise sich selber liquidieren lassen soll. Mr. Mellon hatte nur eine Redewendung: »Liquidiert Arbeit, liquidiert Wertpapiere, liquidiert die Farmer, liquidiert Immobilien« … Er glaubte, dass selbst Panik nicht unbedingt eine schlechte Sache war. Er sagte: »Es wird die Fäulnis aus dem System waschen. Hohe Kosten für die Lebenshaltung und hohe Lebensstandards werden herunter kommen. Leute werden härter arbeiten, ein moralischeres Leben führen. Werte werden gesetzt und unternehmende Leute werden aufsammeln, was die weniger fähigen Leuten zurück lassen«. (Hoover, Memoirs, Band 3, New York 1952, S. 30)

In den USA endete die Große Depression 1933, als Roosevelt die private Goldhortung verbot, die Währung gegen das Gold abwertete und mit dem New Deal die Verheerungen der Krise zu mildern begann. Es gelang aber erst mit dem Zweiten Weltkrieg, die Massenarbeitslosigkeit vollständig zu überwinden. Noch 1937 kam es zu einer schweren Rezession, als die Deflationisten den Abbruch der Stimulierung der Konjunktur und einen Haushaltsausgleich erzwangen. In den Geschichtsbüchern und in der Volkswirtschaftslehre darf die absichtliche Deflationspolitik bis heute kein Thema sein.

5.1. Keynes und die Allgemeine Theorie

John Maynard Keynes wurde 1883 in jene Schicht der britischen Gesellschaft geboren, die im Empire die Spitzen von Verwaltung und Wissenschaft, der Geheimdienste, der Diplomatie und des Kulturbetriebs besetzte. Im Ersten Weltkrieg war er mit der Kriegsfinanzierung befasst und nahm an den Verhandlungen in Versailles als Vertreter des britischen Schatzamts teil. Er warnte vor den Deutschland auferlegten Reparationszahlungen und trat von seinem Amt zurück, als er seine Vorstellungen nicht durchsetzen konnte.

In den 20er Jahren engagierte Keynes sich mit Veröffentlichungen gegen den Goldstandard und die damit verbundene Deflationspolitik. Dass die Bank von England schon 1931 gezwungen war, den Goldstandard aufzugeben, dürfte auch ein Erfolg seiner Artikel in der Presse gewesen sein. Diese Schriften sind heute weitgehend vergessen und werden ungern zitiert, während die 1936 erschienene »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« als Grundlage des Keynesianismus behandelt wird.

Die herrschende Schicht Englands wuchs mit allem nötigen Wissen auf, wie Kriege finanziert oder Krisen verursacht und wieder beendet werden. Die Thesen der Klassiker und Neoklassiker dürften bei den Angehörigen dieser Kreise höchstens ein Augenzwinkern und gequältes Grinsen hervorrufen. Für das breite Publikum hat Keynes in seiner Allgemeinen Theorie allerdings die Postulate der klassischen und neoklassischen Ökonomie umständlich abgehandelt und mühsam widerlegt, als hätte vor ihm noch nie jemand diesen Humbug durchschaut.

Die Weltwirtschaftskrise und der Goldstandard und die so erzwungene Deflation sind kein Thema der Allgemeinen Theorie. Nach der verheerenden Weltwirtschaftskrise wollte er zu deren Ursachen und Verursachern schweigen und hat sich ganz naiv, aber geistreich und nach allen Regeln der wissenschaftlichen Argumentation, mit dem Unsinn des Say'schen Theorems und der Neutralität des Geldes auseinandergesetzt und den Zusammenhang von Geldlöhnen, Reallöhnen und Beschäftigung diskutiert. Seine witzigen Argumente, etwa zum Pyramidenbau, wurden nicht honoriert, sondern mit den üblichen Mitteln verdreht und verfälscht und gegen ihn verwendet.

Obwohl oder vielmehr weil die Allgemeine Theorie auf die brennende Frage nach den Gründen der Großen Depression keine Antwort gibt, wurde sie gerühmt und das Thema der Vorlesungen. Ob Keynes einen Versuch, die brutale Wahrheit zur Weltwirtschaftskrise zu enthüllen, überlebt hätte, ob er dafür einen Verlag gefunden hätte, will ich offen lassen. Vermutlich konnte Keynes selbst es am besten beurteilen und mangelnden Mut dürfen wir ihm nicht vorwerfen, weil er im entscheidenden Moment mit seinen Artikeln den Run auf das britische Gold verstärkt hat, der dann die Staaten des Sterling-Blocks zum Ausscheiden aus dem Goldstandard zwang, womit die Große Depression in diesen Ländern schon 1931 endete.

Die Allgemeine Theorie gibt das Geheimnis der Krisen ihren Lesern nicht preis, aber sie lehrt ihre Leser, in keynesianischen Vorstellungen zu denken:

1. Die Nachfrage nach Gütern bestimmt Produktion und Beschäftigung.
2. Es gibt unfreiwillige Arbeitslosigkeit; Lohnsenkungen verstärken die Deflationskrise.
3. Die Volkswirtschaft und reale Märkte mit Geld reagieren prozyklisch.
4. Es gilt das Paradoxon des Sparens: Wenn alle sparen, werden alle ärmer.
5. Expansive Geldpolitik führt erst zu Vollbeschäftigung, später zu höheren Preisen.
6. In der Krise haben Konsum und Investition auf Kredit einen Multiplikatoreffekt.

Nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise gewann Keynes vor allem jüngere Studenten als Anhänger. Die älteren Ökonomen hatten ihr Ansehen verloren und weil die Deflationspolitik eine so große Verelendung angerichtet hatte, wurde sie nur noch von gnadenlosen Ökonomen wie Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises vertreten. Keynes war aber gezwungen, um den Widerstand gegen seine Theorien zu schwächen, einige Kompromisse einzugehen, die bald eine Verfälschung seiner Vorstellungen durch John Richard Hicks zur Folge hatten.

Die herrschende Lehre hat dann mit Hicks und Paul A. Samuelson schnell die neoklassische Synthese ausgearbeitet, in der Keynes zu einem Sonderfall im neoklassischen Modell wird, in dem zwar rigide Löhne und eine Liquiditätsfalle das Gleichgewicht aller Märkte stören können, aber grundsätzlich die alten Dogmen gültig bleiben.

5.2. Die Löhne bei Keynes

Die herrschende Lehre zu Beginn der 30er Jahre, in England die sogenannte »Treasury View«, erklärte mit dem neoklassischen Modell, dass es Arbeitslosigkeit nur solange geben könne, wie die realen Löhne daran gehindert würden, auf das Niveau des Gleichgewichtslohns zu sinken. Man müsse daher die Unterstützung für Arbeitslose abschaffen.

Keynes bewies mit den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, dass die Arbeiter ihren Reallohn gar nicht senken können, weil über Nominallöhne verhandelt wird und sinkende Nominallöhne zu sinkenden Preisen führen. Bei fallenden Preisen wird weniger investiert, darum fallen die Gewinne, und es wäre durchaus möglich, dass eine Nominallohnsenkung in einer deflationären Depression den Reallohn sogar steigen lässt. Arbeiter, die noch ihre Jobs haben, und vor allem diejenigen, deren Löhne bisher weniger stark gesenkt wurden, profitieren auch von der Deflation, weshalb der Widerstand gegen die Deflationspolitik außerhalb der Kreise mit ökonomischem Verstand und Weitblick und der betroffenen Farmer und Erwerbslosen kaum populär wurde.

Die Erwartung weiter sinkender Preise lässt Investitionen wenig attraktiv werden, weil jede Verzögerung der Investitionen deren Kosten senkt. Umgekehrt ist es so, dass gerade große Bauinvestitionen erst interessant werden, wenn mit steigenden Löhnen und Materialkosten in der Zukunft gerechnet werden muss. Dann werden Investitionen wegen der noch niedrigen Kosten sofort begonnen. Sinkende Löhne und Preise verschärfen die Krise, bewies Keynes. Mit dem Fall der Preise steigt außerdem die Realverschuldung und sinkt der Wert der Sicherheiten für die bisher vergebenen Kredite, was zusätzlich die Banken in Bedrängnis bringt.

Keynes hat nicht behauptet, was die Fälscher und Gegner verbreiten, dass die Forderung der Neoklassiker nach niedrigeren Löhnen deshalb nicht zur Vollbeschäftigung führe, weil durch den Widerstand der Arbeiter und ihrer Organisationen die Lohnsenkung verhindert wird. Die Löhne sind während der Großen Depression drastisch gefallen, aber das hat die Konjunktur nicht belebt. Bei niedrigeren Preisen und sinkenden Einkommen steigt die Güternachfrage nicht, sondern es wird gespart und immer noch weniger gekauft. Wo also von der »keynesianischen Rigidität der Löhne« gefaselt wird, sind die Verfälscher seiner Gedanken am Werk.

5.3. Die Spekulationskasse

In einer deflationären Depression mit stark fallenden Preisen wäre auch ein nominaler Zinssatz von Null für Kredite den Investoren und Konsumenten zu hoch. Der Grund ist der Realzins, der mindestens so hoch wie die Deflation der Preise ist. Fallen die Preise um 20 Prozent im Jahr, wie in der Großen Depression, dann haben wir auch bei einem Nominalzins von Null einen Realzins für die Kredite von 20% und Investitionen in Immobilien zum Beispiel rentieren sich nicht. Die Geldpolitik muss immer den realen Zins senken, um die Krise zu überwinden.

Die langfristigen Zinsen sind auch ein Preis für das Kursrisiko der Anleihen und widersetzen sich schon weit vor dem Nullpunkt ihrer weiteren Senkung. Anleihen mit festem Zins haben einen Kurs, bei sinkenden Zinsen steigt dieser Kurs und bei steigenden Zinsen muss er fallen. Bei langer Laufzeit werden nach der Überwindung einer Krise die Zinsen wieder ansteigen und den Haltern entstehen Kursverluste. Daher wird der Zins langlaufender Kredite in einer schweren Depression nicht weit genug sinken, um die Konjunktur zu beleben. Die potenziellen Käufer der langlaufenden Anleihen werden in der Krise deshalb ihr Geld lieber in der Kasse halten.

Diese Bargeldhaltung kam in den klassischen und neoklassischen Modellen nicht vor, in denen der steigende Bargeldbestand einer Ökonomie immer mit steigenden Preisen verbunden ist. Die alten Modelle mussten ergänzt werden und die VWL hat die Spekulationskasse nach Keynes als Sonderfall einer bei niedrigen Kreditzinsen unendlich werdenden Geldnachfrage in ihr Modell aufgenommen. Das Modell kennt keinen langfristigen Zinssatz, daher wird der Geldmarkt oft falsch dargestellt, als ob Zentralbankgeld nicht zu einem Zins von Null verliehen werden könnte. Zentralbankgeld zu geringsten Zinsen ist jedoch die gängige Praxis der Notenbanken.

Die Starrheit langfristiger Zinsen, die sich im Gegensatz zu Zinsen für kurzfristige Anleihen nominal nicht weit gegen Null senken lassen, war im Gegensatz zu den durch die Deflation erhöhten realen Zinsen gar kein Problem in der Weltwirtschaftskrise. Vor allem konnte die Nachfrage nach Zentralbankgeld nur unter dem Goldstandard ein Problem werden, während heute die Notenbank mit Fiat Money Zentralbankgeld schaffen kann. Die Spekulationskasse der neuen Modelle behandelt also ein nicht mehr aktuelles Problem in einer falschen Darstellung.

5.4. Einnahmen, Ausgaben und die Saldenmechanik

In jeder Absatzkrise hat das Publikum den Eindruck, dass es an Geld fehle, und vermutet, dass dieses Geld irgendwo gehortet werde. Zutreffend ist, dass weniger Geld auf den Markt kommt, um alle Güter zu kaufen, die bei mehr Nachfrage produziert werden könnten. Falsch ist die Vorstellung, dass vermehrte Geldbestände gehortet würden, weil das Sparen die Einnahmen in der Ökonomie sofort senkt und insgesamt nicht zu wachsenden Geldvermögen führt.

In der Makroökonomie sind die Ausgaben genau gleich den Einnahmen und höhere Ausgaben bewirken höhere Einnahmen. Ausgabenüberschüsse eines Sektors der Ökonomie finanzieren die Einnahmenüberschüsse der anderen Sektoren Leider übertragen die Leute private Erfahrungen auf die Volkswirtschaft und wollen in der Krise auf den Rückgang der Staatseinnahmen mit Ausgabenkürzungen reagieren. Geringere Defizite des Staates oder gar ein Haushaltsausgleich sind nur bei entsprechend geringeren Einnahmenüberschüssen der Haushalte und Unternehmen möglich. Sonst durchkreuzen fallende Einnahmen alle Sparpläne in der Ökonomie.

Ein Ausgleich des Sparens von Geld erfolgt durch zusätzliche Verschuldung. Wer Schulden macht, ist im Prinzip egal, aber der Staat kann sich noch verschulden, wenn Unternehmen und Private schon Verluste fürchten. Die Bedeutung des Ausgleichs der Einnahmen und Ausgaben für die Konjunktur zeigt Wolfgang Stützels gelungenes Werk über die »Volkswirtschaftliche Saldenmechanik«, das zwar keine wirklich neuen makroökonomischen Erkenntnisse enthält, aber eine didaktisch sehr wirkungsvolle Darstellung bietet.

Angelehnt an die doppelte Buchführung - und daher dem Publikum vertraut – lehrte Stützel, dass ein Einnahmenüberschuss eines Sektors der Ökonomie einen Ausgabenüberschuss der übrigen Sektoren erzwingt. Die Frage: Kann nicht jeder Sektor einer Ökonomie immer seine Ausgaben unter seine Einnahmen senken? Die Antwort: Ja, würden alle Sektoren der Ökonomie versuchen, ab sofort nur noch 95 Prozent ihrer laufenden Einnahmen wieder auszugeben, müsste augenblicklich die gesamte Wirtschaft völlig zum Stillstand kommen.

Leider ist das Buch von Wolfgang Stützel derzeit nur noch in Bibliotheken erhältlich.

5.5. Staatsdefizit und Multiplikator

Der Ankurbelung der Konjunktur durch kreditfinanzierte Staatsausgaben hat Keynes in seiner Allgemeinen Theorie großen Nachdruck verliehen. Mit einer Belebung der Konjunktur steigen die Steuereinnahmen und die Ausgaben finanzieren sich selbst. Professoren behaupten aber oft, nur Steuergeschenke für die Reichen würden durch mehr Investitionen in Arbeitsplätze die Krise beenden und als höhere Steuereinnahmen an den Staat zurückfließen (Laffer-Kurve).

Es kommt also sehr darauf an, wer das Geld erhält, mit dem der Staat die Wirtschaft beleben möchte. Während neoliberale Professoren eine positive Wirkung höherer Ausgaben für die breite Bevölkerung auf die Konjunktur bestreiten, ging es Keynes und seinen Anhängern um das Ziel, mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen das Geld den Arbeitern und ihren Familien zukommen zu lassen. Die Masseneinkommen müssen also steigen, damit die Güternachfrage die Produktion erhöht und damit den Multiplikator wirken lässt.

Diesen Multiplikator berechnen zu wollen, ist Unfug, weil er ganz von der Art der Ausgaben abhängt und das Geld vor allem die Schichten der Bevölkerung erreichen muss, die nicht sparen. Der Multiplikator von Staatsdefiziten für Steuergeschenke oder Subventionen an die Reichen dürfte nahe Null liegen. Die von den bekannten Professoren, Wirtschaftsweisen und Experten immer wieder geforderten Steuersenkungen für das Kapital sollen dem Staat den finanziellen Spielraum nehmen, mit sinnvollen Ausgaben die Konjunktur zu beleben.

Ein häufiger Einwand gegen Staatsdefizite ist der angebliche Verdrängungseffekt, weltweit als »Crowding-out« bekannt. Der Staat würde mit höheren Schulden nur die privaten Investoren verdrängen und die Zinsen hochtreiben. Die Professoren benutzen zur Begründung wieder ein Modell mit Vollauslastung der Produktion, in dem dieser Effekt tatsächlich auftreten würde.

Sicher sind Professoren geistig in der Lage, die Unsinnigkeit ihrer Behauptung zu erkennen, wenn in einer Wirtschaftskrise das Produktionspotenzial eben gerade nicht ausgelastet ist. Aber diese Argumente werden von Massenmedien und Politikern immer begeistert aufgegriffen und von interessierten Kreisen mit Forschungsaufträgen honoriert.

5.6. Bastardkeynesianer und die Neoklassische Synthese

Nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise war das Ansehen der Klassik und Neoklassik ruiniert und die VWL brauchte ein neues Modell: Geld sollte nicht mehr einfach als neutral gelten, aber es durfte sich an der Gleichgewichtslehre im Prinzip gar nichts ändern; vor allem musste es dem Publikum als keynesianisches Modell verkauft werden.

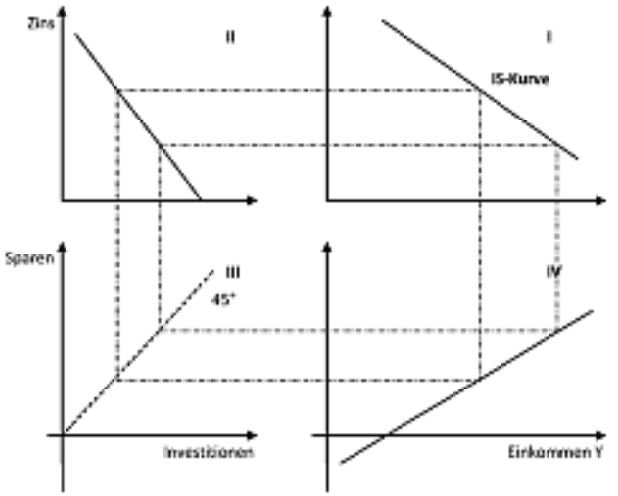
Die »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« erschien im Februar 1936 und erregte großes Aufsehen. Bereits im September 1936 diskutierten Ökonomen auf einer Konferenz in Oxford die Integration der Thesen von Keynes in ein mathematisches Modell nach klassischen Vorstellungen. John Hicks präsentierte im April 1937 sein IS-LM-Modell unter dem Titel »Mr. Keynes and the Classics - A Suggested Interpretation«, mit dem die Verfälschung der Lehre von Keynes vollzogen wurde. Später wurde das IS-LM-Modell mit einem neoklassischen Arbeitsmarkt erweitert und als »Neoklassische Synthese« bezeichnet. Der 1937 nach Harvard berufene Alvin Hansen trug ebenfalls zum IS-LM-Modell bei und es wurde als Hicks-Hansen-Synthese in den USA gelehrt. Paul Samuelson publizierte 1948 diese angebliche Ökonomie nach Keynes in seinem Lehrbuch und wurde damit weltberühmt und der erste Träger des sogenannten Wirtschafts-Nobelpreises. Joan Robinson prägte dafür den Begriff der Bastardkeynesianer.

Das an den Universitäten gelehrte keynesianische Modell der neoklassischen Synthese ist die Verfälschung durch Hicks und Samuelson, die von Keynes nur übernahm, dass aus hohen Einkommen mehr gespart wird und dass bei sehr niedrigen Zinsen eine Bargeldhortung erfolgt. Beide Punkte sind völlig trivial und haben mit dem Kern der makroökonomischen Einsichten von Keynes nichts zu tun. Dass Löhne nur verzögert und zäh auf die Lage am Arbeitsmarkt reagieren, wird als keynesianische Erklärung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit präsentiert.

Die Lehre von Hicks und Samuelson nannte sich Neokeynesianismus. Die Postkeynesianer, Kaldor, Kalecki und Minski, erklärten die Krisen mit der Unsicherheit der Zukunft statt mit der Geldpolitik. Krisen seien nicht absichtlich verursacht, sondern die Folge von Investitionszyklen, die wegen der unsicheren Zukunft in Finanzkrisen enden. Dazu musste aber die neoklassische These aufgegeben werden, dass die Märkte erfolgreich zu einem Gleichgewicht streben.

5.7. Das IS-LM-Modell von Hicks

Gütermarkt: Herleitung der IS-Kurve nach der Vier-Quadranten-Grafik (Quelle: Wiki)



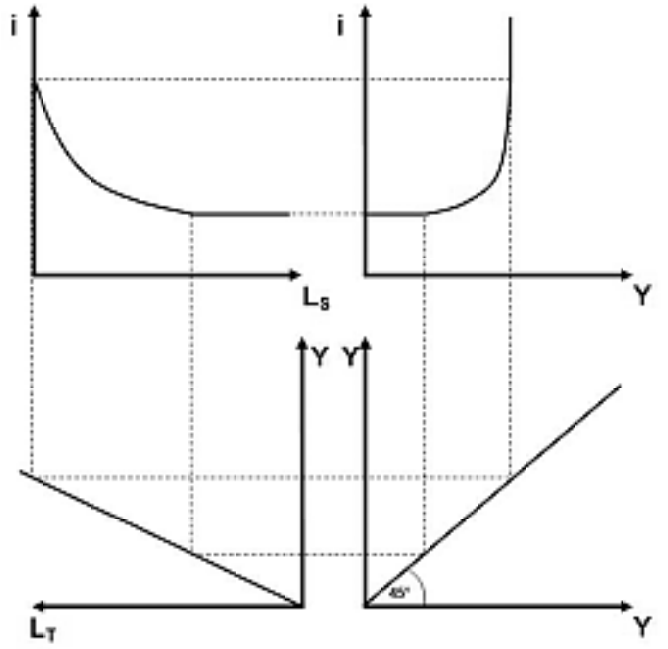
Die IS-Kurve im Quadranten oben rechts zeigt die Kombination von Einkommen und Zins, bei der die geplante Investition gleich der geplanten Ersparnis ist. Im Quadranten oben links haben wir die nur vom Zins abhängigen Investitionspläne, mit hohen Investitionen bei niedrigem Zins. Der Quadrant unten rechts zeigt die Sparpläne, die bei wachsendem Y steigen und nicht vom Zins oder von Erwartungen hinsichtlich der Konjunktur oder der Preisentwicklung abhängig sein sollen. Das ist eine ganze Serie unrealistischer Voraussetzungen für ein Modell, das ausgerechnet auf Krisenzeiten angewendet wird.

Im Fall der Unterauslastung einer Ökonomie stellen die Sparpläne keine Beschränkung für die Investitionen oder für kreditfinanzierte Staatsausgaben dar. Bei Unterauslastung ist die reale Ersparnis identisch mit der Nettoinvestition und über die Planungen wissen wir nichts. Ob die geplanten Ersparnisse und Investitionen gleich groß sind, ist bei Unterauslastung eine sinnlose Frage. Im Nullpunkt, wo niemand mehr zu sparen und zu investieren plant und anschließend alle verhungert sind, wäre der Gütermarkt nach Hicks schließlich auch im Gleichgewicht.

Ein keynesianisches Modell müsste die Unterauslastung und deren Überwindung diskutieren. Im Prinzip dient die IS-Kurve der Ablenkung von der Tatsache, dass bei Unterauslastung sowohl der Konsum als auch die Investitionen zu gering sind und leicht erhöht werden können, indem die Zentralbank die Zinsen senkt und der Staat mit kreditfinanzierten Ausgaben Produktion und Einkommen steigert. Diese Belebung der Ökonomie ist uneingeschränkt und jederzeit möglich.

Erst bei Vollauslastung der Ökonomie muss die Notenbank die Zinsen so weit anheben, dass die geplanten Investitionen nicht die geplanten Ersparnisse übersteigen, was zu heftiger Inflation wegen überhöhter Güternachfrage führen würde. Dann können Staatsausgaben die Einkommen auch nicht mehr mit einem Multiplikatoreffekt vermehren, weil sie private Investitionen oder Konsum verdrängen würden. An diesem Punkt ist mit dem Kapital K und der Menge der Arbeit N das Einkommen der Ökonomie durch Y(K, N) gegeben und ein Gleichgewicht von Ersparnis und Investitionen wichtig. Bei Unterauslastung ist die Lage einer IS-Kurve völlig gegenstandslos und deren Verschiebungen durch Staatsausgaben oder andere Einflüsse sind reine Hirngespinste.

Geldmarkt: Herleitung der LM-Kurve (Quelle: Wiki)



Die LM-Kurve im Quadranten oben rechts soll das Gleichgewicht auf dem Geldmarkt für alle Kombinationen von Zins und Einkommen abbilden und setzt sich aus der Geldnachfragekurve unten links und der Geldangebotskurve oben links zusammen.

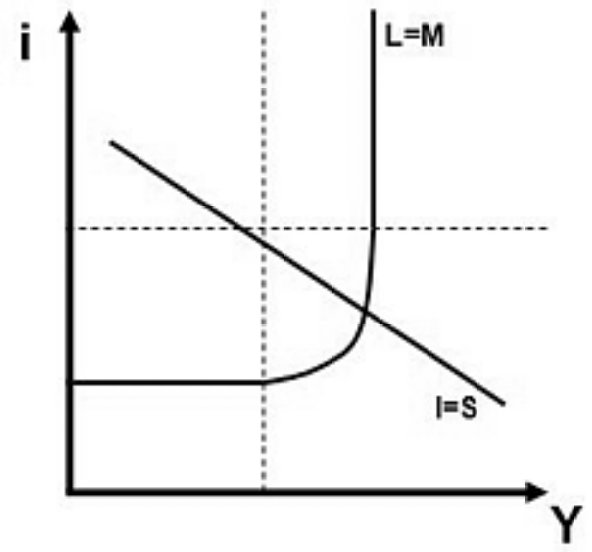
Der Quadrant links unten zeigt die mit Y steigende reale Geldnachfrage. Eine wachsende Ökonomie braucht mehr Zentralbankgeld, die Kassenhaltung steigt mit Y.

Im Quadranten links oben sehen wir die Geldangebotskurve. Der wirkliche Zusammenhang zwischen Zinsen und Geldmenge ist dabei auf den Kopf gestellt, als würde eine Geldmenge in die Ökonomie eingeleitet und deren Umfang soll dann die Zinshöhe bestimmen. Die Kurve über der Achse für das Geldangebot L(S) zeigt also den entsprechenden Zins, der bei niedrigem Geldangebot hoch sein muss und mit steigendem Geldangebot sinkt. Der Zins sinkt in dieser Modelldarstellung wegen der Liquiditätsfalle nicht gegen Null, was aber falsch ist. Nur Zinsen für langfristige Anleihen sinken wegen der Spekulationskassenhaltung nicht, dagegen sind Geldmarktsätze von Null oft Realität, wenn die Notenbank eine Krise beendet.

In der Realität kann die Notenbank die Geldmenge gar nicht direkt steuern, sondern sie setzt die Zinsen für das Zentralbankgeld fest. Sie versucht im idealen Fall, eine optimale Auslastung der Ökonomie zu erreichen und die Zinsen für den Geldmarkt sind abwechselnd so hoch, dass sie die Konjunktur bremsen, oder so niedrig, dass sie die Konjunktur wieder besser laufen lassen. Hier haben wir ein gutes Beispiel, wie der VWL-Modellbau keine Vereinfachung der Realität zum besseren Verständnis bietet, sondern die Zusammenhänge verdreht. Tatsächlich bestimmt einfach die Notenbank den Geldmarktsatz und eine Geldmengenpolitik gibt es höchstens in dem Sinn, dass die Notenbank bei sehr expansiver Geldpolitik den langfristigen Zins durch den Aufkauf langfristiger Papiere mit ihrem Zentralbankgeld noch zusätzlich drückt.

Auch wenn das IS-LM-Modell die wirklichen Zusammenhänge völlig auf den Kopf stellt, wäre eine sinnvolle Interpretation des Modells, dass die Notenbank mit der Geldmenge die LM-Kurve beliebig verschieben kann, so dass der für die passende Nachfrage am Gütermarkt benötigte Zins durch die richtige Notenbankpolitik immer erreicht wird. Genau dies wird von den Professoren jedoch meist vernebelt, indem sie den Eindruck erwecken, als würde ein extern vorgegebenes Geldangebot den Zins bestimmen und niedrigere Zinsen verhindern.

Gesamtmarkt: IS-LM-Modell (Quelle: Wiki)



Das Modell von Hicks unterstellt sogar ein mögliches Gleichgewicht links von der Produktion Y(K, N) einer Ökonomie, als ob diese in ihr Gleichgewicht schrumpfen könnte oder gar müsste. Die LM-Kurve ist unbrauchbar wegen ihrer Abhängigkeit von der Politik der Zentralbank, die deren Lage bestimmt. Die geradlinige IS-Kurve ist unbrauchbar, um den Zins anzugeben, mit dem die Notenbank eine optimale Auslastung steuert. Die Notenbank muss mit ständig stark schwankenden Zinsen die sich prozyklisch verstärkenden Abweichungen von einer optimalen Auslastung ausgleichen, wie jeder Blick auf historische Geldmarktsätze beweist. Dazu braucht sie keine IS-Kurve, sondern sie beobachtet direkt die Konjunktur.

Zum Gütermarktgleichgewicht wird mit dem Modell von Hicks die grundsätzlich falsche Frage diskutiert, wo und wie die (geplanten) Ersparnisse und Investitionen im Gleichgewicht seien. Das keynesianische Thema wäre dagegen die optimale Auslastung des Produktionspotenzials einer Ökonomie und wie die Zinspolitik und die Finanzpolitik diese optimale Auslastung erreichen können. Das wäre aber zugleich eine sehr einfache Erklärung der Wirtschaftskrisen und ist nicht im Interesse der Verursacher und Profiteure, die darum das Hicks-Modell lehren lassen.

6.1. Die Hintergründe der Austrian Economics

Wie sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts der Neoliberalismus durchsetzen konnte, lässt sich nur aus den politischen Hintergründen der ökonomischen Theorien heraus verstehen. Bereits Adam Smith, David Ricardo und Jean-Baptiste Say waren eigentlich politische Akteure und den maßgeblichen Kräften in Parlament und Politik verbunden. Es gab niemals sachliche Diskurse in einer wissenschaftlichen Gemeinschaft über die jeweiligen Theorien, sondern die Lehre richtete sich immer nach den herrschenden politökonomischen Zielen und Interessen.

Smith propagierte den Liberalismus, die Interessenideologie der Fabrikanten und Kaufleute, die in England das Volk für ihre Exporterfolge mit konkurrenzlos billigen Waren Generation um Generation in Bergwerken und Fabriken sich zu Tode zu schinden zwangen. David Ricardo saß in dem Parlamentsausschuss, der die deflationäre Depression plante, die er mit Say grundsätzlich leugnete. Say propagierte als britischer Agent die Lehren von Adam Smith in Frankreich und auf dem Kontinent, denn die Theorie der freien Märkte sollte den britischen Händlern die Grenzen und die Geldbörsen der Konsumenten öffnen. Die Freihandelstheorie gipfelte im Opiumkrieg gegen China. Ökonomen waren stets wohlfeile Propagandisten der jeweiligen Interessen.

Die österreichische Schule der Nationalökonomie bekämpfte die preußischen Professoren, die einen Staatsinterventionismus und Kathedersozialismus vertraten und es nicht für sinnvoll hielten, das Staatsvolk von eigenen oder fremden Fabrikanten, Händlern und Spekulanten ins Elend treiben zu lassen. Nach der Gründung des Deutschen Reiches (mit Hilfe eines preußischen Krieges 1866 gegen die Habsburger) orientierten sich einflussreiche Kreise in Österreich an den britischen Ökonomen und propagierten ausgefeilte Thesen gegen sozialpolitische Eingriffe des Staates im Interesse seiner arbeitenden Bevölkerung in die Wirtschaft.

Die zuerst von England und später von den USA unterstützten und finanzierten Theoretiker der »Austrian Economics« bedienten in den USA den Bedarf der Räuberbarone und Hochfinanz nach einer wissenschaftlich auftretenden Theorie zur Maskerade ihrer Interessen. In Wien hatte die Rockefeller Stiftung seit 1926 das Österreichische Institut für Konjunkturforschung mit Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek als Vertreter der US-Interessen finanziert. Mises unterhielt einen einflussreichen Diskussionszirkel, in dem Kontakte mit Emissären der US-

Politik geknüpft wurden. Unter anderem erhielt Hayek ein Stipendium der Rockefeller Stiftung für einen US-Aufenthalt und beriet anschließend die Regierung in Wien in Reparationsfragen. In seinen »Erinnerungen« hat Mises kundigen Lesern seinen Einfluss in Wien beschrieben, der weit über seine offizielle Position hinaus reichte, was man ihm wegen seiner angloamerikanischen Verbindungen durchaus glauben darf. Er wird seinerzeit ein Netzwerk von Zuarbeitern und Förderern in Wien gehabt haben:

> Ich hatte eine unvergleichlich bedeutendere Stellung als irgendein Kammerfunktionär oder als irgendein Österreicher, der nicht an der Spitze einer der großen politischen Parteien stand...
> ... Daß es im Winter 1918/1919 nicht zum Bolschewismus gekommen ist und daß der Zusammenbruch der Industrie und der Banken nicht schon 1921, sondern erst 1931 eingetreten ist, war zu einem guten Teil der Erfolg meiner Bemühungen. (»Erinnerungen von Ludwig v. Mises«, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1978, S. 47)
> So war ich in der Zeit vom Abschlusse des Waffenstillstandes bis zur Unterzeichnung des Friedens von Saint Germain Referent für die finanziellen Fragen im Außenamte. Später, als die Bestimmungen des Friedensvertrages durchgeführt wurden, war ich Leiter des mit der Abwicklung der Vorkriegsschulden befaßten Abrechnungsamtes. (»Erinnerungen«, S. 48)
> Ich habe 1926 das Österreichische Institut für Konjunkturforschung gegründet. Ich habe – mit Dollfuss und dem Sekretär der Arbeiterkammer Palla – dem dreigliedrigen Redaktionskomitee der Wirtschaftskommission angehört, das im Jahre 1930 unter Mitwirkung von Professor Richard Schüller einen »Bericht über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs« veröffentlichte. (»Erinnerungen«, S. 49)

Mises waren die geldpolitischen Hintergründe von Krise und Arbeitslosigkeit völlig klar, wie hier ein weiteres Zitat beweist, in dem es um die Jahre 1921-23 geht:

> Man darf das Verdienst, das sich der Führer der christlich-sozialen Partei, Professor Seipel, damals erworben hat, nicht unterschätzen. Seipel war so wirtschaftsfremd, wie es nur ein Kleriker sein konnte. Er sah in der Inflation ein Übel, doch er war im übrigen finanzpolitisch ganz unbewandert. Wir – Rosenberg und ich – haben uns verpflichtet gefühlt, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die Stabilisierung der Währung nach einiger Zeit die Folgen der Inflation in der »Stabilisierungskrise« zutage treten lassen würde. Wir erklärten ihm, daß die öffentliche Meinung nicht die Urheber der Inflation, sondern ihre Bekämpfer verantwortlich machen würde, daß die Inflations-Hausse durch eine Depression abgelöst werden würde. Die christlich-soziale Partei würde daher nicht Dank, sondern eher Undank ernten. (ebenda, S. 51)

Während der Weltwirtschaftskrise 1929-33 wirkte Mises für eine harte Deflationspolitik in Österreich:

> Mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt im Mai 1931 kam die dritte Periode meiner Wirksamkeit in der Kammer zum Abschluß. Nun blieb mir nur noch ein beschränkter Spielraum zur Betätigung frei. Ich habe mich mit dem Aufgebot aller meiner Kräfte gegen die inflationistische Politik, die die Regierung wieder aufgenommen hatte, zur Wehr gesetzt. Daß die Inflation damals nicht weiter ging als bis zum Kurs von 175 Schilling (statt 139 Schilling) für 100 Schweizer Francs und eine neue Stabilisierung zu diesem Kurse sehr bald wieder erfolgte, war allein mein Verdienst. (»Erinnerungen«, S. 59)

So viel also zu der Frage, ob die Theoretiker der Ökonomie vielleicht nur etwas weltfremd und ohne böse Absicht wären. Nein, sie wissen so gut wie ihre Gegner, welche Verheerungen die von ihnen empfohlenen Entscheidungen zur Folge haben und welche Not bei den arbeitenden und vom Lohn abhängigen Familien damit erzeugt wird.

Für die Anhänger von Mises und Hayek besteht kein Zweifel an den monetären Ursachen der Konjunktur und damit auch der Krisen. Trickreich erklären sie den Boom mit einer Politik des zu billigen Geldes. Wegen des inflationär verursachten Booms müsse es dann unausweichlich zu einer schweren Depression kommen. Dazu wieder Mises:

> …in der 1928 veröffentlichten kleinen Schrift Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik hatte ich meiner Konjunkturlehre eine Fassung gegeben, die sie erst zu einer vollkommenen Erklärung des Konjunkturwechsels macht. Der Aufschwung wird durch die Kreditausweitung ausgelöst… (»Erinnerungen«, S. 73)

Dass restriktive Kreditpolitik den Abschwung und die Krisen verursacht, ist kein Thema für die Austrian Economics. Deren bis heute wiederholte These galt bestenfalls für den Goldstandard, also seit 1933 nicht mehr, dass der Boom mit restriktiver Kreditpolitik hätte verhindert werden sollen, um die Krise anschließend zu vermeiden, die den Preisanstieg wieder korrigieren muss.

Die Anhänger von Mises und Hayek, die wir als Neoliberale kennen, möchten zwar die Krisen nicht mit restriktiver Geldpolitik erklären, wissen aber um den Einfluss der Kreditpolitik, wenn es um einen Boom geht. Hayek erhielt während der Großen Depression einen Lehrstuhl der »London School of Economics«, um von dort aus gegen den Einfluss von Keynes zu wirken. Hayeks Theorie vom Kapitalmangel, der angeblich die Große Depression ausgelöst habe, die er

in seinem Werk »Preise und Produktion« publizierte, fand jedoch wenig Anhänger und war, wie der gesamte Wirtschaftsliberalismus, mit dem Erfolg der Allgemeinen Theorie von Keynes völlig erledigt, moralisch wie intellektuell.

Im August 1938 trafen sich deshalb führende Köpfe des angloamerikanischen Liberalismus in Paris zum »Colloque Walter Lippmann«. Lippmann gehörte 1917-18 der US-Dienststelle »The Inquiry« an, die für US-Präsident Wilson Informationen für die Verhandlungen in Versailles sammelte, und war zeitlebens ein einflussreicher Agent der US-Politik. Mises und Hayek setzten sich auf dem Kolloquium für den alten Liberalismus ein, dem schon Sozialpolitik als Sozialismus gilt. Rüstow und Röpke suchten damals als Vertreter des typisch deutschen Ordo-Liberalismus nicht nur nach einem neuen Namen, sondern einer neuen Politik. Man einigte sich auf den Neoliberalismus, der nun als Abkehr vom Manchesterkapitalismus und seinem Laissez-faire propagiert werden sollte.

Bereits im Jahr 1944 eröffnete Friedrich August von Hayek unter dem Titel »Der Weg zur Knechtschaft« eine Kampagne gegen den Sozialstaat, den er als Vorstufe zu Faschismus und Kommunismus sah, was ihm in den USA gleich eine Millionenauflage einbrachte. 1945 erschien von Karl Popper das Buch »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde«, das dem Neoliberalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen philosophischen Anstrich verschaffte.

Bereits im April 1947 trafen sich die Neoliberalen auf Einladung Friedrich August von Hayeks am Genfer See zur Gründung der »Mont Pelerin Society«. Anwesend waren die Ordoliberalen Eucken und Röpke aus Deutschland, Mises und Hayek und Popper als bekannte Anhänger des alten Liberalismus und vor allem Milton Friedman und George Stigler, zukünftige Chefideologen des Monetarismus und der Chicago Boys. Stigler hatte als Mathematiker und Statistiker für das »Manhattan Project« an der Entwicklung der ersten Atombombe gearbeitet.

Die »Mont Pelerin Society« entwickelte sich weitgehend unbemerkt vom breiten Publikum zum einflussreichsten Netzwerk der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hinter den Neoliberalen und Monetaristen standen die mächtigsten Kreise des angloamerikanischen Finanzkapitals und nicht nur komische Ideen über eine Steuerung der Geldmenge.

6.2. Geldmengenstuss mit Milton Friedman

Milton Friedmans 1969 sofort von der Fachpresse bejubeltes Werk »Die optimale Geldmenge« enthielt eine Hubschraubertheorie zum Zusammenhang von Geldmenge und Preisniveau, um das Publikum mit einem Gleichnis zu überzeugen: Eine Gemeinschaft von Bürgern tausche ihre produzierten Güter und gebrauche dabei 1000 Zettel mit dem Aufdruck »Dies ist ein Dollar«, wobei das Leihen oder Borgen wirksam verboten sei, so dass der Austausch von Gütern nur mit diesen Zetteln abgewickelt werden könne. Empirische Untersuchungen zum Verhältnis zwischen Geldmenge und Jahreseinkommen hätten ein Verhältnis von 1/10 ergeben, daher könne man für diese Gemeinschaft ein Gesamteinkommen von 10 000 Dollar annehmen:

> Let us suppose now that one day a helicopter flies over this community and drops an additional $1000 in bills from the sky… (Friedman 1969, S. 4-5)

Nehmen wir weiter an, so Friedman, dass jedes Individuum genau so viel Geld aufsammle, wie es vorher gehabt hat, so dass also die Geldmenge bei jedem verdoppelt worden sei. Wie werde sich diese Verdopplung der Geldmenge nun auswirken, wenn sich weiter in dieser Gemeinschaft nichts geändert habe?

Wir können die Hubschraubertheorie kurz zum absehbaren Ende bringen: Friedman sah durch seine Kindergeschichte den Beweis erbracht, dass die Preise sich entsprechend der Geldmenge erhöhen, also verdoppeln müssten. Statt schallendem Gelächter der Kollegen und dem Verlust der Publikationsmöglichkeiten in der Fachpresse brachten solche Argumente Milton Friedman 1976 den Nobelpreis ein und die Medien propagierten seine Steuerung der Geldmenge durch die Notenbanken zum Zweck der Inflationsbekämpfung.

Der Trick ist leicht zu entlarven: Es gibt in seiner Zettelwirtschaft kein richtiges Geld, weil ein richtiges Geld eben Schuldgeld ist und das Leihen wie das Borgen erlaubt sein muss. Reales Geld ist verbunden mit Geldvermögen und Schulden in einer beträchtlichen Größenordnung. Bei einem Jahreseinkommen von 10.000 Dollar finden wir in einer Ökonomie leicht 20.000 Dollar an Geldvermögen und Schulden. Würden die aufgesammelten 1000 Dollar auf Schuldner und Sparer gleichmäßig aufgeteilt, erhielten diese je 500 Dollar.

Statt dass sich die Preise wegen dieser 1.000 Dollar verdoppeln würden, hätten in einer realen Geldwirtschaft die Sparer jetzt vielleicht 20.500 Dollar Guthaben und die Schuldner würden ihre Verbindlichkeiten mit dem gefundenen Geld zunächst auf 19.500 Dollar reduzieren. Wir nehmen an, dass die Regierung 1000 Dollar Schulden für das Hubschraubergeld aufgenommen hat. Falls die Ökonomie unterausgelastet war, würde diese Geldverteilung durch den Staat die Geschäfte etwas anregen, in einem Boom würde es zu leichten Preissteigerungen kommen.

Die Keynesianerin Joan Robinson hatte in ihrem Werk »Ökonomische Theorie als Ideologie« zu Milton Friedman diesbezüglich nur eine kurze Anmerkung:

> In Friedmans Gedanken findet sich ein überirdisches, mystisches Element. Die bloße Existenz eines Geldbestandes ruft irgendwie Ausgaben hervor. Soweit er jedoch eine verständlich Theorie anbietet, besteht sie aus von Keynes entlehnten Einzelteilen. (Joan Robinson, 1974, S. 83)

Mit realem Geld gibt es keine ungewollt überhöhte Bargeldhaltung, die zusätzliche Ausgaben motivieren könnte. Die Leute würden auch gefundenes Geld einfach auf ihr Konto bei der Bank einzahlen und die Bank schickt überflüssiges Bargeld zur Gutschrift wieder an die Notenbank.

Milton Friedman hat ganz einfach wie einst schon David Ricardo die Inflation als Folge eines zu sehr gestiegenen Geldumlaufs dargestellt, um das Publikum zu täuschen. Die Bevölkerung soll ja glauben, dass man zur Bekämpfung der Inflation einfach weniger Geld in Umlauf bringt und so einfach gibt es stabile Preise. Wenn die Leute sich zwischen einer florierenden Wirtschaft mit etwas Inflation oder Geldwertstabilität bei Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit zu entscheiden hätten, wäre die Wahl der Bürger klar: Nie wieder Stabilitätspolitik!

Zur Stützung ihrer Thesen haben sich die Monetaristen um Milton Friedman auf historische Untersuchungen zu Veränderungen des Volkseinkommens, der Preise und der Geldmengen verlegt. Schon Joan Robinson hat die Methoden kritisiert, weil die Quantitätsgleichung von rechts nach links gelesen werden kann, dass also steigende Preise oder mehr Güter für mehr Geldumlauf sorgen, oder von links nach rechts, dass eine steigende Geldmenge höhere Preise oder eine größere Produktion bewirke. Womöglich bewirken gar die nicht beachteten Zinsen steigende oder sinkende Einkommen, Preise, Güter- und Geldmengen.

Zur Bestärkung seiner Theorie hat Milton Friedman sogar die Große Depression monetär erklärt: Die US-Notenbank habe von 1929 bis 1933 die Geldmenge zu stark reduziert. Das wäre nicht Absicht und logische Konsequenz des Goldstandards gewesen, sondern in Unkenntnis der richtigen Geldmengenpolitik geschehen, die ein stetiges Wachstum der Geldmenge anstreben solle. Diese Erklärung widerspricht aber der Neutralität des Geldes im Monetarismus, nach der die Geldmengenänderungen sich nur auf die Preise auswirken sollen.

Zeitweise empfahl Milton Friedman eine stetige Wachstumsrate der Geldmenge von vier Prozent im Jahr, auf die sich die Notenbanken festlegen sollten und von der sie unter keinen Umständen abweichen dürften. Dass in einer deflationären Depression niedrige Nominalzinsen eine Liquiditätsfalle auslösen, muss Friedman bei Keynes aber gelesen und verstanden haben: Seine unveränderbare Geldmengenregel musste jede Krise verschärfen.

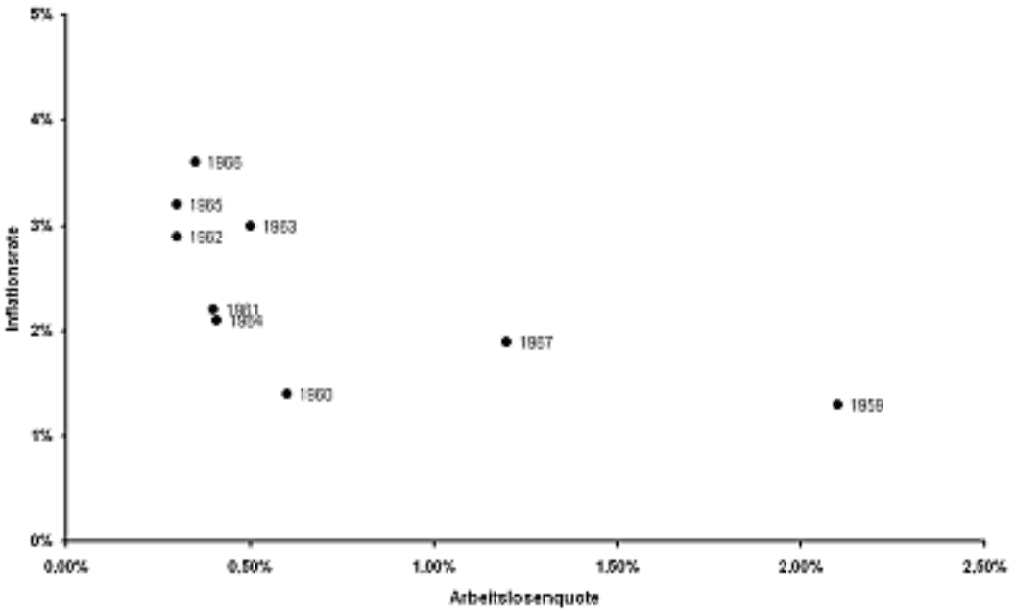
Der Dreh des Monetarismus bestand darin, die Stabilisierung von Geldmengen und Preisen unabhängig von der Konjunktur als eine leichte Aufgabe der Notenbank darzustellen. Die breite Bevölkerung kann ja nicht wissen, dass eine direkte Steuerung von Geldmengen nicht möglich ist und die Notenbank Krise oder Boom verursachen muss, um die Geldmengen entsprechend der Konjunktur sinken oder steigen zu lassen.

In den 70er Jahren wurden die neoliberalen Anhänger des Monetarismus an Universitäten und in der Politik, in den Notenbanken wie in den Massenmedien in Stellung gebracht und 50 Jahre nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise war es dann wieder so weit, dass die Geldpolitik eine Krise und Massenarbeitslosigkeit erzeugen konnte. Fast vergessen waren die Lehren der Großen Depression und der bösartige Deflationismus der Rentiersinteressen beherrschte wieder die Politik, die Massenmedien und nicht zuletzt die Hochschulen. Als Paul Volcker an der Spitze der FED den Monetarismus umgesetzt und den Zins für das Geld der FED auf 20 Prozent erhöht hat, musste jedem klar sein, dass auch Monetaristen nur Zinspolitik betreiben. Statt der wunderbaren Steuerung der Geldmenge gab es wieder eine brutale Absatzkrise und Massenerwerbslosigkeit.

6.3. Phillips-Kurve: Inflation oder Arbeitslosigkeit

In einem Punkt haben die Anhänger des Marktes Recht, nämlich dass auf dem Arbeitsmarkt die Massenarbeitslosigkeit für sinkende Löhne sorgt, wenn die Erwerbslosen wenig Unterstützung aus Sozialkassen erhalten. Umgekehrt steigen bei Vollbeschäftigung die Löhne und Preise. Diese Erkenntnis ist mindestens so alt, wie der Arbeitsmarkt.

Die Phillips-Kurve wurde 1958 als historisch-statistische Untersuchung von Lohnsteigerung und Beschäftigung publiziert und später von anderen Ökonomen erweitert. Die Ergebnisse der Untersuchungen weichen selbstverständlich etwas von einer idealen Kurve ab, aber es ist klar, wie nachfolgend für den Zeitraum 1959-67 zu sehen, dass die Kurve im Idealfall von links oben nach rechts unten verläuft, also von hoher Inflation bei niedriger Arbeitslosigkeit zu niedriger Inflation bei hoher Arbeitslosigkeit. Man kann unten für das Jahr 1967 die Folgen der ersten Nachkriegsrezession in Deutschland erkennen, die durch die Hochzinspolitik der Bundesbank 1966/67 ausgelöst wurde (Quelle Wikipedia):



Dieser Zusammenhang zwischen Inflation und Beschäftigung lag dem Spruch des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Jahr 1972 zugrunde: »Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit«.

Die Neoliberalen kritisierten unter Führung von Milton Friedman die bis zum Ende der 60er Jahre noch allgemein anerkannte Phillips-Kurve und behaupteten, die Geldpolitik könne nur die Inflationsrate beeinflussen. Eine lockere Geldpolitik werde die Arbeitslosigkeit nicht senken und nur die Inflation erhöhen, weil bei einer lockeren Geldpolitik der anfängliche Rückgang der Arbeitslosen auf einer Geldillusion beruhen würde.

Eine expansive Geldpolitik lasse zwar die Löhne nominal steigen, weshalb manche Arbeitslose wieder eine Arbeit aufnehmen, die steigenden Preise verhindern aber einen höheren Reallohn. Sobald die Arbeiter die Geldillusion der gestiegenen Löhne durchschaut hätten, würde deren Arbeitsbereitschaft sinken und die Arbeitslosigkeit auf den alten Stand steigen. Milton Friedman erfand den Begriff der natürlichen Arbeitslosigkeit, bei der ein Teil der Arbeiter nicht bereit sei, einen Job zu dem auf dem Markt erzielbaren Reallohn anzunehmen.

Nun ist die beschäftigungsfördernde Wirkung einer expansiven Geldpolitik unbestreitbar und allgemein bekannt. Die These vom vorübergehenden Erfolg wegen der Geldillusion kann schon allein darum nicht stimmen, weil Leute, die wegen eines ihnen zu niedrigen Reallohns nicht zur Arbeitsaufnahme bereit wären, kaum wegen einer kleinen Lohnerhöhung ihre Meinung ändern würden. Die angeblich freiwillige oder natürliche Arbeitslosigkeit enthält nur die alte These des Liberalismus, dass expansive Geldpolitik keine positive Wirkung auf den Umfang der realen Produktion und damit auch der Beschäftigung habe und das Geld neutral wäre.

Gegen alle Einwände der Keynesianer wurden die Geschichten mit der Geldillusion und der freiwilligen Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren, als es noch fast Vollbeschäftigung gab und die Große Depression mit ihrer unbestreitbar unfreiwilligen Massenarbeitslosigkeit nur wenigen Leuten noch eine lebendige Erfahrung war, zur herrschenden Lehre.

6.4. Rationale Erwartungen

Robert Emerson Lucas war ebenfalls Professor in Chicago und erhielt 1995 den zur Förderung des Neoliberalismus gestifteten Wirtschafts-»Nobelpreis«. Er forderte eine mikroökonomische Fundierung der makroökonomischen Theorie gegen die Argumente der Keynesianer, für die ein Widerspruch zwischen der mikro- und makroökonomischen Denkweise liegt. Mikroökonomisch »fundiert« kann man behaupten, jede einzelne Ersparnis verbessere die Kapitalausstattung einer Ökonomie, und makroökonomische Argumente dagegen wären nicht mehr erlaubt.

In den 70er Jahren wurde seine »Lucas-Kritik« am Keynesianismus propagiert, wonach an »rationalen Erwartungen« jedes kreditfinanzierte Konjunkturprogramm scheitern müsse. Bei höheren Staatsausgaben würden die Steuerzahler in Erwartung steigender Steuern zur späteren Tilgung der Defizite sofort mehr sparen und so die Defizite zur Belebung der Konjunktur neutralisieren. Historische Belege für diese phantasierte Wirkung der rationalen Erwartungen gibt es keine; alle Erfahrungen beweisen das Gegenteil und das wissen sogar VWL-Professoren.

Offiziell richtete sich die Lucas Kritik gegen alle makroökonomischen »Modelle«, aber es ging in Wahrheit um das makroökonomische Denken im Sinne des Keynesianismus:

> Given that the structure of an econometric model consists of optimal decision rules of economic agents, and that optimal decision rules vary systematically with changes in the structure of series relevant to the decision maker, it follows that any change in policy will systematically alter the structure of econometric models. (Robert Lucas, »Econometric Policy Evaluation: A Critique«, 1976, S. 41)

Angesichts dieser »rationalen Erwartungen« müssten ökonomische Theorien das aggregierte Verhalten der einzelnen Wirtschaftssubjekte und nicht makroökonomische Zusammenhänge zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machen. Damit könnten die neoliberalen Ideologen jede Diskussion makroökonomischer Argumente umgehen.

Mit der Finanzkrise im Jahr 2007 dürfte die These der rational die Zukunft vorhersehenden Marktteilnehmer und Finanzmärkte jedoch für einige Jahrzehnte erledigt sein.

6.5. Hochzinspolitik: Die Volcker-Weltrezession

Wie ist es gesellschaftspolitisch durchsetzbar, dass Notenbanken die Güternachfrage abwürgen und eine Weltwirtschaftskrise erzeugen, dabei Abermillionen lohnabhängige Arbeiter erwerbslos machen, um angeblich die Inflation zu bekämpfen? Dazu soll in zwei Kapiteln kurz die Wirtschaftspolitik zwischen 1980 bis 2010 verfolgt werden.

Bei der geringen Überzeugungskraft der neoklassischen und neoliberalen Argumente wird leicht übersehen, dass diese Ideologie einem mittelalterlichen oder neuzeitlichen Wahn gleicht, dessen »credo quia absurdum« seine Anhänger umso fester verbindet, eben weil die vertretenen Thesen eine Beleidigung der menschlichen Intelligenz sind. Und hinter diesen so lächerlichen wie dummen Thesen verbergen sich mächtige Interessen kapitalstarker Kreise, die mit ihrem Geld in allen Universitäten, Massenmedien und politischen Strukturen gut bezahlte und straff organisierte Parteigänger wie eine verschworene Bruderschaft der Korrumpierbaren fördern.

Die Stabilisierungskrise war langfristig auf allen gesellschaftlichen Ebenen vorbereitet worden. Seit Beginn der 70er Jahre ertönte in den Massenmedien und aus der Politik ein sich immer dramatischer steigerndes Geheule und Geschrei wegen Inflation. Während Arbeitslosigkeit und Krisen zu Themen ferner Vergangenheit wurden, gab es kaum Widerstand gegen den steigenden Einfluss der Neoliberalen auf die Massenmedien und die Politik.

An der Stagflation der 70er Jahre und den Ölkrisen sei die keynesianische Politik gescheitert, so die offizielle Darstellung heute, weil die Keynesianer keine Lösung für die Probleme gewusst hätten. Diese Darstellung ist wie üblich falsch und das beginnt schon mit den angeblichen Ölkrisen. Die erste sogenannte Ölkrise war ein von Massenmedien und Politik dramatisierter Preisanstieg für Öl von 3 Dollar auf 5 Dollar für 159 Liter am 17. Oktober 1973. Der für Ägypten und Syrien ungünstige Verlauf des Jom-Kippur-Krieges vom 6. bis 26. Oktober 1973 gegen Israel hatte zu einem arabischen Ölembargo gegen die USA geführt. Im nächsten Jahr stieg der Ölpreis sogar auf über 12 Dollar. Das Öl war damit immer noch lächerlich billig und die schließlich 6 Cent mehr für den Liter Öl haben ganz bestimmt keine Inflation oder andere Probleme in einem westlichen Industriestaat ausgelöst. In krassestem Gegensatz zur Realität

schürten Medien und Politik eine Panik und in Deutschland gab es sogar ein Autofahrverbot am Wochenende, um den Benzinverbrauch zu drosseln.

Die Inflation für die Jahre 1973 und 1974 wurde offiziell mit jeweils 6,9 Prozent ausgewiesen und damit war den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Anstoß zu entsprechend hohen Lohnforderungen geliefert. Im Februar 1974 konnten die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung im Staatsdienst um 12 Prozent durchsetzen, so dass nun eine Lohn-Preis-Spirale zu befürchten war. Die Massenmedien unterstützten angesichts der Inflation die Forderungen der Gewerkschaften nach stark steigenden Nominallöhnen und selbst die Neoliberalen äußerten größtes Verständnis. Es war ein völlig abgekartetes Spiel, bei dem die Gewerkschaften mit steigenden Nominallöhnen für die Inflationsgefahr sorgten, die dann mit Hochzinspolitik bekämpft werden sollte.

In Deutschland herrschte bis 1973 Vollbeschäftigung und 1974/75 hatten fast 1,5 Millionen Menschen durch die Hochzinspolitik der Bundesbank plötzlich ihren Job verloren. Dies wird bis heute als Folge der Ölkrise dargestellt und von der Geldpolitik ist keine Rede. Die hohen Zinsen sorgten für ein Nullwachstum im Jahr 1974 und einen Konjunktureinbruch in Deutschland von 1,3 Prozent im Jahr 1975. Nach den Zinssenkungen der Bundesbank ging die Arbeitslosigkeit bis 1979 wieder leicht unter eine Million zurück.

Wir hatten also eine künstlich geschürte Inflationspanik wegen geringfügig erhöhter Ölpreise. Damit begründeten die Gewerkschaften ihre hohen Lohnforderungen. Es drohte eine Lohn-Preis-Spirale und die Bundesbank erzeugte mit Hochzinspolitik Krise und Massenerwerbslosigkeit zu deren Abwehr. Ohne die Mitwirkung und Duldung der Gewerkschaften würde die Verursachung von Massenerwerbslosigkeit an der Empörung der Bürger scheitern. Wäre die Krise nicht gewollt und genau so geplant gewesen, hätten die Gewerkschaften mit realistischen Lohnforderungen die Gefahr einer lohninduzierten Inflation als Anlass zur Verursachung von Massenarbeitslosigkeit leicht vermeiden können. Die Presse forderte sogar gleichzeitig steigende Nominallöhne zum Ausgleich der Inflation und eine restriktive Politik der Notenbank zur Bekämpfung der Inflation, was sicher weder Versehen noch Dummheit, sondern Absicht gewesen ist.

Der sinkende Einfluss der Keynesianer in den 70er Jahren hing auch mit dem Neomarxismus in den Kreisen der 68er-Bewegung an den Universitäten zusammen. Zentrum der Neomarxisten war Frankfurt, wo sich seit Kriegsende im I.G.-Farben-Haus die Europazentrale der amerikanischen

Streitkräfte und das Hauptquartier der CIA in Deutschland befanden. Für Neomarxisten war die Geldpolitik kein Thema, denn ihr großer Karl Marx hatte die Unvermeidbarkeit der Krisen im Kapitalismus aus seinem Wertgesetz abgeleitet. Mit jeder Krise erwarteten die Neomarxisten begeistert den Ausbruch der Weltrevolution und behaupteten, die Keynesianer würden nur den Kapitalismus retten und das System stabilisieren wollen, statt auf die Weltrevolution zu hoffen und Wertkritik zu betreiben.

Wer die Zeit nicht selber erlebt hat, kann sich heute den Einfluss der Neomarxisten in Kreisen von Intellektuellen, einflussreichen Journalisten und in Universitäten wie Parteien wohl kaum vorstellen. Die Jugendorganisationen der FDP wollten damals den Kapitalismus überwinden und koalierten in Studentenparlamenten mit dem Marxistischen Studentenbund. Es war alles eine Inszenierung, um Karl Marx im Bewusstsein dieser bald von der Krise getroffenen Generation zum großen Idol aufzubauen und Keynes und seine Lehre damit völlig zu verdrängen.

Führende Neomarxisten machten auf dem Marsch durch die Institutionen noch erstaunliche Karrieren in Staat, Wirtschaft und Massenmedien und die Frankfurter Szene zwischen Marx und Marcuse und der CIA wird von Insidern als Begründung genannt. In der verheerenden Krise ab 1980 wandelte sich der Neomarxismus zur Ökobewegung und man mag an unwahrscheinlichste Zufälle glauben oder an die geschickte Steuerung der Leute durch einschlägige Organisationen, jedenfalls gab es gegen Hochzinspolitik, Krise und Massenarbeitslosigkeit nicht den geringsten Widerstand aus den ehemals neomarxistischen und nun ökologischen Kreisen. Die Begeisterung für die Weltrevolution hatte die keynesianischen Ideen von Wohlstand, Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit entzaubert und die Umweltschützer sahen in jeder Konjunkturbelebung ein ungeheuerliches Verbrechen an der Natur und zukünftigen Generationen.

Die sogenannte Zweite Ölkrise brachte dann das Ende der sozialen Marktwirtschaft und eine über dreißig Jahre dauernde Hegemonie des Neoliberalismus mit Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, sinkenden Löhnen und sich verbreitender Armut bei explodierenden Profiten. Im Iran wurde 1979 der Schah gestürzt und der damals zweitgrößte Ölexporteur fiel als Weltlieferant aus. Politische Gründe ließen den Ölpreis von 13 bis auf 34 Dollar je 159 Liter Öl steigen. Es folgte ein von den USA geförderter Krieg des Irak gegen den Iran, der den Ölpreis bis auf 42 Dollar je Barrel hochschießen ließ. Aber bereits 1983 musste die OPEC den Preis wieder von 34

Dollar auf 29 Dollar senken und im Jahr 1985 fiel der Preis auf unter 10 Dollar je Barrel, eine Folge der weltweiten Rezession durch die brutale Hochzinspolitik der US-Notenbank.

Die damalige Wirtschaftskrise wird von den Historikern wie der Systempresse heute unter dem Titel »Zweite Ölkrise« abgehandelt, obwohl wie 1973/74 der Ölpreis nur ein Vorwand für die Krise war. In England hatte mit dem Sieg der Konservativen im Mai 1979 Margaret Thatcher die Regierung übernommen, eine glühende Neoliberale. Der folgende Abbau von Sozialleistungen und Arbeiterrechten wie der Kampf gegen die Gewerkschaften mit Polizei und Geheimdiensten gingen als Thatcherismus in die britische Geschichte ein. Ihre Privatisierungen von öffentlichem Eigentum und staatlichen Betrieben zusammen mit Steuersenkungen für Firmen und Kapitalisten waren eine völlig hemmungslose Gesetzgebung für die Interessen der Reichen. Unter Thatcher stieg die Arbeitslosenquote 1983 auf 12,5 Prozent und den 3 Millionen Opfern ihrer Politik wurde das Arbeitslosengeld gekürzt und gestrichen. Weil Leute ohne Anspruch auf Geld sich nicht weiter arbeitslos melden und mit Manipulationen an der Statistik sank die offizielle Arbeitslosenrate bald wieder auf geschönt niedrige Werte für Presse und Publikum.

In den USA gewann der Republikaner Reagan durch die von der US-Notenbank verursachte Rezession die Wahl gegen Jimmy Carter und trat sein Amt im Januar 1981 an. Er handelte nach der neoliberalen Ideologie der Chicago Boys und bescherte den Reichen niedrige Steuern und eine durch Sozialabbau erpressbare Arbeiterschaft. Die Politik Ronald Reagans erzeugte Millionen von »working poor«, für Hungerlöhne arbeitende Menschen, und einen dramatischen Anstieg der Häftlingsquote in den USA. Das bei den Erwerbslosen und den anderen Armen eingesparte Geld ließ Ronald Reagan an den Rüstungssektor und die CIA verteilen.

Die weltweite Wirtschaftskrise war von Paul Volcker, seit August 1979 Vorsitzender der US-Notenbank FED, inszeniert worden. In den USA wie in England hatte man die Inflationsraten künstlich überhöht, denn langfristig kann die Inflation nur parallel zu den Löhnen steigen, wenn die Inflation nicht von der Notenbank absichtlich gemacht wird oder die Statistik übertreibt. Dem Publikum wurde eine monetaristische Geldmengenpolitik vorgegaukelt, bei der die FED nur das Wachstum der Geldmenge unter Kontrolle zu bringen versuche. Die steigenden Zinsen sollten vom Publikum als ein Ergebnis fehlender Ersparnisse auf den Kapitalmärkten angesehen werden, für das die Notenbank keine Verantwortung trage. Der übliche Unsinn also, dass jetzt zur

Überwindung der Krise mehr gespart werden müsse, dass Konjunkturprogramme die Zinsen zusätzlich hochtreiben würden, unterlegt mit den neoklassischen Dogmen.

Paul Volcker hatte bis 1982 den Zinssatz der FED auf 20 Prozent erhöht, so dass selbst die 30-jährigen Bonds sich mit 14 Prozent rentierten, was ohne das Inflationsgeschrei der Medien nicht möglich gewesen wäre. Wer damals 100.000 Dollar auf 30 Jahre anlegen konnte, bekam bis ins Jahr 2012 jährlich 14.000 Dollar, insgesamt 420.000 Dollar, und konnte aus seinen 100.000 Dollar 520.000 Dollar machen. Es gab aber noch gigantischere Profite mit den Zero-Bonds für die Profis unter den Spekulanten. Warum dreißig Jahre auf den Profit warten? Ein Zero-Bond war eine Anleihe ohne Zinszahlungen, die ihre 14 Prozent Zins für eine dreißigjährige Laufzeit durch eine extreme Notierung unter ihrem Nennwert enthielt. Bei den später wieder sinkenden Zinsen schossen diese Zero-Bonds mit der Hebelwirkung der Abzinsung im Kurs hoch.

Während die Börse ihren Paul Volcker für seine Stabilitätspolitik feierte, verloren nicht nur in den USA Abermillionen Menschen mit dem Job ihre bürgerliche Existenz. Zusätzlich brach in den Ländern der Dritten Welt eine Schuldenkrise aus, in deren Folge ungezählte Millionen im Elend umkamen. Die Schuldenkrise der Dritten Welt konnten die internationalen Konzerne zum Aufkauf der Vermögenswerte dieser Staaten benutzen, die von Weltbank und IWF unter der neoliberalen Ideologie dazu gezwungen wurden, für Zinszahlungen Sozialausgaben zu streichen und Staatseigentum zu privatisieren, für das in der Krise geringe Erlöse zu erzielen waren.

In den Massenmedien war die Hochzinspolitik weiter kein Thema. Die Aufmerksamkeit wurde mit laufenden Meldungen über Geldmengenentwicklung und Inflation gefesselt. Die Zinspolitik der Notenbanken blieb im Zusammenhang mit der Massenerwerbslosigkeit fast unerwähnt. Gewerkschaften und SPD diskutierten die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland als Folge des technischen Fortschritts und der Rationalisierung. Angeblich hätte die Mikroelektronik die Arbeitsplätze vernichtet und es müsse nun eine Maschinensteuer eingeführt werden. FDP und Unionsparteien hetzten gegen die angeblich faulen Arbeitslosen, die nur nicht mehr arbeiten wollten, und den Grünen war allein wichtig, dass in Zukunft jedes Wachstum verhindert wurde. Die Keynesianer, von Neomarxisten als Retter des Kapitalismus geschmäht, von Ökologen als Umweltzerstörer angeprangert, fanden gegen die Neoliberalen kein Gehör.

Es kam aus der breiten Bevölkerung zu keinem Widerstand gegen die Hochzinspolitik, weil die hemmungslose Volksverhetzung der von ihren Eigentümern gleichgeschalteten kapitalistischen Presse die Opfer der Krise, die Arbeitslosen, als die Schuldigen an der Krise darstellte. Die Hetze der Presse zielte nicht nur darauf ab, die Arbeitslosen als faules Pack zu präsentieren, das nicht mehr arbeiten wollte. Die Konzernpresse begann auf eine vorher unvorstellbare Weise, die Opfer der Krise systematisch zu diffamieren. Dies gipfelte in plötzlich spektakulär aufgemachten Kriminalberichten in der Presse mit Überschriften wie »Arbeitsloser überfällt alte Frau im Park« oder »Arbeitsloser raubt Tankstelle aus« oder »Arbeitsloser schlägt seine Kinder«.

Auf dem Höhepunkt der geldpolitisch verursachten Krise verbargen die von der Medienhetze völlig eingeschüchterten Arbeitslosen ihr Schicksal gegenüber Fremden, Freunden und sogar ihrer eigenen Familie aus Scham. An politische Gegenwehr gegen den Neoliberalismus war unter diesen Umständen nicht mehr zu denken. Das Publikum wurde von den Massenmedien auf die Bekämpfung der Arbeitslosen statt der Arbeitslosigkeit eingestimmt. In den vier Jahren von 1980 bis 1983 in Deutschland verloren über vier Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz, mussten sich von Politik und Medien diffamieren lassen und zuletzt meist erheblich schlechtere Arbeit akzeptieren, so dass sie für den Rest ihres Lebens zu Opfern der durch die Hochzinspolitik unter Paul Volcker, dem Chef der FED in den USA, und Karl Otto Pöhl, dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, verursachten Krise wurden.

Der Mehrheit der deutschen Bevölkerung war die Erfahrung unfreiwilliger Arbeitslosigkeit bisher erspart geblieben. Erst nach Jahrzehnten neoliberaler Politik und der Agenda 2010 von SPD und GRÜNEN, als sogar viele Ingenieure nach der Uni erst einmal als unbezahlte Praktikanten arbeiten mussten und ab einem Alter von 45 Jahren keine Anstellung mehr finden konnten oder als Leiharbeiter ausgenutzt wurden, änderte sich die Haltung des Publikums. Die Aufklärung im Internet über die schamlosen Lügen und Hetzkampagnen der kapitalistischen Massenmedien hat dazu auch wesentlich beigetragen.

6.6. Drei Jahrzehnte Politik für die Reichen

Im Mai 2010 erschien eine mit »Winner-Take-All Politics« überschriebene Studie zur Änderung der Einkommensverteilung in den USA zwischen 1974 und 2007. Das Ergebnis: Die Hälfte des Gesamteinkommens erhält das bestverdienende Zehntel. Diese Verteilung gilt auch innerhalb des obersten Zehntels, sogar im obersten Prozent verteilt sich das Einkommen ähnlich. Von 1974 bis 2007 stieg der Anteil dieses Prozents am gesamten Bruttoeinkommen in den USA von 9 % auf 23,5 %, die 0,1 Prozent der allerhöchsten Einkommen verbesserten sich von 2,7 % auf 12,3 % und die 0,01 Prozent erhöhten ihren Anteil von unter 1 % auf über 6 % des Gesamteinkommens. In den Massenmedien des Kapitals erfährt man davon nur, dass die obersten zehn Prozent mehr als die Hälfte der gesamten Einkommensteuer zahlen müssen und das sei doch ungerecht.

In Deutschland dürfte sich die Verteilung der Einkommen nicht so extrem verändert haben wie in den USA oder Großbritannien. Statt jeweils der Hälfte für das oberste Zehntel wird es sich bei uns um jeweils ein Drittel handeln. Wie in den USA hat es in Deutschland über 30 Jahre im unteren Lohnsektor keine realen Einkommensverbesserungen gegeben. Besonders der von der Schröder-Fischer-Regierung mit der Agenda-2010 und den Hartz-Gesetzen beschlossene Sozialabbau und die Leiharbeit haben ein Lohndumping ermöglicht, bei dem heute Menschen in regulärer Arbeit und als Fachkräfte weniger verdienen, als den Schülern und Studenten vor 40 Jahren für Ferienjobs gezahlt wurde.

Sozialabbau und Lohndumping und Umverteilung in die Taschen der Reichen wurden mit Hilfe der sogenannten Wirtschaftswissenschaftler als einzig hilfreiche Maßnahmen gegen Krise und Massenarbeitslosigkeit pausenlos in den Massenmedien propagiert. Die Mehrheit der Bürger hat sich von einigen als »unparteiische Experten« auftretenden VWL-Professoren über eine lange Zeit anlügen lassen, bis im Internet der Propaganda der Kapitalinteressen durch angebliche Wirtschaftsweise und andere Mietmäuler langsam das Vertrauen entzogen werden konnte.

Besonders während der Regierung von George W. Bush ab 2001 stieg der von den Massenmedien erzeugte Druck auf die deutschen Politiker, nicht nur die Sozialleistungen zu senken und einen großen Niedriglohnsektor in Deutschland zu schaffen, sondern auch Rentner und Kranke den Interessen privater Versicherungskonzerne auszuliefern. Die gleichgeschalteten

Massenmedien betrieben unter Führung von Bertelsmann und Springer-Konzern und mit eifriger Hilfe der mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlichen Sender das Agenda-Setting.

Die Leser und Zuschauer wurden mit den Massenmedien tagtäglich von den immer gleichen Professoren, Politikern und sonstigen Mietmäulern mit neoliberalen Vorstellungen der Vorzüge einer Privatisierung öffentlichen Eigentums oder kommunaler Betriebe vollgequatscht und indoktriniert. Der Begriff des Agenda-Setting beschreibt die Methode: Irgendeine Forderung nach Privatisierung, Sozialabbau, Abschaffung des Kündigungsschutzes oder nach längeren Öffnungszeiten für Läden, weniger Feiertagen oder Sonntagsarbeit und was auch immer wurde zur Einleitung der sogenannten Reformen in den Medien dramatisiert, dass das Publikum glauben musste, davon hinge die Zukunft des Landes ab. Kaum waren diese Gesetze beschlossen, ging es mit dem nächsten Thema weiter: »Nach der Reform ist vor der Reform«, jubelten die Ausbeuter, die für dieses Agenda-Setting der Medien ihre Spin-Doktoren gut bezahlten.

Zur Bearbeitung des Publikums wurden vorgebliche Bürgerinitiativen gegründet, wie etwa die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) mit dem neoliberalen Hans Tietmeyer als Präsidenten, der zuvor als Bundesbankpräsident für hohe Zinsen gesorgt hatte. Finanziert von der Metallindustrie traten sogenannte Botschafter der INSM fast in jeder Talkshow zu den besten Sendezeiten auf. Andere Propagandaschleudern tarnten sich als »Konvent für Deutschland« mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Herzog an der Spitze oder als »Stiftung Marktwirtschaft« mit dem als Propagandisten angeblich »kapitalgedeckter« Renten und für seine Nebentätigkeiten in der Versicherungsbranche bekannten »Experten« Bernd Raffelhüschen.

Der Betrug mit diesen angeblichen Graswurzelbewegungen und Bürgerinitiativen für die von den Neoliberalen geforderten Reformen war derart dreist und durchschaubar, dass Professoren wie Medien in kürzester Zeit auch in breiteren Kreisen ihren bis dahin noch guten Ruf verloren. Beispielhaft und wegen der zentralen Rolle sei hier noch die 1999 gegründete Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung erwähnt. Führende Repräsentanten der Stiftung sind beziehungsweise waren Roman Herzog, Ralf Dahrendorf, Frits Bolkestein (ein ehemaliger Präsident der Liberalen Internationale), Otmar Issing und Hans Tietmeyer. Hinter vielen Stiftungen und anderen Tarnorganisationen verbarg sich der Einfluss der Bertelsmann Stiftung, die beim Antritt der Regierung Schröder die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung und Einschränkungen der

Sozialhilfe zur Absenkung der Löhne um 15 Prozent in den nächsten zehn Jahren forderte; daraus wurde dann die Agenda 2010.

Das Agenda-Setting wurde von einer unermüdlichen Medienkampagne gegen Arbeitslose und andere Opfer des geplanten Sozialabbaus verstärkt. Privatsender berichteten über angeblichen Sozialmissbrauch, Geschichten vom Florida-Rolf oder »Deutschlands frechstem Arbeitslosen« erregten die Gemüter der leicht zu verhetzenden Zuschauer und Leser. Auch Professoren waren in vorderster Linie bei Talk-Shows und mit Pressemeldungen, etwa über die Schwarzarbeit oder angeblich mangelnde Qualifikationen der Arbeitslosen wieder an der Hetzkampagne beteiligt.

Die Propaganda für eine sogenannte »kapitalgedeckte« Altersvorsorge wurde vom Anstieg der Börsenkurse begünstigt, der von 1980 bis 2000 den Dow Jones und den DAX verzehnfacht hatte. Dem Publikum war natürlich nicht klar, dass dieser Anstieg der Börsenkurse nur eine Inflation der Vermögenswerte als Folge der monetaristischen Politik war. Seit 1980 hatten die Reichen mit hohen Zinsen auf Kosten der breiten Bevölkerung viel Geld verdient, das in die Börse floss, als die Notenbanken mit sinkenden Zinsen die abgewürgte Konjunktur wieder beleben mussten. Die gegen alle Erwartungen seit 1982 stark gesunkene Inflation sorgte bei Anleihen mit hohen Zinsen für entsprechend riesige reale Renditen der Zinspapiere, die den in der Realwirtschaft investierten Kapitaleignern als Rechtfertigung entsprechend hoher Profite für ihr Kapital dienten. Die den Reichen durch neoliberale Politik zufließenden Geldströme konnten bei den seit 1980 niedrigen Wachstumsraten nicht mehr real investiert werden. So entstanden die Börsenblasen, während die Professoren dem Publikum noch zusätzliche Arbeitsplätze durch Verzicht auf Lohnsteigerungen und durch weitere Sozialkürzungen und Entlastungen des Kapitals versprachen.

Bis zur Finanzkrise im Jahr 2007 galten die steigenden Börsenkurse als reelle Grundlagen für eine »kapitalgedeckte Altersvorsorge«, die von der Regierung als Riester- oder Rürup-Renten bezuschusst und gefördert wurden. Walter Riester, der ehemalige Minister für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Regierung, und Bert Rürup, von 2000 bis 2009 einer der sogenannten Wirtschaftsweisen, standen in engen geschäftlichen Beziehungen zu Strukturvertrieblern, die sich einen einschlägigen Ruf erworben hatten. Seit der Schröder-Fischer-Regierung war es auch in Deutschland wie früher nur in Afrika oder Lateinamerika üblich geworden, dass ehemalige Regierungsmitglieder und Regierungsberater anschließend in genau den Branchen, die von ihrer

Politik profitiert hatten, höchstbezahlte Positionen besetzen oder Honorare für Beratungen und Vorträge einstreichen konnten. Der Neoliberalismus hatte begonnen, Ökonomie und Gesellschaft durch Korruption völlig zu zersetzen.

Dubioseste Geschäftsmodelle wie das »Cross-Border-Leasing« wurden politisch geduldet und ermöglicht, aber auch in der privaten Wirtschaft zogen Betrug und Korrumpierung immer weiter reichende Kreise. Firmen wurden von Finanzgesellschaften aufgekauft, mit Krediten und Kosten belastet, die sich die Aufkäufer auszahlen ließen, um zuvor noch völlig gesunde Betriebe zu zerschlagen und auszuschlachten. Die Finanzkrise im Jahr 2007 ließ die unglaublichsten Betrügereien an die Öffentlichkeit kommen. Verluste in Größenordnungen von Hunderten Milliarden Dollar und Euro aus den Finanzinnovationen trieben ganze Staaten in den Ruin.

Bereits im Jahr 2000 war die FED unter Greenspan gezwungen gewesen, die Ankurbelung der Konjunktur allein mit einer Nullzinspolitik zu betreiben, weil die neoliberale Politik in den USA eine Erhöhung der Masseneinkommen nicht mehr erlaubte. Man kann eine Konjunktur mit sehr niedrigen Zinsen oder mit steigenden Löhnen nach einer Krise wieder beleben. Die niedrigen Zinsen besserten die Konjunktur und erlaubten eine Spekulation mit steigenden Preisen für Immobilien, bis die Immobilienblase nach den Zinserhöhung von 2005 bis 2007 absehbar platzte. Die FED musste nun den Zins wieder auf fast Null senken, um eine Katastrophe an den Börsen und im Bankensystem zu verhindern.

Ob die Staaten wirklich die Banken retten mussten, ist umstritten. Die Geldpolitik hat immer Möglichkeiten, eine Finanzkatastrophe mit entsprechenden Folgen für die Menschheit eintreten zu lassen. Wie weit die Finanzkrise im Jahr 2007 beabsichtigt war, lässt sich diskutieren, weil die Banken fast ausnahmslos mit dem Geld und den Bürgschaften der Steuerzahler für ihre Verluste entschädigt wurden. Nach berechtigten Vermutungen haben die Spekulanten die Finanzkrise zu ihrem Vorteil benutzen können, wie es bei den mit der Geldpolitik verursachten Krisen immer der Fall ist. Bei den von 2005 bis 2007 steigenden Zinsen war das Platzen der Immobilienblase für jeden »Bankster« absehbar und ganz sicher wurden gerade die unter politischen Einflüssen stehenden deutschen Landesbanken nicht zufällig in derartig hohe Verluste getrieben.

6.7. Die Zukunft der ökonomischen Theorie

Auf den zurückliegenden Seiten wurde gezeigt, dass die sogenannte Wirtschaftswissenschaft ein ziemlich dreister Schwindel ist, dessen Vordenker für ihre die herrschenden Interessen am schamlosesten bedienenden Theorien auch noch mit dem sogenannten Wirtschaftsnobelpreis vor dem gutgläubigen Weltpublikum geehrt werden.

Machen Sie sich also nicht die Hoffnung, dass Argumente gegen die herrschende Lehre von den Vertretern dieser Wissenschaft oder gar in den Massenmedien oder von Politikern beachtet werden. Es ist alles nur ein durchsichtiger Schwindel für die Eingeweihten und Betrug gegenüber den gewöhnlichen Studenten und dem Publikum. Studieren Sie also auf gar keinen Fall Ökonomie in der Hoffnung, dabei irgendetwas Sinnvolles zu lernen oder gar den Professor mit Argumenten überzeugen zu können, dass der gelehrte Modellbau Humbug ist.

Dabei ist die Kenntnis der ökonomischen Zusammenhänge sehr wichtig für Ihr Leben, sollten Sie in eine Firma investieren, Geld an der Börse anlegen, Gold oder Immobilien kaufen, Kredite aufnehmen oder auch nur als Lohnabhängiger arbeiten. Die Schwankungen der Konjunktur und die Geldpolitik der Notenbanken können Ihre Firma ruinieren, Ihre Geldanlagen in den Verlust treiben, Sie als Schuldner zahlungsunfähig werden lassen oder Ihnen in einer Krise den Job und Ihr bis dahin sicheres Einkommen rauben.

Von der Wirtschaftswissenschaft sollten Sie sich keine Hilfe erwarten, weil die Lehren der VWL-Professoren den Gesetzen des Marktes gehorchen und damit käuflich sind. Anstand und Logik wären nach Friedrich August von Hayek sicher nur eine »Anmaßung von Wissen« und die Professoren müssten dafür noch auf ihre Belohnung durch interessierte Kreise verzichten, also wird sich an den herrschenden Verhältnissen in diesem System nicht viel ändern lassen.

Der Abschied vom Vertrauen in die Wissenschaft ist schwer, aber die makroökonomischen Zusammenhänge nach Keynes sind zum Glück ohne Studium und Professor leicht zu verstehen. Man braucht eigentlich nur das Selbstvertrauen, der eigenen Logik zu folgen und sich dabei nicht beeinflussen zu lassen. Gute Informationen zur Geschichte der Wirtschaft verbunden mit den Erfahrungen des eigenen Lebens werden mit den neuen Mitteln der Kommunikation bald einen breiteren Einfluss in der Gesellschaft gewinnen. Vernetzen Sie sich dafür mit anderen Bürgern,

die eigenständige und kritische Gedanken zu den ökonomischen Fragen entwickeln, denn allein und nur für sich kann niemand ein so großes Thema bewältigen.

Mit etwas Wissen über die Geldpolitik können Sie eine Krise vorhersehen, denn die Rezession wird durch frühzeitig erkennbare Zinserhöhungen der Notenbanken ausgelöst. Es ist also ganz einfach. Die Rezession ab dem Jahr 2000 war ebenso von vorangegangenen Zinssteigerungen verursacht worden wie die sogenannte Finanzkrise ab den Jahren 2007-8, die daher auch keinen wirklichen Experten ohne Vorwarnung überrascht hat, sondern nur die käuflichen Experten im Fernsehen. Sobald die Zinsen deutlich angehoben werden, sollten Sie also Aktien, Immobilien und Edelmetalle meiden. Langlaufende Bonds sind nur bei Hochzinspolitik die richtigen Papiere. Es ist nicht wirklich schwer, ohne ein gewisses Startkapital geht es allerdings auch nicht. Das sind jetzt aber nur allgemeine Beispiele und keine konkreten Anlageempfehlungen.

Das Internet wird dafür sorgen, dass spekulierende wie politisierende Bürger sich verbinden und die ökonomischen Zusammenhänge auch für ein breiteres Publikum aufdecken. Sobald die Menschen wissen, dass Wirtschaftskrisen immer absichtlich verursacht wurden, wird endlich die Inszenierung von Krisen nie mehr möglich sein. Helfen Sie doch dabei mit und verbreiten Sie Ihr Wissen bei allen Gelegenheiten.

Es geht darum, dass sich möglichst viele Menschen über die Zusammenhänge der Wirtschaft informieren und die übelsten Machenschaften in Zukunft verhindern. Dazu reicht es schon, wenn einige gut informierte Bürger ihr Wissen verbreiten und damit zum Beispiel die Verursachung von großen Wirtschaftskrisen durch die Geldpolitik in Zukunft verhindern.

Anhang

Abbildungen:

S. 50: Neoklassisches Gesamtmarkt-Modell (alle Rechte beim Autor)

S. 64: Herleitung der IS-Kurve nach der Vier-Quadranten-Grafik (Quelle: Wiki):

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/e/e5/Das_4-Quadranten-Schema.PNG

S. 65: Herleitung der LM-Kurve im 4-Quadranten-Schema (Quelle: Wiki)

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b4/Herleitung_der_LM-Kurve.JPG

S. 67: Gesamtmarkt: IS-LM-Modell (Quelle: Wiki)

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/ac/IS-LM-Kurve.JPG

S. 75: Zusammenhang von Inflation und Arbeitslosigkeit 1959-1967 (Quelle: Wiki)

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0c/Zusammenhang_von_Inflation_und_Arbeitslosigkeit_1959-1967.png

Literaturhinweise

Milton Friedman:

»The Optimum Quantity of Money«, Chicago 1969

Ralph George Hawtrey:

»Trade Depression and the Way Out«, London 1933(alle Zitate wurden von mir übersetzt)

John Maynard Keynes:

»Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1983

http://www.marxists.org/reference/subject/economics/keynes/general-theory/index.htm

»Ein Traktat über Währungsreform«, Berlin 1924/1997

»Essays in Persuasion«, London 1963 (alle Zitate wurden von mir übersetzt)

Robert Lucas:

»Econometric Policy Evaluation: A Critique«. Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 1: 19–46, 1976

Ludwig von Mises:

»Erinnerungen«, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1978

http://docs.mises.de/Mises/Mises_Erinnerungen.pdf

David Ricardo:

On the Principles of Political Economy and Taxation

http://www.econlib.org/library/Ricardo/ricP.html

Joan Robinson:

»Ökonomische Theorie als Ideologie«, Frankfurt 1974

Wolfgang Stützel:

»Volkswirtschaftliche Saldenmechanik«, Mohr Siebeck, 2. Auflage 1978

Artikel:

Winner-Take-All Politics: Public Policy, Political Organization, and the Precipitous Rise of Top Incomes in the United States, Politics & Society May 24, 2010 vol. 38 no. 2 152-204

http://pas.sagepub.com/content/38/2/152.full.pdf

Wolfgang Waldner

Der preußische Regierungsagent Karl Marx

Wie der Schwager des preußischen Innenministers Ferdinand von Westphalen der berühmte Theoretiker des Sozialismus wurde

Den Kennern der Arbeit politischer Agenten war und ist es kein Geheimnis. Auch ohne den preußischen Innenminister als Schwager würde der Lebenslauf von Marx auf den ersten Blick das Urteil erlauben. Zu viele Kontakte mit wichtigen Zeitgenossen für einen politisierenden Privatmann und zu nachhaltiger Einsatz zum Schaden der Dissidenten für persönlichen Hass und private Rechthaberei. Zu viel Lob in den herrschenden Kreisen für den vorgeblich tiefen Denker und Kritiker des Kapitalismus. Ein Spitzel wird engster Freund des Theologen Bruno Bauer, ist plötzlich Redaktionsleiter der Rheinischen Zeitung in Köln, finanziert vom baldigen Ministerpräsidenten Ludolf Camphausen, der ihn später zur Mitarbeit in seinem Ministerium auffordert. Seine Theorien richteten sich gegen die bekannten Köpfe der frühen Sozialisten. Anfangs unterwanderte Marx mit seinen Kumpanen den Handwerkerbund von Weitling, zuletzt zersetzte er die Erste Internationale. Die Wortführer der Arbeiterbewegung fanden seine Theorien unbrauchbar, erst das von Bismarck initiierte Sozialistengesetz ermöglichte dem Marxismus Einfluss auf die verfolgte Sozialdemokratie. Nach seiner Ankunft in England hatte sich Karl Marx als Mitstreiter des David Urquhart, eines Agenten der britischen Krone, an der Agitation gegen Russland beteiligt, das die globalen Interessen der Briten bedrohte.

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-8391-1401-8, Paperback, 288 Seiten, auch als eBook/Kindle-Edition